

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

Internationale Revue

Herausgegeben von Prof. Dr. R. Broda in Paris
in Verbindung mit Dr. Hermann Beck und
Erich Lilienthal in Berlin

6. Jahr

11. Heft



GEORG
REIMER

Organ des Instituts für intern. Austausch
fortschrittlicher Erfahrungen u. des Bundes
für Organisation menschlichen Fortschritts

Verlegt bei Georg Reimer in Berlin W. 10

Jährlich 11 Hefte für 10 Mark – Einzelheft 1 Mark

INHALT:

Dieses Heft ist vornehmlich Problemen des öffentlichen und privaten Rechts gewidmet.
Nachdruck mit Ausnahme der durch einen Vermerk gekennzeichneten Artikel mit
Quellenangabe gestattet.

Dr. FELIX MEYER, Geheimer Justizrat, Kammergerichtsrat, Berlin: Die Einheit im Wechselrecht	711
Dr. WILHELM KEILHAU, Christiania: Das Frauenstimmrecht in Norwegen	715
KATHARINA S. PRICHARD, ehemals Melbourne: Inwieweit hat das Frauenstimmrecht in Australien die tatsächliche Entwicklung des sozialen Lebens beeinflußt?	719
HILJA PÄRSSINEN, Landtagsabgeordnete, Helsingfors: Ein neues Gesetz zur Regelung des Zustandes unehelicher Kinder in Finnland	724
ALBERT SAUZÈDE, Sommières: Ein französisches Gesetz zugunsten kinderreicher Familien	727
Senator FERDINAND DREYFUS, Paris: Die Einführung von Jugendgerichten in Frankreich	729
Dr. ALFRED H. FRIED, Wien: Zweiter Verbandstag des Verbandes für internationale Verständigung zu Nürnberg	732
Chronik	735

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS:

Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Kulturaufgaben des Jahrhunderts. (Die Bekämpfung der sozialen Krankheiten)	741
---	-----

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG:

Chronik	752
---------------	-----

POLITISCHE ENTWICKLUNG:

Chronik	753
---------------	-----

SOZIALE ENTWICKLUNG:

Fachlehrer GEORG SCHMIEDL, Obmann der „Sozialpädagogischen Gesellschaft“ in Wien: Stand der Jugendfürsorge und des Kinderschutzes in Österreich	754
Chronik	762

TECHNISCHER UND WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT:

Professor Dr. R. BRODA, Paris: Das Brüsseler Institut für soziologische Forschung	764
Chronik	766

BILDUNGSWESEN:

EMMA DOMOKOS-LÖLLBACH, Budapest: Die produktive Arbeit im Dienste des Unterrichts	769
Chronik	771

DR. FELIX MEYER, GEHEIMER JUSTIZRAT, KAMMERGERICHTSRAT, BERLIN: DIE EINHEIT IM WECHSELRECHT.



ALS der Verfasser des nachstehenden Aufsatzes im Dezember 1908 in dieser Zeitschrift die Aussicht auf die Schöpfung eines Weltwechselrechtes erörterte, gelangte er zu dem Schlusse, daß der glücklichen Lösung des Problems eigentlich nur der gute Wille der maßgebenden Kreise entgegenstehe, an sich scheinbar sehr wenig, doch an den Erfahrungen des täglichen Lebens und der Vergangenheit der internationalen Gesetzgebungsversuche gemessen, ein sehr bedeutendes Hemmnis. Hatten doch seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gelehrte Gesellschaften und internationale Kongresse umsonst an der Verwirklichung dieser Idee gearbeitet, die dann im Jahre 1905 nach langem Schlummer durch die Handelswelt wieder zu neuem Leben gerufen war. Kaum 1½ Jahre, nachdem jener Aufsatz in diesen Blättern erschienen war, nämlich im Juni 1910, tagte unter dem Vorsitz des leider jüngst verstorbenen niederländischen Staatsministers Asser im Haag die internationale Diplomatenkonferenz zur Vereinheitlichung des Wechselrechtes, bei welcher 32 Staaten vertreten waren. Das Ergebnis dieser Versammlung bildete der Vorentwurf eines internationalen Übereinkommens zur Vereinheitlichung des Wechselrechts. Dieses Projekt wurde den beteiligten Regierungen zur Prüfung unterbreitet; sachverständige Kommissionen wurden in den verschiedenen Ländern einberufen, und es erging im Jahr darauf eine neue Einladung der niederländischen Regierung zu einer definitiven Feststellung des Übereinkommens in einer nochmaligen Konferenz. Diese tagte dann wiederum unter dem Vorsitz des genannten Meisters in der Leitung internationaler Versammlungen vom 15. Juni bis zum 23. Juli 1913. Ihr Arbeitsgebiet wurde auch auf die Unifikation des Scheckrechts ausgedehnt. Zum Schluß der Konferenz wurde von den Delegierten Belgiens, Brasiliens, Dänemarks, Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs, Mexikos, Montenegros, der Niederlande, Norwegens, Österreichs, Paraguays, Rußlands, Schwedens, der Schweiz, der Türkei und Ungarns, sowie einige Zeit später von den Abgeordneten Argentinien, Italiens, El Salvadors und Serbiens das Protokoll über das internationale Wechselrechtsübereinkommen unterzeichnet, durch welches zum erstenmal ein internationaler Gesetzgeber für eine ganze Rechtsmaterie übereinstimmende Normen in den einzelnen Ländern festsetzt. Freilich bedürfen diese Beschlüsse, um in den einzelnen Staaten Kraft zu erlangen, der nach den Regeln des internen Staatsrechtes maßgebenden Sanktionierung; allein dadurch wird der internationale Charakter des Gesetzes nicht berührt.

In Deutschland haben bereits Bundestag und Reichstag die in Rede stehenden Abmachungen genehmigt. Die den Landesgesetzgebungen überlassenen Modifikationen und Ergänzungen sollen erst im Laufe dieses Winters fertiggestellt werden. Andere Staaten wollen zunächst die Haager Beschlüsse nach Maßgabe des ihnen gelassenen Spielraums ausfüllen und dann das gesamte Material den legislativen Körperschaften unterbreiten. Erst nach der Annahme des vollständigen Gesetzentwurfes wird die Ratifizierung bewirkt werden, die in der Weise zu geschehen hat, daß die Ratifikationsurkunden im Haag hinterlegt werden, und die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden durch ein Protokoll festgestellt wird, das die Vertreter der daran

teilnehmenden Staaten und der niederländische Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu unterzeichnet haben.

Der Zeitpunkt, an dem das Protokoll über die erste Hinterlegung von Ratifikationsurkunden stattgefunden hat, ist um deswillen von großer Bedeutung, weil 6 Monate nach diesem Tage das Abkommen für die Staaten wirksam wird, die an jener ersten Hinterlegung teilgenommen haben. Daher hat die niederländische Regierung eine beglaubigte Abschrift des erwähnten Protokolls den beteiligten Staaten unverzüglich mitzuteilen.

Das internationale Wechselrechtsübereinkommen besteht aus zwei Teilen. Erstens dem Abkommen über die Vereinheitlichung des Wechselrechts (*convention sur l'unification du droit relatif à la lettre de change et au billet à ordre*), welches die Verpflichtungen der Regierungen zur Einführung des einheitlichen Gesetzes und die Vorbehalte zugunsten der einzelnen Landesgesetzgebungen enthält, ferner aus der einheitlichen Wechselordnung (*règlement uniforme sur la lettre de change et le billet à ordre*), welches im wesentlichen nach der Reihenfolge der deutschen Wechselordnung die Regeln des formalen Wechselrechts wiedergibt.

In einer überraschend kurzen Zeit hat die Kulturwelt die Erfüllung dieses Ideals einer einheitlichen Gestaltung des Wechselrechts nahezu erreicht und das, was noch vor kurzem eine phantastische Utopie schien, in die Wirklichkeit umgesetzt.

Wenn auch nicht feststeht, daß alle Staaten, deren Vertreter das Protokoll vom 23. Juni 1912 unterzeichnet haben, das gedachte Abkommen ratifizieren werden, so kann man doch erwarten, daß die überwiegende Mehrzahl der in Betracht kommenden Regierungen diesen Akt bewirken wird. Die Macht der Vereinheitlichungsidee wird stärker sein als die Gegenströmungen, die hier und da gegen eine vertragliche Bindung sich in einem falsch verstandenen nationalen Interesse geltend machen.

Vorsorglich hat man den Staaten, die den Haager Traktat nicht unterzeichnet haben, den späteren Beitritt vorbehalten. Sie brauchen nur ihre dahingehende Absicht der Regierung der Niederlande schriftlich anzuzeigen und die Beitrittsurkunde zu übersenden.

Da an den Beratungen im Haag noch Argentinien, Bulgarien, Chile, China, Costa Rica, Ecuador, Großbritannien, Griechenland, Guatemala, Japan, Mexiko, Nikaragua, Panama, Portugal, Rumänien, Spanien, Siam und die Vereinigten Staaten von Amerika teilgenommen haben, so ist jedenfalls mit dem Beitritt der meisten dieser Länder zu rechnen. Allerdings haben der englische und amerikanische Delegierte bereits auf der ersten Haager Konferenz die Erklärung abgegeben, daß sie das einheitliche Gesetz nicht übernehmen könnten. Sie machten damals geltend, daß sonst die im anglo-amerikanischen Gebiet herrschende wechselrechtliche Übereinstimmung, die allmählich erreicht worden sei, wieder unterbrochen werden würde. Für die Vereinigten Staaten von Amerika kommt noch in Betracht, daß die Union selbst nicht zum Erlass eines einheitlichen Wechselgesetzes befugt ist, sondern daß die Legislative in dieser Materie die Sache der Einzelstaaten bildet, die zumeist im Wege der partikularen Gesetzgebung das New Yorker Negotiable Instruments Law, wenn auch mit einigen Modifikationen, übernommen haben, wie seinerzeit die deutschen Bundesstaaten die deutsche Wechselordnung. Indessen ist doch zu erwarten, daß diese angelsächsischen Staaten, wie sie beabsichtigen, ihre nationalen Wechselgesetze in wesentlichen Punkten dem uniformen Gesetz anpassen werden. Außerdem ist in Betracht zu ziehen,

daß das einheitliche Gesetz viele anglo-amerikanische Wechselrechtsbestimmungen in sich aufgenommen hat und so schon an sich der englischen Bills of Exchange Act und dem amerikanischen Negotiable Instruments Law nahesteht. Längst herrscht auch im Bereich des anglo-amerikanischen Rechts der Grundsatz, daß die wechselrechtlichen Verpflichtungen im gutgläubigen Verkehr nicht durch das der Wechselhingabe zugrunde liegende Geschäft berührt werden, nur daß die das englische Vertragsrecht beherrschende Lehre von der „consideration“ und die Rücksichtnahme auf Billigkeit das Prinzip hier und da durchbrechen. Es genügt dieserhalb auf die Ausführungen in meinem früheren Aufsatz in dieser Zeitschrift vom Dezember 1908 S. 1068 hinzuweisen.

In bezug auf die Staaten, die den in Frage stehenden Vereinbarungen noch nicht beitreten, wird sich zweifellos nach und nach die Erkenntnis von der Bedeutung des Anschlusses an den Haager Traktat Bahn brechen; sie werden begreifen, wie in ihrem eigensten Interesse ihr Anschluß an die Wechselrechtskonvention erforderlich wird. Eine gewisse Werbekraft werden in dieser Hinsicht schon die Worte ausüben, die am Eingang des Haager Übereinkommens stehen und in denen hervorgehoben wird, daß es von höchstem Werte sei, die Handelsbeziehungen zwischen den Völkern immer leichter und sicherer zu gestalten, zur Erreichung dieses Ziels aber der Wechsel eine wesentliche Rolle spiele, indem er die Versendung von Bargeld entbehrlich mache und die Regelung aller internationalen privaten und öffentlichen Schulden erleichtere, daß die Verschiedenheiten der Gesetzgebungen in den Umlaufgebieten des Wechsels häufig Schwierigkeiten hervorgerufen, während der Handel ein großes Interesse daran habe, sich einer Urkunde bedienen zu können, für deren Ausstellung, Umlauf und Einlösung einheitliche Regeln beständen, damit er auf diese Weise über eine Art Geld verfügen könne, dessen rechtlichen Wert er leicht zu beurteilen vermöge.

Diesen Gesichtspunkten entspricht es durchaus, daß nach Inhalt der Haager Konvention das künftige Wechselgesetz mangels allgemeinen oder besonderen Vorbehalts sich auch auf die Kolonien, Besitzungen und Protektorate sowie die Konsulargerichtsbezirke der Vertragsstaaten erstreckt, insoweit als dort die Gesetze der Stammländer Anwendung finden.

Richtig ist, daß der Staatenbund nur auf eine gewisse Zeit geschlossen ist. Wie in allen derartigen Verträgen, ist den Kontrahenten ein Kündigungsrecht gewahrt; indessen ist nicht zu befürchten, daß die Staaten, welche einmal dem Verträge beigetreten sind, sich später wieder isolieren werden. Die Kündigung darf erst nach drei Jahren seit dem Tage der ersten Hinterlegung von Ratifikationsurkunden erfolgen, und wird dann erst ein Jahr nach Eingang der betreffenden Erklärung bei der Regierung der Niederlande wirksam. Das Beispiel anderer ähnlicher Abkommen lehrt, daß von dem Kündigungsrechte kein Gebrauch gemacht wird. Es sei nur auf die administrativen Staatenvereine hingewiesen, an denen mehr als 50 Staaten teilnehmen, wie den Eisenbahn-, Telegraphen-, Post- und Tarifverein, die metrische, literarische, artistische Union. Ihr dauernder Bestand scheint gesichert trotz des vorhandenen Kündigungsrechtes. In einem Zeitraum von drei Jahren pflegt sich ein neues internationales Gesetz regelmäßig so einzuleben, daß seine Beseitigung nur mit schweren Erschütterungen für den Verkehr des kündigenden Staates erfolgen könnte.

Hervorzuheben ist ferner, daß durch die international privatrechtlichen Regeln des Haager Übereinkommens ebenfalls auf die Nichtvertragsstaaten

ein gewisser Druck zur Annahme des einheitlichen Gesetzes ausgeübt wird, wenigstens auf dem Gebiete des internationalen Wechselrechts. Grundsätzlich muß nämlich unter gewissen Voraussetzungen das Recht der Nichtvertragsstaaten zur Anwendung gelangen. So wird die passive Wechselfähigkeit nach dem Gesetz des Heimatsstaates des Wechselschuldners beurteilt. Die Form der Wechselerklärung bestimmt sich nach dem Recht des Staates, in dessen Gebiet sie unterschrieben worden ist. Die Form des Protestes und der übrigen zur Ausübung des Wechselrechts erforderlichen Handlungen, wie z. B. der Vorlegung, regelt sich nach den Gesetzen des Staates, in dessen Bereich der Protest zu erheben oder die Handlung vorzunehmen ist. Überall kommt es hier nicht darauf an, ob das danach anzuwendende Gesetz dasjenige eines Vertragsstaates oder eines Nichtvertragsstaates bildet. Indessen können die Vertragsstaaten diese Grundsätze außer Anwendung lassen, wenn es sich um eine außerhalb des Bereichs der Vertragsstaaten eingegangene Wechselverpflichtung handelt oder ein Gesetz anzuwenden ist, welches nicht das Gesetz eines Vertragsstaates bildet. Auf diese Weise ist den Vertragsstaaten eine Waffe gegen die anderen Staaten in die Hand gegeben, welche die Kollisionsnormen des einheitlichen Gesetzes nicht zur Anwendung bringen. Um eine solche Retorsion im Interesse ihrer eigenen Staatsbürger zu vermeiden, werden die bisher abseits stehenden Staaten dem Beitritt zu der Haager Konvention jedenfalls geneigter sein.

Das beste Bindemittel würde jedoch die Schöpfung eines internationalen höchsten Gerichtshofes für Wechselsachen bilden. Ein solcher würde die Krönung des ganzen Gebäudes bedeuten. Er würde verhüten, daß durch eine Verschiedenheit der Rechtsprechung in den beteiligten Staaten die Einheit des Wechselgesetzes zerstört wird und nur eine äußere Form bleibt. Auf die Anregung Deutschlands hat die zweite Haager Konferenz an die Regierungen der dort vertreten gewesenen Staaten die Bitte gerichtet, in Erwägung zu ziehen, ob es möglich wäre, eine gemeinschaftliche Jurisdiktion für das gemeinschaftliche Wechselrecht einzugehen. Dabei wurde darauf hingewiesen, daß, wenn man hoffen könne, nach den Verhandlungen der zweiten Haager Friedenskonferenz einen internationalen Prisengerichtshof zu schaffen, der doch mit allerlei politischen Schwierigkeiten verknüpft sei, die Errichtung eines internationalen Wechselgerichtshofes gewiß im Bereich der Möglichkeit liege.

Der Gedanke hat daher auch in den maßgebenden Kreisen der Jurisprudenz und des Handels begeisterte Zustimmung gefunden. Noch unlängst auf der Tagung des Verbandes für internationale Verständigung in Nürnberg wurde von dem hervorragenden Völkerrechtslehrer, Geheimrat Meurer in Würzburg, die Einrichtung dieses Weltwechselgerichtshofes als einer besonderen Abteilung eines ständigen Weltgerichtshofes im Haag lebhaft befürwortet. Dabei ist natürlich vorausgesetzt, daß dieser Gerichtshof nur als ein Kassationshof ins Leben tritt.

Das Gebiet, auf welches sich die wechselrechtliche Einheit erstreckt, ist an sich ein ziemlich beschränktes. Man mußte jeden Eingriff in das bürgerliche Recht der einzelnen Staaten vermeiden und sich daher mit einer Unifizierung des formalen Wechselrechtes bescheiden, wie dies im Jahre 1847 seitens der Leipziger Konferenz bei der Ausarbeitung des Entwurfes einer deutschen Wechselordnung geschah.

Das demnächstige Gesetz verfolgt das Wechselgeschäft von der Entstehung der Urkunde an bis zur Verjährung des Wechselanspruches und

ordnet Formen und Wirkungen der Ausstellung, Begebung, der Annahme, der Wechselbürgschaft, der Zahlung, des Rücklaufs, des Ehreneintritts und der Vervielfältigung.

Es liegt außerhalb des Rahmens dieses Aufsatzes, auf die Neuerungen hinzuweisen, welche das künftige Wechselgesetz bietet; nur sei bemerkt, daß seine Hauptverschiedenheiten im Verhältnis zum französischen und deutschen Wechselrecht in dem Kapitel über die Annahme liegen, wo insbesondere die Grundsätze über das prompte Akzept, die Unwiderruflichkeit desselben und die Akzeptabilität modernen Anschauungen entsprechend aufgegeben sind, und der Rückgriff mangels Annahme nicht mehr auf Sicherheitsleistung, sondern auf vorzeitige Befriedigung geht.

Manche Vorbehalte zugunsten der Landesgesetzgebung schränken die Einheit auch noch auf dem Gebiet des formalen Wechselrechts ein, wenngleich mit Recht darauf hingewiesen ist, daß es sich bei diesen Reservationen vielfach nur um Grenzbestimmungen handelt, zwecks Absteckung des Gebietes, das eine einheitliche Wechselordnung nicht überschreiten darf *).

Die erreichte wechselrechtliche Unifikation schafft aber jedenfalls eine verheißungsvolle Perspektive für die Fortschritte der internationalen Gesetzgebung.



DR. WILHELM KEILHAU, CHRISTIANIA: DAS FRAUENSTIMMRECHT IN NORWEGEN.

IN Norwegen haben die Frauen keinen so erbitterten Kampf um die politische Gleichberechtigung geführt, wie wir ihn in anderen Ländern beobachten können. Auf den ersten Blick scheint es deshalb merkwürdig, daß es gerade Norwegen war, das als der erste im völkerrechtlichen Sinne souveräne Staat den Frauen das Wahlrecht gab. Und doch lassen sich diese scheinbar entgegengesetzten Tatsachen durch dieselben Verhältnisse erklären. Die Frauen haben sich in Norwegen immer einer so freien und geehrten sozialen Stellung erfreut, daß ihre politische Emanzipation relativ leicht vor sich gehen konnte, ohne an die Mauer von Vorurteilen und Schwierigkeiten zu stoßen, die der Bewegung anderswo begegnet sind. Weil es in Norwegen nicht so viel zu verbessern und nicht so viel zu bekämpfen gab, wurde die Bewegung weniger umfassend und weniger intensiv, aber deshalb hat sie auch um so leichter den Sieg errungen. Die Geschichte der Frauenstimmrechtsbewegung in Norwegen berichtet nicht so sehr von immer größeren Forderungen der Frauen als vielmehr von einem stets wachsenden Verständnis der Männer.

Als es sich darum handelte, dieses zu wecken, da standen unsere großen Dichter an der Spitze; Lona Hessel und Nora Helmer sind Pioniere der Frauenbewegung in Norwegen gewesen; soll einmal ein Denkmal für den Frauensieg errichtet werden, dann haben diese zwei erdichteten Gestalten ihren berechtigten Platz an der Seite ihrer Mitschwestern und Kampfgenossen aus der realen Welt. Die Diskussion über die Gleichberechtigung der Frauen war bei uns von dem großen Glück begünstigt, rein literarisch geführt, ja,

*) Vergl. Meyer, der Weltwechselgerichtshof in Deutsche Revue 1913, S. 243 ff.

*) Wieland in Goldschmidts Zeitschrift für das gesamte Handels- und Konkursrecht, Bd. 74, S. 14.

beinahe erschöpft zu werden, ehe die praktische Politik mit ihren Opportunitäts- und Parteigesichtspunkten sich ihrer bemächtigte. Und dank dieser vorhergegangenen Erörterung erreichte die Frage, ohne irgendwelche größere Schwierigkeit zu finden, verhältnismäßig sehr früh eine wirklich ernste Behandlung in unserem Parlament, dem Storting.

Schon im Jahre 1886 wurden zwei Anträge betreffs des parlamentarischen Frauenstimmrechts im Storting eingebracht. Die Bestimmungen über die Wahlberechtigung zu den Stortingswahlen sind Bestandteile unseres Grundgesetzes. Als solche können sie nur abgeändert werden, wenn das Volk bei der nächsten Parlamentswahl nach der Darlegung des Antrages Gelegenheit zur Stellungnahme gehabt hat. So wurden die zwei sechsundachtziger erst im Jahre 1890 behandelt. Nach jeder späteren Wahl bis zum Siegesjahre sind sie wieder erschienen. In der Tat erhielt einer dieser Vorschläge schon im Jahre 1893 die einfache Majorität; für Änderungen der Konstitution ist aber eine Zweidrittelmehrheit nötig. Die folgende Tafel zeigt die Resultate der Abstimmungen in den neunziger Jahren:

Jahr	Anzahl der Parlamentsmitglieder	Anzahl der Stimmen für allgemeines parlamentarisches Frauenstimmrecht (d. h. allgemeines Stimmrecht für Männer und Frauen)	Anzahl der Stimmen für beschränktes parlamentarisches Frauenstimmrecht (d. h. dasselbe Stimmrecht für die Frauen, wie die Männer bis dahin hatten)
1890	114	15	44
1893	114	44	58
1895	114	37	54
1898	114	33	

Nachdem allgemeines Stimmrecht für Männer und Frauen gegen 33 abgelehnt worden war, wurde mit großer Mehrheit allgemeines Männerstimmrecht angenommen. Der Antrag auf beschränktes Frauenstimmrecht war damit weggefallen, denn er baute sich auf das bestehende Männerstimmrecht, und es gab keinen Antrag, der beschränktes Frauenstimmrecht mit allgemeinem Männerstimmrecht kombinierte.

Als im Jahre 1890 das Konstitutionskomitee des Stortings zum ersten Male ein Gutachten über die Frage verfaßte, gab eines der Mitglieder der persönlichen Meinung Ausdruck, daß der Weg zum Parlamentsstimmrecht für die Frauen über das kommunale Stimmrecht gehen solle. Das neue Jahrhundert folgte dieser Auffassung. Im Jahre 1901 bekamen die Frauen das beschränkte kommunale Wahlrecht — mit allgemeinem Männerwahlrecht kombiniert — und die Erledigung der Frage ihres Parlamentsstimmrechts wurde aufgeschoben, bis man in den Gemeinden Erfahrungen über ihre Teilnahme und die Erfolge derselben gesammelt hätte. Zwei Gründe waren für diese Richtung maßgebend. Erstens war man der Meinung, daß die besonders weiblichen Eigenschaften sich in der kommunalen Wirtschaft noch reicher entfalten könnten als im eigentlichen Staatsleben — die Gemeindeverwaltung liegt ja der heimatlichen Welt näher als die große Politik — und in den kommunalen Fragen wäre deshalb auch noch stärkerer Bedarf für die weibliche Auffassung. Zweitens führte man an, daß die Teilnahme der Frauen an den Wahlen, den Räten und den Ausschüssen der Gemeinden

sie für das öffentliche Leben überhaupt und so auch für die Staatspolitik erziehen würde.

Die folgende Tafel wird den Anteil der Frauen an den Gemeindewahlen illustrieren:

	% der stimmberechtigten Frauen, die gestimmt haben. In () die- selbe Prozentzahl für die Männer		Gewählte Frauen			
	Auf dem Lande	In den Städten	Repräsentanten		Stellvertreter	
			Auf dem Lande	In den Städten	Auf dem Lande	In den Städten
1901	9.5 (41)	48 (57)	12	86	55	101
1904	Die Statistik ist nicht vollständig und deshalb mißweisend.					
1907	19.1 (49)	62.6 (71)	20	122	96	128
1910	26.2 (55)	61.6 (73)	44	166	179	201

Die Konsequenz dieser Politik war die einstimmige Ablehnung aller Anträge des politischen Frauenstimmrechts in den Jahren 1902—1904.

Dann aber kam 1905, das große Jahr in Norwegens neuester Geschichte, das Jahr der nationalen Erweckung und der Sprengung der Union mit Schweden. Die Frauen im ganzen Lande zeigten ein tiefes und lebhaftes Interesse für alle diese Vorgänge, ihre Führerinnen nahmen mit Ruhe und Würde an den Erörterungen über die schwierigsten Fragen teil, und eine Zustimmungsadresse der Frauen für die nationale Politik erhielt in wenigen Tagen mehr als 250 000 Unterschriften. In diesem Jahre erstarkte das Gefühl, daß bei großen Entscheidungen, die für alle spätere Zeit das Schicksal des Volkes bestimmen sollen, man nur mit Unrecht die eine Hälfte des Volkes ausschließe und zur Unmündigkeit verurteile. Bei solchen müssen alle mit sein. Und diese *raisons de coeur* wurde für die Erledigung der Frage maßgebend. 1905 war das Jahr des Zusammenschlusses in Norwegen: des Zusammenschlusses aller Parteien und des Zusammenschlusses der Männer und der Frauen. Als am 14. Juni 1907 das parlamentarische Frauenstimmrecht wieder im Storting behandelt wurde, konnte der radikale Führer Castberg, der jetzige Sozialminister, seine große Rede mit den Worten beginnen: „Es handelt sich heute nicht so sehr darum zu entscheiden, ob die Frauen das Wahlrecht erhalten sollen oder nicht, sondern ob sie gleich dasselbe Wahlrecht wie die Männer erhalten sollen.“ Und die Debatte drehte sich auch in der Tat hauptsächlich um diese Frage. Nur ein Stortingsmann, Malm, führte die alten prinzipiellen Gegenargumente ins Feld; doch sie waren schon längst veraltet und wurden von der Versammlung nur mit Lächeln aufgenommen. 48 Mitglieder — unter ihnen Castberg und der Vorsitzende des Konstitutionskomitees, Bryggesaa — votierten für das allgemeine Wahlrecht; das beschränkte Wahlrecht wurde mit 96 gegen 25 Stimmen angenommen.

Jetzt hatten die Frauen Norwegens das municipale und das staatliche Wahlrecht unter den folgenden Bedingungen: Sie mußten norwegische Bürger und mindestens 25 Jahre alt sein, sich 5 Jahre im Lande aufgehalten haben, ihren Wohnsitz im Lande besitzen und im letzten Steuerjahr eine kommunale oder staatliche Steuer aus einer Einnahme von mindestens 400 Kronen (norwegisch) in einer Stadt oder 300 Kronen auf dem Lande bezahlt haben oder in Gütergemeinschaft mit einem Gatten leben, der eine solche Steuer bezahlt hatte. Jedem, der eine solche Einnahme hatte, aber den Steuergesetzen nach nicht steuerpflichtig war, wurde eine Fiktivsteuer von nicht weniger als 50 Öre (Kr. 0.50) und nicht mehr als 2 Kronen aufgelegt.

Von jetzt an war das Frauenstimmrecht eine politische Frage ersten Ranges. Es waren die Radikalen, die das beschränkte Wahlrecht auf ihrem Programme gehabt hatten und es durchgeführt hatten. Jetzt stellten sie aber die völlige Verallgemeinerung des Frauenstimmrechts auf. Die Sozialdemokraten und die Arbeiterdemokraten (Castbergs Partei, die linke Linke) waren schon seit 1906 für das allgemeine Wahlrecht. Die liberale Partei erklärte sich neutral, die Konservativen waren teils überhaupt gegen allgemeines Frauenstimmrecht, teils meinten sie, daß die Erweiterung wieder mit dem kommunalen Stimmrecht beginnen solle.

Die erste Parlamentswahl, an der die Frauen teilnahmen, fand im Jahre 1909 statt und brachte eine Koalition der konservativen und der liberalen Partei ans Ruder. Als nun im Jahre 1910 der Antrag auf allgemeines kommunales Frauenstimmrecht behandelt wurde, bekämpfte ihn der liberale Handelsminister Arctander mit Händen und Füßen; es half ihm jedoch nichts; der Antrag wurde angenommen. Als nun das Gesetz dem König zur Sanktion vorgelegt wurde, riet Arctander dem König dringend, sein Vetorecht zu gebrauchen, denn dieses Gesetz würde das Land den Sozialdemokraten ausliefern. Seine Kollegen waren aber mit dem Handelsminister nicht einverstanden, und so zog er es vor, zu demissionieren. Er war vielleicht der erste Minister in der Welt, dem das Frauenstimmrecht den Hals gebrochen. Das Ereignis war um so dramatischer, weil es sich gerade am 7. Juni, dem Jahrestag der Trennung von Schweden abspielte, wobei Arctander selbst sich große Verdienste erworben hatte.

Das allgemeine Parlamentswahlrecht dagegen, das am 10. August 1911 behandelt wurde, erlangte nicht die notwendige Zweidrittelmajorität.

Die neuen Wahlen in 1912 brachten einen großen radikalen Sieg. Für das Frauenstimmrecht aber war er jetzt ziemlich gleichgültig. Denn diesmal hatten alle Parteien die letzte Erweiterung desselben auf ihrem Programme. Und sie wurde auch wirklich am 11. Juni dieses Jahres einstimmig und ohne Debatte von dem Storting angenommen.

Jetzt besitzen also die Frauen Norwegens das staatsbürgerliche wie das kommunale Wahlrecht unter denselben Bedingungen wie die Männer, das heißt, wenn sie mindestens 25 Jahre alt sind, sich 5 Jahre im Lande aufgehalten und dort ihren Wohnort haben und ihr Stimmrecht nicht gesetzlich suspendiert ist.

Das allgemeine kommunale Wahlrecht wurde im Jahre 1910 zum ersten Male ausgeübt; über die Resultate ist auf die Tabelle hinzuweisen. Das allgemeine Staatsstimmrecht sollen wir im Jahre 1915 zum ersten Male in Tätigkeit sehen. Eine große Teilnahme ist zu erwarten. Die politischen Wahlen in den Jahren 1909 und 1912 gaben als Erfolg, daß die Frauen — allen Theorien zum Trotz — ein noch stärkeres Interesse für die große Politik als für die lokalen Verhältnisse haben. Die folgende Tabelle wird es zeigen.

Prozentweise Teilnahme der Frauen und der Männer:

	auf dem Lande		in den Städten	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
1907	46.70	65.71	73.16	72.69
1910	49.89	67.67	73.81	72.01

In den Städten hat also sogar bei beiden „Frauenwahlen“ eine größere Prozentzahl der Frauenwähler als der männlichen Wähler gestimmt.

Ogleich also das Frauenstimmrecht Sieg auf Sieg errungen hat, gibt

es bisher noch keine weiblichen Abgeordneten. Voriges Jahr war die Liberale Anna Rogstad einige Monate gewählter Stellvertreter für den damaligen Ministerpräsidenten Bratlie. Sie spielte jedoch keine besonders glänzende Rolle, was vielleicht einer der Hauptgründe war, daß keine Frau bei den Wahlen im Herbst gewählt wurde. Überhaupt scheint es für Norwegerinnen sehr schwierig zu sein, gewählt zu werden, weil jeder Wahlkreis nur einen Abgeordneten entsendet. Deshalb kann man auch die Verhältnisse in Norwegen mit denen in Finnland nicht vergleichen, weil dort jeder Kreis eine größere Anzahl Deputierte wählt und so imstande ist, Frauen wie Männer zu entsenden. Eine Revision unseres Wahlsystems ist übrigens jetzt unter Vorbereitung.

Welches sind nun die Resultate des norwegischen Frauenstimmrechts? Ich möchte mit einer negativen Antwort anfangen. Die direkten Folgen sind überhaupt nicht groß. Das kann aber kaum als ein Mangel oder eine Enttäuschung angesehen werden, weil es sich hier um eine Reform handelt, die keinen vorläufigen oder vorübergehenden Charakter hat, die aber dazu bestimmt ist, in die weiteste Zukunft zu wirken. Andererseits ist eben hierdurch bewiesen, daß das Frauenstimmrecht sich leicht an die Verhältnisse anzupassen wußte; es ist schon ein integrierender Teil unseres ganzen öffentlichen Lebens. Und alle Schreckgespenster, die von den Gegnern heraufbeschworen worden waren, sind in eitel Schaum zerronnen. Auch hat die Furcht der Radikalen — die nach der ersten Frauenwahl besonders stark wurde —, daß das weibliche Element konservativ wirken würde, sich als unwahr erwiesen. Bei den letzten Wahlen verlor die konservativ-liberale Koalition 40 Plätze.

Sind also die direkten Folgen nicht groß, so hat andererseits das Frauenstimmrecht indirekt einen sehr großen Einfluß ausgeübt. Die Parlamentsmitglieder haben sich immer als Vertreter eines Frauenstimmrechtsvolkes verpflichtet gefühlt, kein frauenfeindliches Gesetz anzunehmen. Und bei allen Reformen hat man auf die weiblichen Gesichtspunkte Gewicht gelegt. Vielleicht ist aber der größte Erfolg, daß die politische Frauenfrage aus der Welt geschafft ist, so daß Frauen und Männer sich anderen Aufgaben widmen können, als über ihre gegenseitigen politischen Rechte zu streiten. Das bedeutet eine Konzentration der Kräfte und einen dauernden Gewinn für die Lösung der großen sozialen Fragen.



KATHARINA S. PRICHARD, EHEMALS MELBOURNE: INWIEWEIT HAT DAS FRAUENSTIMMRECHT IN AUSTRALIEN DIE TATSÄCHLICHE ENTWICKLUNG DES SOZIALEN LEBENS BEEINFLUSST?



ein australischer Politiker würde es wagen, irgendeinen Zweifel daran auszusprechen, daß das Frauenstimmrecht ausschließlich gut gewirkt hat," sagte der australische Ministerpräsident John Andrew Fisher bei seiner Rede über Frauenstimmrecht in London.

Gewiß würde kein australischer Vertreter irgendeiner Partei, der Wert auf seine Wiederwahl legt, es wagen, solchen Zweifel auszusprechen, auch

wenn er ihn im Innern hegen sollte. Auch Politiker, die ehemals sich der Einführung des Frauenstimmrechts widersetzen, sind sich heute klar darüber, daß es Torheit wäre, ihre weiblichen Wähler durch Verraten solcher Zweifel zu verletzen.

So selbstverständlich diese Rücksicht auf die weibliche Wählerschaft in diesem Falle erscheinen mag, so wichtig wird sie andererseits bei den sonstigen gesetzgeberischen Fragen. Eben der Einfluß der weiblichen Wählerschaft, die durch ihre Stimmen die Wahl eines Kandidaten erzwingen oder verhindern kann, muß es den Parlamentariern nahelegen, in weitestgehendem Grade den Stimmungen und Wünschen dieser weiblichen Wählerschaft, ihrer Sympathie für gewisse Gesetzentwürfe Rechnung zu tragen.

Man hat demgegenüber manchmal darauf hingewiesen, daß das Frauenstimmrecht schließlich und endlich nicht sehr viel Wandel im Guten oder Bösen gebracht habe, da wirklich bedeutungsvolle, den Stempel der Fraueninitiative tragende Gesetzentwürfe nicht geschaffen worden seien. Aber dieses Fehlen großartiger feministischer Reformen will durchaus nicht sagen, daß sich nicht der weibliche Einfluß in vielen kleineren Gesetzentwürfen zum Ausdruck gebracht hat. Allgemein wird zugegeben, daß z. B. die geänderte Behandlung weiblicher Strafgefangenen und die verbesserte Fürsorgeerziehung der Kinder auf direkte Wünsche der weiblichen Wählerschaft zurückgehe.

Von Neuseeland und seiner den Frauengedanken Temperenzgesetzgebung ganz zu schweigen *), ist in Australien selbst eine Maßregel zum Gesetz geworden, die weitgehende Staatshilfe für mittellose Mütter vorsieht. Gewiß hat die selbstverständliche Sympathie der Frauen für eine solche Reform die Stimmung im Parlamente und den Weg für ihre Durchführung geebnet.

Auch das kürzlich erlassene Gesetz im australischen Staate Neusüdwales, das die Schließung aller Schenken am Wahltag bis zum Schluß der Stimmenzählung um 8 Uhr abends vorsieht, verwirklicht eine aus dem Fraueninteresse an ruhigen ordentlichen Wahlen hervorgehende Forderung.

Zugegeben muß werden, daß die Frauen Australiens im allgemeinen nicht nach Gesichtspunkten ihres Geschlechtes stimmen, sondern sich voll und ganz ihren politischen Parteien eingliedern. Zwei große Parteien sind es, die um die Beherrschung Australiens kämpfen, die Arbeiterpartei mit ihrem weitgehenden sozialistischen Reformprogramm und die liberale Partei, in der sich alle bürgerlichen Gruppen gesammelt haben. Bei den letzten Wahlen zum Repräsentantenhause errang diese eine Stimme Mehrheit, bei den vorhergehenden Wahlen hatte die Arbeiterpartei eine schwache Mehrheit erlangt und diese einander gleichkommende Stärke so gegensätzlicher Gruppen eifert die beiderseitigen Anhänger zu äußerster Kraftanstrengung und Konzentrierung an. Unabhängige Kandidaten, die sich nicht der einen oder anderen Partei angliedern würden, hätten nur wenig Chancen, gewählt zu werden. Die Parteidisziplin ist allzu stark.

Eine große Anzahl Frauen ist in der „Australian Womens National League“ organisiert, und da diese auf liberalem (bürgerlichem) Boden steht, sind alle ihre Mitglieder verpflichtet, für die liberalen Kandidaten zu stimmen.

*) Siehe auch die Aufzählung der wichtigen, in Neuseeland durch Fraueneinfluß erwirkten Gesetze im Artikel von Lady Stout in der Julinummer dieser Zeitschrift, wie ja überhaupt das Frauenstimmrecht in Neuseeland seit wesentlich längerer Zeit als in Australien besteht und somit stärkeren Einfluß als auf dem benachbarten Kontinente üben konnte. Anm. der Red.

Weibliche Mitglieder der Arbeiterpartei wieder müssen sich verpflichten, den Kandidaten der Arbeiterpartei im Bezirke zu unterstützen. Die weiblichen Stimmen verstärken also in diesem Falle einfach die Stimmen der männlichen Parteimitglieder. In Viktoria, das als letzter der australischen Bundesstaaten das Frauenstimmrecht einführt, besteht noch aus der Zeit des Kampfes die „Womens Political Association“, die keiner der beiden politischen Parteien sich angeschlossen hat und nach Ansicht mancher den Embryo einer künftigen australischen Frauenpartei enthält. Die Mitglieder dieser Vereinigung haben keine Verpflichtung, für die eine oder andere Partei zu stimmen, sie stimmen für jene Kandidaten, die den speziellen kulturellen und sozialen Reformen, für welche die Vereinigung eintritt, ihre Unterstützung zu leihen versprechen. Die Präsidentin der Vereinigung, Miss Vida Goldstein, hat dreimal für das Bundesparlament kandidiert; bei der letzten Wahl erhielt sie 10 500 Stimmen, während ihr Gegenkandidat mit 16 800 Stimmen gewählt wurde. Ihre Freunde geben die Hoffnung nicht auf, daß sie dereinst doch als erste Vertreterin der australischen Frauenpartei ins Parlament einziehe. Ihr Programm und das ihrer Vereinigung fordert nachstehende Reformen:

Reform der Ehegesetzgebung.

Ersatz der väterlichen Gewalt über das Kind durch Gleichberechtigung beider Eltern zur Leitung ihrer Nachkommenschaft.

Gleichstellung der Frauengehälter und Frauenlöhne mit den Männerlöhnen.

Vollkommene Gleichheit von Mann und Frau in der Staatsverwaltung und Beamtenhierarchie.

Hinaufrückung des Schutzalters junger Mädchen gegen sexuelle Angriffe.

Erweiterte Arbeiterschutzgesetzgebung, speziell für jugendliche Arbeiter.

Unterlassen aller Staatsanleihen außer für Produktivzwecke.

Förderung der internationalen Frauenstimmrechtsbewegung.

Schiedsgerichte für Schlichtung aller Konflikte zwischen Staaten und Völkern.

Die meisten Frauen in allen Lagern sind wohl mit diesen Forderungen einverstanden und ihr Einfluß geht so weit über den Einfluß der „Womens Political Association“ hinaus.

Häufig wurde die Frage in Australien erörtert, ob der moralische Standard der Parlamentarier durch das Frauenstimmrecht gehoben wurde. Nach dieser Richtung muß zunächst festgestellt werden, daß das parlamentarische Leben Australiens mit seiner klar durchgeführten Verantwortlichkeit des Ministers gegenüber dem Parlamente und des Parlamentariers gegenüber seinen Wählern, mit seiner weitgehenden Macht der Presse, mit seinem Referendum, das den einzelnen Bürger zur Fühlung auch mit den Detailfragen des parlamentarischen Lebens anleitet, mit jener allgemeinen Durchsichtigkeit der Verhältnisse, die in mancher Beziehung an die Schweizer Kantone erinnert, für Korruption und Bestechlichkeit an und für sich keinerlei Raum bietet. Niemals haben Fälle ernstlicher Korruption die öffentliche Meinung zu beschäftigen gehabt.

Wenn also auch dies zuzugeben ist, daß die Frauen vermöge ihrer mütterlichen Eigenschaften, ihrer Nüchternheit, ihrer Scheu vor jedem Exzeß noch mehr Sinn für die öffentliche und private Moralität des Kandidaten besitzen

als die männlichen Wähler, so hatten sie doch in den spezifisch australischen Verhältnissen wenig Gelegenheit, durch diese psychische Differenzierung einen Wandel in Zuständen, die eines Wandels nicht bedurften, herbeizuführen. Immerhin finden wir auch in Australien, daß die Kandidaten, speziell in Bezirken mit zahlreicher weiblicher Wählerschaft, gern auch ihr untadelhaftes Familienleben und ihre tadellose persönliche Ehrbarkeit in entsprechender Weise bekannt werden lassen. Gewiß steht die große Mehrheit der weiblichen Wählerschaft klar und scharf auf dem Boden ihrer Partei und läßt sich von diesen Gesichtspunkten nicht beeinflussen, aber eine Minderheit legt doch auf diese Gesichtspunkte Wert, und gerade sie kann im Wahlkampf den Ausschlag geben. So hat es sich häufig beobachten lassen, daß gerade in den obengenannten Wahlkreisen die Kandidaten besonders häufig ihren Patriotismus und ihre religiöse Gesinnung in ihren Reden betonen.

Was endlich die Frage der sexuellen Moral anlangt, ist zunächst gegenüber den Verhältnissen des europäischen Festlandes festzuhalten, daß in Australien, wie in England und Amerika nur die strikte gesetzliche Ehe als moralisch zulässig gilt, daß die öffentliche Meinung der Männer wie der Frauen nicht jene Toleranz gegenüber der freien Liebe zeigt, wie sie in Frankreich und in gewissem Grade auch in den anderen Ländern des europäischen Festlandes geübt wird. Ohne daß hier untersucht werden soll, inwieweit diese allen angelsächsischen Völkern eigentümliche Gesinnung sozial wertvoll oder schädlich ist, muß für Zwecke dieses Aufsatzes strikte darauf hingewiesen werden, daß allerdings ein Parlamentarier, dessen Leben gegen die obengenannten Gesichtspunkte verstoßen würde, sich im politischen Leben Australiens nicht behaupten könnte, daß dies jedoch auf allgemeine Volksstimmung und nicht auf speziellen Fraueneinfluß zurückgeht.

Allerdings ist in der Presse und im öffentlichen Leben Australiens vielfach behauptet worden, daß der weibliche Einfluß sich immerhin in einer Akzentuierung dieses Vetos geäußert habe, und viele ernste Frauen haben im Hinblick auf Einzelfälle dieser Ansicht Ausdruck gegeben.

Wie liegen die Dinge aber in der Praxis? Solange die Reputation eines Kandidaten an sich unberührt ist, suchen auch die weiblichen Wähler keine näheren Erkundigungen einzuholen. Wenn allerdings schlechte Gerüchte über ihn zu schwirren beginnen, so mögen sie in ihrer Empörung noch eifriger sein als die männlichen Wähler. Trotzdem wird leicht der Gegeneinwand laut: Wenn wir unsern (bürgerlichen) Kandidaten fallen lassen, so wird der Gegenkandidat durchdringen und mit ihm ein Vertreter jener sozialistischen Stimmungen, die der geoffenbarten Religion und der Ehe als einer religiösen Institution prinzipiell gegnerisch gegenüberstehen.

Wenn auch ernste Führer der bürgerlichen Partei in ihren öffentlichen Erklärungen zugeben, daß keineswegs alle Mitglieder der sozialistischen Gegenpartei diese Stellung gegen die Ehe einnehmen, so wird doch gerade für die Agitation in den Kreisen der weiblichen Wählerschaft eifrig Gebrauch von den Zitaten solcher sozialistischen Führer gemacht, die sich tatsächlich gegen die gesetzliche Einehe ausgesprochen haben.

Wenn andererseits ein übles Gerücht sich an einen Kandidaten der Arbeiterpartei knüpft, werden die Frauen der Arbeiterpartei, solange das besagte Gerücht nicht allzu weit geht, geneigt sein, zu sagen: Wenn der Arbeiterkandidat fällt, wird unsere Partei einen Sitz verlieren und die latente Immoral der reichen Klassen wird ihn gewinnen.

Die Frauen, die strikte auf dem Boden der einen der beiden Parteien

stehen, werden so in dieser Richtung sich von moralischen Gesichtspunkten nicht in höherem Grade leiten lassen als die männlichen Wähler, während zugegeben werden muß, daß es gewiß zahlreiche Frauen gibt, die weniger strikte auf einem der beiden Parteistandpunkte stehen und allerdings durch ihre Meinung, daß ein Kandidat nicht alle moralischen Garantien biete, sich leicht dazu bestimmen lassen, gegen ihn zu stimmen.

Da somit jedes solche Gerücht eine schwere Gefahr für die Partei, der der Kandidat angehört, bedeutet, da sie in den meisten Fällen den Sitz verliert, pflegt die Partei in den wenigen Fällen, die bekannt geworden sind (es handelte sich speziell um Eheirungen), auf dem freiwilligen Verzicht des Kandidaten auf seine Wahlbewerbung zu bestehen.

Zu jener Zeit, als die Einführung des Frauenstimmrechts die öffentliche Diskussion beherrschte, wiesen Freunde und Gegner der Forderung vielfach darauf hin, daß die Frauen im Kirchenbesuch eifriger seien als die Männer, in höherem Grade unter religiösem Einfluß stünden und daß die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen darum eine Stärkung des religiösen Einflusses auf das öffentliche Leben bedeuten würde, was die einen als wertvoll, die anderen als gefahrvoll bezeichneten. Gewiß muß auch zugegeben werden, daß ein Kandidat, der sich in Wahlreden offen als Atheist bekennt oder sich des Eingehens einer freien Ehe ohne gesetzliche Sanktion rühmen würde, hierdurch seine Chancen gegenüber den männlichen und in vielleicht noch höherem Grade gegenüber den weiblichen Wählern sehr wesentlich verschlechtern würde.

Dies ist aber im wesentlichen nur ein Widerspiel jener allgemeinen konservativen Stimmung in religiösen und sexuellen Fragen, wie sie eben der angelsächsischen Rasse und dem australischen Volke als ihrer reinsten und ausgesprochensten Nuance zukommt. So wunderbare Fortschritte auch in sozialer Gesetzgebung gemacht worden sind, bleibt eben noch viel Finsternis in manchen Sphären des geistig-sittlichen Lebens aufzuhellen. Die großen Völkerlehrer in den alten Kulturstaaten Europas sind mit ihrer Darlegung, daß moralische Rechtschaffenheit und Vervollkommnung der Rasse nicht durch puritanische Einschränkung, sondern durch solche sozialen Reformen, die Prostitution und liebeleere und darum unsittliche Verhältnisse tilgen, heraufgeführt werden können, noch nicht genügend nach Australien gedrungen, und die australischen Frauen und die überwiegende Mehrzahl der australischen Männer können es sich nicht vorstellen, daß es Fälle geben mag, die einen Mann und ein Weib zusammenführen, ohne daß Wunsch oder Möglichkeit zu einer legalen Ehe gegeben wäre; die australischen Frauen, vielleicht noch eine Nuance mehr als die australischen Männer, stehen allzusehr auf dem Boden der Buchstabensittlichkeit.

Aber gerade das Frauenstimmrecht und die Aufklärung der Frauenmassen über die sozialen Kampf Fragen, die lebhaftere Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten und mit jenen soziologischen Problemen, die ihnen zugrunde liegen, mag da langsam Wandel schaffen und freiere Auffassungen einkehren lassen.



HILJA PÄRSSINEN, LANDTAGSABGEORDNETE, HELSINGFORS: EIN NEUES GESETZ ZUR REGE- LUNG DES ZUSTANDES UNEHELICHER KINDER IN FINNLAND *).

IN der letzten Session des finnischen Landtags stand eine Vorlage zur Verhandlung, die die Unterhaltung und das Erbrecht unehelicher Kinder zum Gegenstande hatte. Die bisher gültigen diesbezüglichen Gesetze des Landes sind veraltet und gewähren den unehelichen Müttern und Kindern sehr wenig Schutz. Die Alimente sind sehr gering, und auch diese kann man nur auf dem Wege langwieriger Prozesse erlangen. Viele Mütter verzichten daher lieber darauf, als daß sie den schweren Prozeßweg wegen einer fraglichen Unterstützung einschlagen. Erbrechtlich stehen die Kinder noch ungünstiger da.

Die Frage der unehelichen Kinder und die Verbesserung ihrer Lage mußte auch bei uns auf Entscheidung drängen, besonders nachdem die Sozialdemokratie auch in dieser Frage die Initiative ergriff, die unhaltbare Lage dieser Kinder beleuchtet und auf Besserung gedrungen hat. Jährlich werden im Lande etwa 6000 uneheliche Kinder geboren; von 100 Geburten sind beinahe 7 unehelich. Die unehelichen Schwangerschaften sind bekanntlich oft Folgen der Schwierigkeiten, welche den Eheschließungen wirtschaftlich entgegenstehen, sowie auch Folgen der Standesunterschiede der Betreffenden, der Mittellosigkeit usw.; bei den bemittelten Klassen ist die Möglichkeit der Eheschließungen, wie auch die Möglichkeit der Verheimlichung einer Schwangerschaft viel größer, daher sind die unehelichen Geburten bei den unbemittelten Klassen häufiger. Die Folge davon ist, daß viele uneheliche Kinder in den Zustand großer Verwahrlosung kommen, denn die Mütter vermögen ihnen keinen genügenden Schutz zu bieten, während man den Vater selten dazu bringen konnte, die Sorge für das Kind auf sich zu nehmen. — Wegen der Pflicht der Erwerbsarbeit muß die Mutter die Wartung und Erziehung des Kindes vernachlässigen. Die Sterblichkeit der Brustkinder ist bei uns sehr groß, auffallend groß ist sie aber bei den unehelichen Kindern. In den Städten ist die Sterblichkeit von 1000 Lebendgeborenen im ersten Lebensjahre 283, auf dem Lande 154. Schrecken erregende Zahlen! Wieviel Schmerz und Verlust von Lebenskraft enthalten sie! Und sie weisen darauf hin, daß die Lage der unehelichen Kinder eher alles andere als befriedigend ist. — Diejenigen, die infolge einer stärkeren Konstitution dem Tode entgehen, gelangen fast ausnahmslos unter die zermalmenden Räder des harten Lebens.

Auf Grund einer Erhebung aus dem Jahre 1908 stellte es sich heraus, daß von den Vätern 3691 schutzloser Kinder nur 113 gerichtlich zur Zahlung eines Unterhaltungsbeitrages verurteilt worden waren. Nur in 977 Fällen zahlten die Gemeinden einen entsprechenden Beitrag.

Die in Frage stehende gesetzliche Neuregelung der Lage unehelicher Kinder zielt darauf hinaus, um die Gemeinschaft mit der Fürsorge dieser Schutzbedürftigen zu betrauen. Die Gemeinschaft soll die Aufgabe

*) Die Verfasserin gehört dem finnischen Landtage seit den ersten Wahlen im Jahre 1907 ununterbrochen an.

übernehmen, dafür zu sorgen, daß das uneheliche Kind vom Vater den Unterhalt bekommt und daß es erbrechtlich den ehelichen Kindern gleichgestellt werde. Daraus ergibt es sich von selbst, daß das Gesetz mit Hilfe von Fürsorgeeinrichtungen durchgeführt werden soll.

Das von der Volksvertretung angenommene Gesetz bestimmt, daß der Fürsorgeausschuß bereits während der Schwangerschaft der Mutter einen Beistand bestellen soll, der gegenüber dem Vater die Rechte des zu erwartenden Kindes wahrzunehmen hat. Dieser Beistand hat die Mutter bei den Behörden zu unterstützen, falls gegen den Vater ein Verfahren zur Erfüllung seiner Pflichten eröffnet wird. Die Aufgabe dieses Beistandes hört in dem Moment auf, wo dem Kinde nach der Geburt ein Vormund gestellt ist, sei es die Mutter oder eine andere Person. — Die Erziehung des Kindes bleibt der Mutter vorbehalten.

Für den Unterhalt des Kindes haben Vater und Mutter zu sorgen, bis es 16 Jahre alt geworden. In der Vorberatungskommission für Gesetze ward als Grenze das Alter von 18 Jahren angenommen. Aber im Plenum wurde der Vorschlag des „Großen Ausschusses“ gutgeheißen und die Unterhaltspflicht der Eltern auf 16 Jahre beschränkt. Hinsichtlich der Höhe des Unterhaltsbeitrages bestand eine Uneinigkeit zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien. Es sollte entschieden werden, ob die Höhe des Unterhaltsbeitrages zu bestimmen sei auf Grundlage der mittleren Höhe der Lebenshaltung beider Beteiligten, oder aber je nach der besser situierten Seite der Eltern. Die Sozialdemokraten waren dafür, daß letzterer Modus als maßgebend anzunehmen wäre, da der Vater gewöhnlich besser situiert zu sein pflegt. Dadurch käme dem Kinde ein höheres Unterhaltungsgeld zu. Aber die bürgerlichen Landtagsfraktionen waren dagegen, und so kam der erste Modus der Bestimmung in das Gesetz hinein.

Ein erwerbsunfähiges Kind hat das Recht, so lange Unterhaltung zu bekommen, bis es sich selbst zu ernähren imstande sein wird. In besonderen Fällen ist das Kind auch nach Vollendung des 16. Jahres berechtigt, die Schulkosten von den Eltern zu verlangen. — Der Unterhaltsbeitrag ist in Geld zu leisten und für festgesetzte Termine im voraus. Wenn die Mutter das Kind bei sich behält und es selbst erzieht, wie das für gewöhnlich geschieht, so verpflichtet der Richter den Vater zur Zahlung der Unterhaltung des Kindes. Die Aufnahme des gerichtlichen Verfahrens gegen den Vater hat im Verlaufe von zwei Jahren nach der Geburt des Kindes zu erfolgen.

Neben der Regelung der Unterhaltungsfrage des Kindes bezieht sich das neue Gesetz auch auf die Mutterschaftsunterstützung der unehelichen Mutter. Diese Unterstützung wird folgendermaßen gesetzlich bestimmt:

„Ein Mann, der eine Frau durch außerehelichen Geschlechtsverkehr geschwängert hat, wird verpflichtet, der Schwangeren wenigstens während zweier Monate vor und nach der Entbindung die Mittel zum genügenden Unterhalt zu gewähren, wie auch die Kosten der Entbindung zu tragen.

Im Falle, daß die Mutter das Kind bei sich behält, wird diese Verpflichtung des Vaters (Punkt 1) nach der Entbindung auf 6 Monate verlängert. Tritt in der Wartung des Kindes seitens der Mutter eine diesbezügliche Veränderung ein oder stirbt das Kind, so wird die Zeit der Unterstützungspflicht des Vaters entsprechend abgekürzt.

Der Beitrag, den die Mutter nach der Entbindung erhält, muß hinreichend sein, um es ihr zu ermöglichen, das Kind zu stillen.

Der Tod des Vaters vor oder nach der Geburt des Kindes hat keinen Einfluß auf das Recht der Mutter auf diese Unterstützung im negativen Sinne, d. h. trotz des Todes hat die Mutter Anspruch auf die Unterstützung.“

Eine Anerkennung der Vaterschaft (durch den Richter) ist erforderlich. Ist jemand des Beischlafes überführt, so kann der Richter nach Verhör von Zeugen und nach der Untersuchung der Sache auf Vaterschaft erkennen; Vater und Mutter können als Zeugen vernommen werden. Der Richter hat die Befugnis, auch im Falle mangelhafter Zeugenaussagen auf Grund seiner Überzeugung, die er auf dem Wege „freier Untersuchung aller Tatbestände“ gewonnen hat, sowohl auf Zahlung der Unterhaltung, wie auch auf das Erbrecht zu erkennen.

Wenn mehrere Beischläfer in Betracht kommen und wenn die Anklage der Vaterschaft gegen mehrere Personen erhoben worden ist, so wird die Zahlungspflicht auf alle für die Vaterschaft in Betracht kommenden Personen verteilt und jeder von ihnen haftet sowohl für seinen eigenen Teil wie auch für den Teil der übrigen.

Wenn es nicht möglich ist, die Mutterschaftshilfe, auf welche die Schwangere vor und nach der Geburt auf Grund dieses Gesetzes ein Anrecht hat, von dem Vater einzutreiben, und die Schwangere dieser Hilfe bedarf, so hat die Gemeinde diesen Betrag vorläufig auszulegen.

Seitens der Sozialdemokraten wurde verlangt, die Höhe dieser Mutterschaftsunterstützung sollte gesetzlich festgelegt werden. Doch wurde dieser Antrag von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Noch eine andere Verschlechterung des Gesetzes wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten dem Gesetz zugefügt durch folgende Bestimmung: Die Gemeindehilfe ist als Armenunterstützung zu erklären, wenn es sich herausstellt, daß die Frau die Aufklärung der Vaterschaft durch Geheimhaltung gehindert hat. Durch diese Bestimmung werden viele Mütter, die dieser Hilfe teilhaft werden, ihres politischen Wahlrechts beraubt.

Das Gesetz enthält recht schwere Strafbestimmungen für Frauen, die über die Vaterschaft falsche Angaben machen. Dafür wird als Mindeststrafe ein Jahr Gefängnis angedroht. Seitens der Sozialdemokratie wurde Milderung dieser Strafbestimmung beantragt. Aber die bürgerliche Mehrheit verwarf diesen Antrag.

Vom Vater, der seiner Zahlungspflicht nicht nachkommt, wird das Geld zwangsweise eingetrieben. Hat der Vater eine Ehefrau und Kinder zu unterhalten, so wird der Unterhaltsbeitrag für das uneheliche Kind von seinem Lohn, Gehalt, Pension, seinen Ersparnissen oder seiner Lebensversicherung, wenn er solche aufzuweisen hat, sowie auch seinen Erbschaften, wenn ihm solche zufallen, abgezogen, resp. beigetrieben.

In solchen Fällen genießt das uneheliche Kind die Rechte eines ehelichen Kindes.

Dieses sind die Hauptmomente des neuen Gesetzes zur Regelung der Unterhaltung und des Rechtsschutzes der unehelichen Kinder.

Das Erbrecht der unehelichen Kinder betreffende Punkte des Gesetzes enthalten folgende Hauptmomente:

Hat der Vater das unehelich geborene Kind als sein Kind anerkannt oder hat der Richter ihn zu der Vaterschaft erkannt, so genießt das uneheliche Kind mit den ehelichen Kindern gleiche Erbrechte. Zur Erlangung dieses Rechtes muß das Gerichtsverfahren innerhalb von 2 Jahren, vom Tage der Geburt des Kindes an gerechnet, bei der zuständigen Behörde auf dem Klage-

wege gegen den Vater eingeleitet werden. Nur im Falle nachweislich hindern-der Gründe kann eine Verlängerung dieser Frist zugebilligt werden. Unehe-liche Kinder, denen das Erbrecht zuerkannt worden ist, erhalten den Namen des Vaters und werden in seinen Personallisten geführt. Die unehelichen Kinder von Männern, die im Ehestande leben, erhalten dieselben Rechte. — Dieses Gesetz hat keine rückwirkende Kraft, d. h. Kinder, die vor der Sanktio-nierung dieses Gesetzes geboren worden sind, können auf Grund dieses Gesetzes keine Rechte geltend machen.

Aus diesen neuen Gesetzen geht die Tatsache hervor, daß die uneheliche Mutter wenigstens prinzipiell mit der ehelichen Mutter gleichgestellt wird. Daher ist das Gesetz vom sittlichen Standpunkte aus wohlwollend zu be-grüßen.

Trotzdem dürfen wir aber nicht vergessen, daß, obgleich das neue Gesetz sowohl für die unehelichen Mütter wie Kinder größeren Schutz als bisher gewährt, damit doch aller Not und Sorge nicht abgeholfen ist. Ist der Vater unbemittelt oder wandert er aus, so bleibt das Kind der alleinigen Sorge und Obhut der Mutter überlassen und sieht somit allen Fährnissen des harten Lebens ohne größeren Schutz entgegen. Seitens der Sozialdemokratie ist man denn auch bestrebt, dieses Gesetz dadurch zu ergänzen, indem sie Mutter-schaftsversicherung und Errichtung von Heimstätten für schutzlose Mütter und deren Kinder fordert. Diese Heimstätten sollten von den Kommunen angelegt und mit staatlicher Hilfe unterhalten werden. Diese Heimstätten sollten berufen sein, die Mütter zu beherbergen, solange sie ihre Kinder stillen. Leider hat der Landtag in dieser Frage noch keinen entscheidenden Beschluß gefaßt.

Es bleibt zu erwarten, daß die Regierung dieses Gesetz, das von der Volksvertretung angenommen worden ist, baldmöglichst sanktioniert.



ALBERT SAUZÈDE, SOMMIÈRES: EIN FRANZÖ-SISCHES GESETZ ZUGUNSTEN KINDERREICHER FAMILIEN.



AS in Frage stehende Gesetz wurde am 14. Juli 1913 erlassen.

Die Departementsverwaltungen sind mit der Durchführung seiner Maßnahmen betraut, mit einer gewissen Anteilnahme der Gemeinden und des Staates. Wir begrüßen in diesem Erlasse einen Sieg der dezentralistischen Ideen.

Das Gesetz soll auf vier Personenkategorien Anwendung finden.

Jedes Familienoberhaupt französischer Nationalität, das für mehr denn drei legitime oder anerkannte Kinder unter 13 Jahren zu sorgen hat und die genügenden Mittel zu ihrer Erziehung nicht aufbringen kann, bekommt eine jährliche Unterstützung für jedes weitere Kind, das dieses Lebensalter noch nicht erreicht hat.

Wenn die Kinder von der Mutter erhalten werden müssen — infolge des Ablebens des Vaters oder seines Verschwindens, oder, weil er seine Familie verlassen hat oder aus sonst irgendwelcher Ursache — wird die Unterstützung schon für das z w e i t e und jedes folgende Kind von weniger als 13 Jahren gewährt.

Dieselbe Berechtigung genießt ein Vater, der aus irgendeinem Grunde mit den Kindern allein bleibt.

Gleich Kindern unter 13 Jahren werden Kinder zwischen 13 und 16 Jahren behandelt, für die das Familienoberhaupt einen Lehrlingsvertrag abgeschlossen hat.

Man hat über die Fassung sehr viel debattiert. Was sollte unter „ungenügende Mittel“ verstanden werden? Dies zu erforschen, ist eben die Aufgabe der hierzu eingesetzten Behörden, und zwar des Bureau d'Assistance als erster Instanz, einer Kantonalkommission als zweiter und einer Zentralkommission im Ministerium des Innern als letzter Instanz.

Die Höhe der Unterstützung wird für jede Gemeinde durch den Gemeinderat bestimmt unter Vorbehalt der Anerkennung durch den Kreisrat und das Ministerium des Innern. Sie darf nicht unter 60 und nicht über 90 Franken pro Jahr und Kind betragen. Wenn die Zuwendung sich über 90 Frank erhebt, so geht der Mehrbetrag ausschließlich zu Lasten der Gemeinde.

Die finanzielle Rückwirkung dieser Zuwendungen ist ein Problem, das durch die Festlegung der Unterstützungssumme selbst entstand. Auf Grund einer eingehenden Untersuchung des Jahres 1911 berechnete man die Gesamtausgabe auf 42½ Millionen, den Anteil des Staates auf 25 Millionen. Damit werden etwa 371 500 Kinder unter 13 Jahren, die beide Eltern haben, etwa 219 000, die nur die Mutter haben und ungefähr 1 % mehr, die nur den Vater haben, sowie 50 000 Lehrlinge unterstützt werden. Aber diese 42½ Millionen werden auf 50½ Millionen steigen, da es notwendig werden wird, das neue Gesetz mit früher erlassenen Sozialgesetzen in Einklang zu bringen, vor allem mit dem über billige Volkswohnungen vom 23. Dezember 1912. Der Staat wird den Gemeinden die Subventionen zur Errichtung von Häusern für Unterbringung der zahlreichen Familien erteilen, einen Beitrag in Höhe ihrer eigenen Aufwendung geben und die verfügbaren Summen so verdoppeln. Diese Subventionen werden sich bis zu 2 % des Einkommens der Häuser erheben, im Falle die den zahlreichen Familien überlassenen Trakte mindestens die Hälfte des Mietswertes der gesamten in Frage kommenden Wohnungen betragen.

Die 50½ Millionen werden unter den Gemeinden, den Departements und dem Staat aufgeteilt werden.

Die Gemeinden werden die Mittel erheben:

1. aus den speziell für diesen Zweck gewidmeten Stiftungen und Spenden;
2. aus der eventuellen Mitwirkung des Wohltätigkeitsbureaus;
3. im Falle des Nichtausreichens aus einer Subvention des Departements;
4. als letzte Reserve: mit Hilfe ihrer gewöhnlichen Einkünfte und Steuerressourcen oder aus neuen Steuern oder Taxen, deren Eintreibung das Gesetz gestattet.

Welches ist der Grundcharakter der Unterstützung und wie wird sie ausgezahlt? Sie ist unabtretbar und unpfändbar, wird monatlich oder in kleinen Zwischenräumen ohne irgendwelchen Abzug, und je nach Bestimmung des Gemeinderats entweder an das Familienhaupt, die Mutter oder ein anderes Familienglied ausgezahlt, oder an die öffentliche oder private, vom Minister des Innern genehmigte Anstalt, in der das oder die Kinder untergebracht werden. Der Gemeinderat kann auch bestimmen, daß die Unterstützung ganz oder teilweise für den Wohnungszins verwendet oder in Natura durch das Wohltätigkeitsbureau überwiesen werde. Dies ist ein wichtiger Paragraph, denn wie leicht könnte sonst ein Säufer mit dem betreffenden Gelde sich betrinken,

so daß die Familie keinerlei Erleichterung ihrer Lage gewänne, während die Bezahlung des Wohnungszinses der Familie unmittelbar zugute kommt.

In der ursprünglichen Regierungsvorlage war eine Erhöhung der Unterstützung für solche Familien vorgesehen, deren Chef seit 5 Jahren einem wechselseitigen Unterstützungsvereine angehöre. So hätte das Gesetz gleichzeitig einen Ansporn für Eigeninitiative der Beteiligten gebildet und den wechselseitigen Unterstützungsvereinen neue Mitglieder zugeführt, ihr Erziehungswerk gefördert.

Der Senat gab allerdings dieser Bestimmung aus finanziellen Gründen nicht seine Zustimmung und wurde sie in das im Juli erlassene Gesetz nicht aufgenommen. Die Regierung behielt sich jedoch vor, eben diese Unterstützung in einem neuen Gesetze, das sie in der nächsten Session einbringen werde, zu verwirklichen. Eine Reihe von französischen Departements sind übrigens der staatlichen Gesetzgebung bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und vielfach wird bereits eine Unterstützung von in der Regel 10 Franken pro Monat und Kind an Familien, die mit mehr als drei Kindern gesegnet sind, ausbezahlt. Vielfach werden spezielle Zuwendungen auch für Kinder tuberkulosekranker Eltern ausgelegt, auf daß sie eine getrennte Wohnung beziehen und sich der Ansteckungsgefahr entziehen können.

In Paris selbst wird bereits seit längerer Zeit den kinderreichen Familien ein Beitrag zum Wohnungszins gegeben. Ehepaare mit mehr als vier Kindern unter 15 Jahren erhalten jedes Vierteljahr eine Summe von 24 Mark als Beisteuer zum vierteljährlichen Wohnungszins. 200 000 Mark wurden alljährlich in Paris für diesen Zweck ausgegeben.

Das neue Gesetz bringt alle diese zerstreuten Vorkehrungen in ein geschlossenes System, welches vermöge der großen im Sinne des neuen Gesetzes aufgewandten Mittel eine wirkliche Teilhaberschaft des Staates am Unterhalte der Kinder in Familien, die mit solchen gesegnet sind, darstellt.

Für Frankreich eine wichtige Maßnahme im Kampfe gegen die Entvölkerung, gegen die freiwillige Beschränkung der Kinderzahl, die ja überwiegend auf ökonomische Motive, auf die Schwierigkeit, eine große Anzahl von Kindern zu erhalten, zurückgeht.... Aber auch über diesen spezifisch französischen Gesichtspunkt hinaus eine von sozialer Gerechtigkeit getragene Maßnahme.



SENATOR FERDINAND DREYFUS, PARIS: DIE EINFÜHRUNG VON JUGENDGERICHTEN IN FRANKREICH.



OR kurzem ist in Frankreich das neue, von beiden Häusern des Parlamentes beschlossene Gesetz, welches die Strafrechtspflege für jugendliche Personen umgestaltet, in Kraft getreten. Die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung wurde auf das Problem durch die wachsende Zahl jugendlicher Verbrecher (ein Phänomen, das sich, wie in allen anderen Kulturstaaen, auch in Frankreich gezeigt hat) gezogen. Speziell in den Großstädten, Industrieorten und Hafenplätzen ist die Zahl der jungen Leute, die wegen Landstreicherei, Bettels und Diebstahls dem Gerichte zugeführt werden, bedeutend, und unglücklicherweise bilden gerade

diese Vergehungen häufig die Vorstufe zum eigentlichen Verbrechen. Das Kind, das auf der Straße umherlungert, weil ein ungastliches Daheim keinerlei Anziehungskraft auf es ausübt, ist allen schlechten Beispielen und Einflüsterungen, dem Einfluß pornographischer oder blutrünstiger Bilder schutzlos preisgegeben. Die Neugierde des Kindes, wohlthätig in anderen Beziehungen, macht es doppelt zugänglich für alle diese Verführungen. Die Auflösung der Familie, wie sie durch die Doppelarbeit des Arbeiters und seiner Frau, durch die zahlreichen freien Verbindungen, durch das Verschwinden der alten Autorität des Familienvaters gegeben ist, bringt auch ein Anwachsen der Jugendkriminalität mit sich.

Bisher wurden diese jugendlichen Personen, welche durch die Ungunst des Milieus dem Verbrechen anheimfielen, im wesentlichen nach den für die erwachsenen Verbrecher geltenden Regeln behandelt. Die einzige Ausnahme lag darin, daß strafbaren Personen unter 18 Jahren gewisse Milderungen in der Strafvermessung zugebilligt wurden, sowie, daß der Richter im Einzelfalle zu entscheiden hatte, ob das Kind in Erkenntnis der Strafwürdigkeit seiner Handlung vorgegangen sei. Unter 12 Jahren, so ward den Gerichtsbehörden empfohlen, sollte gerichtliche Bestrafung überhaupt nicht angewendet werden. Trotzdem gab es am 15. April 1910 535 Knaben unter 12 Jahren, welche den Besserungsanstalten von St. Hilaire und St. Joseph de Frasné-le-Château überwiesen worden waren. Zu gleicher Zeit gab es 2202 junge Leute zwischen 12 und 16 Jahren und 549 unter 16 Jahren, die in ähnlichen Anstalten angehalten wurden. Die Ziffern wären noch wesentlich größer gewesen, wenn nicht viele Richter aus Schonung die Frage nach einer vorangehenden Erkenntnis des Kindes seiner strafwürdigen Handlung fallen gelassen hätten. Aber selbst in diesen Fällen wurde das Kind doch den moralisch niederdrückenden Wirkungen der Verurteilung, des Transports mit den Gendarmen, des Beisammenseins mit ganz verdorbenen Elementen auf den Kommissariaten, der Untersuchungshaft und der öffentlichen Verhandlung ausgesetzt. Dann erst konnte die Meinungsabgabe des Richters, daß die entsprechende Reife nicht vorhanden gewesen sei, der weiteren Prozedur ein Ende machen. Das neue Gestez nun läßt alle diese Vorkehrungen, soweit Kinder unter 13 Jahren in Frage kommen, wegfallen. Für sie wird keinerlei gerichtliche Verfolgung mehr in Frage kommen, sondern nur gewisse Maßregeln der Fürsorge und Erziehung, um das Kind seiner Verwahrlosung zu entziehen und in ein günstigeres Milieu zu verpflanzen.

Die Entscheidung über die Wahl der Fürsorgeanstalt hätte nach dem Wunsch des Senates einem Vormundschaftsrichter, wie er in Amerika vorgesehen ist, übergeben werden sollen. Regierung und Kammer haben demgegenüber eine erweiterte juridische Prozedur für unabweislich gehalten, jedoch dem Untersuchungsrichter einen Berichterstatter beigegeben, der in jedem Einzelfalle die materielle und moralische Beschaffenheit der Familie und des Milieus, aus dem das verbrecherische Kind hervorgegangen, untersuchen soll, ebenso wie dessen Charakter und Vorleben, um die dem individuellen Falle angepaßteste Besserungsmethode ausfindig zu machen. Dieser Berichterstatter wird aus den Kreisen solcher Männer und Frauen, welche sich mit der Fürsorge verwahrloster Kinder berufsmäßig oder aus freiem Interesse beschäftigen, gewählt werden. Es ist das erstemal in der Geschichte der französischen Justiz, daß derart auch den Frauen eine entscheidende Funktion im gerichtlichen Apparat zuteil wird. Sie werden damit zu wertvollen Helferinnen des Richters.

Und in der Tat muß dies durchaus logisch erscheinen, da es sich ja um Probleme der Kindespsychologie und der „sozialen Mutterschaft“ handelt, für die die Frauen ja zweifellos eine ganz besondere Eignung besitzen.

Der Gerichtshof wird im wesentlichen die Anregungen seines Berichterstatters zur Grundlage seiner Verfügungen nehmen und das Kind, je nach den Bedürfnissen des Falles, seiner Familie, wenn dieselbe Vertrauen verdient, zurückgeben oder aber es in einer anderen Familie erziehen lassen resp. in einer Anstalt für abnormale Kinder unterbringen oder endlich den Anstalten der Waisenflege übergeben. In jedem Falle bleibt der Verhandlung jeder Gesichtspunkt rechtlicher Sühne ferne, es handelt sich nur darum, das Kind selbst zu retten. Was die jungen Leute zwischen 13 und 18 Jahren anlangt, ist die französische Reform allerdings zaghafter, als es vielleicht hätte sein können. Sie läßt im wesentlichen das bisherige Gerichtsverfahren bestehen und entlehnt bloß einige Züge den in Amerika und England so erfolgreichen Jugendgerichten. Allerdings werden für Behandlung jugendlicher Delinquenten eigene Senate geschaffen und für diese sollen mehr und mehr solche Richter herangezogen werden, die spezielle Begabung für die Probleme der Kindespsychologie mitbringen, wobei die Erfahrungen der Praxis ihnen immer mehr zustatten kommen müssen. Die öffentliche Verhandlung soll aufgehoben werden; der Richter soll weniger die Schwere des Deliktes, als seine psychologische und soziale Beurteilung im Auge haben und solche Strafen wählen, die zur Besserung des jugendlichen Verbrechers beitragen zu können scheinen. Vor allem sollen die kurzen Freiheitsstrafen, welche vermöge des Beisammenseins der verbrecherischen Kinder mit erwachsenen Verbrechern wahre Schulen des Verbrechens geworden sind, möglichst ausgeschaltet werden.

Wesentliche Methode zu letzterem Zweck ist das System der bedingten Freilassung *). Das Kind wird sofort nach der Verurteilung in Freiheit gesetzt, jedoch unter Warnung, keine neue strafbare Handlung zu begehen. Geschieht dies doch, so hat es außer der neuerwirkten auch die bedingungsweise erlassene Strafe abzubüßen.

Eigene Fürsorgeverbände sind bereits ins Leben getreten, welche eine ebenso liebevolle wie scharfe Aufsicht über diese bedingungsweise entlassenen jugendlichen Verbrecher führen. Der Erfolg des Gesetzes wird wohl ganz wesentlich von der entsprechenden Wahl der Personen, die diese Aufsicht üben, abhängen. Wird sie in die Hände erfahrener Pädagogen gelegt, die die Kindesseele und ihre Krisen kennen, wahre Mittler zwischen Familie und Gerichtshof zu sein vermögen, so daß auf Grund ihrer Beobachtungen der Richter geeignete Entscheidungen treffen kann, dann wird das Gesetz sich bewähren.

Um diese gesetzliche Methode zu stützen, sollen eigene Jugendfürsorgekommissionen ins Leben gerufen resp. dort, wo sie bereits bestehen, weiter entwickelt werden. Richter, Anwälte, Delegierte der privaten Fürsorgevereine und der Armenverwaltung sollen ihnen angehören. Entsprechende Unterbringung der verwahrlosten Kinder in guten Lehrplätzen und Stellungen wird eine ihrer wesentlichsten Aufgaben sein. Aus ihrer Mitte werden auch in wesentlichster Weise die Beiräte der Untersuchungsrichter und die mit

*) Die im französischen Rechte ja auch für erwachsene Verbrecher in gewissen Fällen angewandt wird.

der Aufsicht über die bedingungsweise entlassenen jugendlichen Verbrecher beauftragten Personen entnommen werden. Eine nahe Zukunft wird zeigen, ob diese Einrichtungen genügen, um die Jugendkriminalität einzudämmen.



DR. ALFRED H. FRIED, WIEN: ZWEITER VERBANDSTAG DES VERBANDES FÜR INTERNATIONALE VERSTÄNDIGUNG ZU NÜRNBERG.

IN Deutschland, wo der Pazifismus am längsten und am hartnäckigsten zu kämpfen hatte, um seiner Lehre Beachtung zu erringen, ist der Erfolg, den der erst im Juni 1911 ins Leben gerufene „Verband für internationale Verständigung“ erzielt hat, um so höher zu bewerten. Er erfreut sich gerade in jenen Kreisen des öffentlichen Lebens einer Anerkennung und bedingungslosen Mitarbeit, auf deren Mitwirkung zu rechnen vor einem Jahrzehnt noch für Träumerei galt. Freilich sucht die Leitung des Verbandes von der sogenannten Friedensbewegung abzurücken. Sie betont aus unten näher gekennzeichneten Gründen, die man nicht unbedingt ablehnen kann, einen Unterschied ihrer Bestrebungen. Dennoch kann man nicht umhin, die Verständigungsbewegung, der der Verband in erster Linie zu dienen sich vorgenommen hat, als einen Teil der Friedensbewegung und als ein direktes Entwicklungsstadium des allgemeinen Pazifismus zu bezeichnen.

Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß auch in Deutschland, ähnlich wie es in allen anderen Ländern des europäischen Kulturkreises schon seit langem der Fall war, die Ablehnung gegen die Grundideen des Pazifismus nach der ersten Haager Konferenz und nach der Herauentwicklung einer realen pazifistischen Doktrin, namentlich bei den Vertretern der Völkerrechtswissenschaft, aber, weit über diese hinaus, auch in anderen Gelehrtenkreisen und bei den Vertretern des öffentlichen Lebens im Schwinden begriffen war. Von Tag zu Tag konnte man die immer stärker werdende Durchdringung dieser für die staatliche Entwicklung so entscheidenden Schichten durch jene Idee beobachten. Nun erschien es als ein Gebot der Notwendigkeit, diese wertvollen Kräfte durch Organisation in den Dienst der Fortentwicklung des pazifistischen Gedankens zu stellen. Hier ergab sich aber eine Schwierigkeit. Die bisherigen Organisationen der Friedensbewegung hatten sich zumeist aus jenen Kreisen rekrutiert, die der bis dahin betriebenen, vorwiegend volkstümlichen, Propaganda erreichbar waren. Es ging demzufolge ein gewisser kleinbürgerlicher Zug durch die Organisationen der Bewegung, die dadurch der wissenschaftlichen Vertiefung und der politischen Erkenntnis — von Ausnahmen abgesehen — fern standen. Daher war es nicht möglich, daß die gerade durch die wissenschaftliche Fortentwicklung des Völkerrechts und durch die Erfassung der politischen Tragweite der Idee erweckten Kreise sich an jene Organisationen anschließen konnten. Dies schon aus dem Grunde nicht, weil sich unter jenen Persönlichkeiten sehr viele befanden, die den pazifistischen Gedanken in der Verkennung seiner Werte oder gerade infolge seiner volkstümlichen Vertretung früher bekämpft hatten. Hierzu trat auch noch der Umstand, daß man in Deutschland mehr,

als in den Ländern Westeuropas und Amerikas mit einer aus der politischen Geschichte Deutschlands verständlichen Skepsis, wie mit den aus den gleichen Gründen vielfach gestellten Vorbehalten zu rechnen gezwungen war.

So handelte es sich darum, eine neue Organisation zu schaffen, die diesen Bedingungen gerecht werden konnte. Auf Grund eines beschränkten Programms, in dem nur die zunächst erreichbaren Ziele aufgestellt wurden, und deren Verfolgung nur soweit gefordert wurde, als es zur Schaffung eines Gegengewichts gegen den in gefährlicher Weise sich emporreckenden Überpatriotismus notwendig erschien, schritt man an die Sammlung jener Kreise. Damit ist eine Organisation geschaffen worden, die keinen Gegensatz zu jenem Pazifismus bildet, wie er sich heute in den Köpfen seiner Führer darstellt. Es ist lediglich eine neue Methode zur Vertretung dieser Ideen zur Anwendung gebracht worden, in Verbindung mit einer, den wissenschaftlichen und politischen Aufgaben der neuen Organisation, entsprechenderen Vertretung.

Daß der Gedanke zur Schaffung dieser neuen Organisation in der Zeit begründet war, beweist der rasche Erfolg, den der Verband in den zwei Jahren seines Bestehens aufzuweisen hat. Seine Mitglieder rekrutieren sich aus zahlreichen deutschen Universitätslehrern, aus Abgeordneten, Mitgliedern der Bankwelt, der Großindustrie, ehemaligen Offizieren, Staatsbeamten usw. Bereits im vorigen Jahre konnte er unter den Auspizien der Heidelberger Universität seinen vielbeachteten ersten Verbandstag abhalten, und in diesem Jahre konnte unter reger Beteiligung Anfang Oktober der zweite Verbandstag in Nürnberg stattfinden, wo die Vertreter des bayrischen Staates und der Stadt Nürnberg den Bestrebungen der neuen Organisation ihren Willkommgruß entboten.

Neben den rein geschäftlichen Sitzungen des Ausschusses wurden öffentliche Versammlungen abgehalten, in denen hervorragende Politiker und Gelehrte über vorher festgesetzte Themen Berichte erstatteten. Die Zusammenstellung des Vortragsprogramms läßt erkennen, auf welch hohes Niveau der Verband seine Arbeit eingestellt hat. Nach einer Programmrede Prof. Nippolds sprach der Reichstagsabgeordnete G o t h e i n über das aktuelle Thema „Weltpolitik und Weltwirtschaft“. Unter Darlegung interessant zusammengestellter statistischer Daten über die deutsche Wirtschaftspolitik kam der hervorragende Parlamentarier zu folgenden Schlüssen: Die Weltpolitik muß die Politik der Verständigung zur Erleichterung und Sicherung des Verkehrs, zur Hebung der Kultur sein, eine Politik der internationalen Verträge und Schiedsgerichte, die allerdings noch ausgebaut werden müsse, durch Aufstellung von unparteiischen Schiedsrichtern, da die Diplomatie doch immer durch die Vertretung von Landes-Sonderinteressen gebunden ist. Der Ausbau der internationalen See- und Kriege-rechte, die Einführung eines einheitlichen Wechsel- und Scheckrechtes, die Regelung des Luftverkehrs, des Post- und Telegraphenrechts, ein internationaler Arbeiterschutz, sind große Aufgaben für den Verband. Nur auf dem Wege der friedlichen Verständigung ist ein Fortschritt möglich, nicht aber auf dem Wege des Krieges. — Der Wiener Gelehrte Hofrat Prof. L a m m a s c h, eine in der ganzen Welt anerkannte Autorität auf dem Gebiete des Völkerrechts, sprach über „Die Fortbildung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit“, und der Würzburger Professor Geheimrat Dr. M e u r e r über das heute in den führenden Wirtschaftskreisen so nachdrücklich erörterte Thema: „Der internationale Gerichtshof für Forderungen von Privatpersonen gegen ausländische Staaten“.

Beide Vorträge ließen erkennen, welch hohe Entwicklung der internationale Rechtsgedanke bereits genommen hat.

Nicht minder wichtig und interessant waren die Ausführungen des bekannten Neurologen Hofrat Prof. Dr. Friedländer aus Hohe Mark bei Frankfurt, der über „Die Bedeutung der Suggestion im Völkerleben“ sprach. Nach den politischen Erschütterungen und Krisen des abgelaufenen Jahres war dies ein Thema, das von vornherein des größten Interesses sicher war. Abschließend sagte der Frankfurter Gelehrte: „Der ewige Weltfriede mag eine Chimäre sein, die früher viel geschmähten und auch heute von manchen Seiten stark angefeindeten Pazifisten können auf große Erfolge hinweisen, ihre Ideen haben Wurzel gefaßt und schöne Blüten gezeitigt. Und was vor Jahrtausenden, was vor Jahrhunderten notwendig erschien, braucht es nicht heute zu sein. Heute ist die Erde kleiner, die Macht der Massen, der öffentlichen Meinung größer geworden; wie Faustrecht, Kabinettsjustiz verschwunden sind, so erscheinen auch die Kabinettskriege unmöglich. Größer und nicht viel weniger gefährlich ist die überschäumende nationale Suggestion (in ihrer Erscheinungsform international) geworden. Große Teile verschiedener Nationen hassen sich und trauen einander jede Gewalttat zu — ohne sich zu kennen. Der Haß macht aber ebenso blind wie die Liebe, nur ist letztere national und international betrachtet weit weniger gefährlich.“

Diesen Ausführungen folgten noch zwei interessante Vorträge mit wirtschaftlicher Tendenz. Es sprachen der frühere Direktor der Deutschen Bank in Frankfurt a. M., Hermann Maier, über „Die Einwirkung politischer Krisen auf die Finanzlage“, und der Redakteur Leo Benario aus Frankfurt a. M. über „Die Einwirkung politischer Krisen auf die Wirtschaftslage“.

Seinen Höhepunkt erreichte der Nürnberger Verbandstag mit einer am Abend des 6. Oktober im großen Saale des Kultur- und Industrievereins abgehaltenen dritten öffentlichen Versammlung. Nach einem bedeutenden Vortrag Prof. Walther Schückings über „Kultur und Krieg“, kam in zwei Vorträgen des Senators d'Estournelles de Constant aus Paris und des deutschen Reichstagsabgeordneten Konrad Haußmann das Thema „Deutschland und Frankreich“ zur Sprache.

Gerade auf diesem Gebiete ist die Wirkung des Verbands für internationale Verständigung von hoher Bedeutung. Schon daß dem hervorragenden französischen Friedenstechniker Gelegenheit gegeben wurde, in einem Kreise im öffentlichen Leben maßgebender Persönlichkeiten Deutschlands zu sprechen, kann nicht hoch genug angeschlagen werden. Die deutsch-französische Verständigung, auf die nicht nur die beiden zunächst beteiligten Länder, sondern die ganze Welt wartet, kann gerade durch den Verband eine ungeheure Förderung erhalten. Baron d'Estournelles betonte in seiner Ansprache, daß die beiden Länder die Entwicklung jenes Trauerspiels, das sich in Europa gegenwärtig abspielt, nicht untätig abwarten dürfen, und daß es nunmehr an der Zeit wäre, darüber klar zu werden, was man wolle, um dementsprechend handeln zu können. Die Lasten der Rüstungen werden unerträglich, ebenso wie die durch Argwohn geschwängerte Atmosphäre. Der Handel beider Länder ist in seiner Entwicklung gelähmt. Die Konkurrenten jenseits des Ozeans ziehen Nutzen aus dieser Situation. Das gegenwärtig zwischen Deutschland und Frankreich herrschende Regime darf nicht länger dauern, weil es täglich unerträglicher wird. Ein Ende müsse gemacht werden. Ein Krieg könne aber die Lösung nicht herbei-

führen, sondern die Lage nur noch verschlimmern. Die Erfahrung der letzten Jahre begünstige die Aussicht auf eine friedliche Verständigung. Die Marokkokrise hat dies bewiesen, die Zwischenfälle von Casablanca und Agadir sind ohne Blut beigelegt worden, und während der Balkankrise haben Frankreich und Deutschland zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens Hand in Hand gearbeitet. „Wenn diese gelegentliche deutsch-französische Entente sich verwirklichen konnte“, so führte d'Estournelles unter der Zustimmung von zweitausend Hörern aus, „weshalb soll dann eine allgemeine und dauernde Entente unmöglich sein?“ Die Völker können sich nähern, wenn sie es wollen. „Wollen wir es? Ja oder Nein?“ D'Estournelles bejahte diese Frage, drängte aber, daß man sich beeile, ehe es zu spät sei; denn die gegenwärtige Lage dürfe nicht länger bestehen. Er schloß mit den Worten: „Der Augenblick kommt, wo wir wählen müssen zwischen Revolution, Anarchie oder Ordnung, Glück, Fortschritt oder anders ausgedrückt, zwischen dem europäischen Krieg oder den Vereinigten Staaten von Europa. Mögen unsere beiden großen Nationen ihre Mission erfüllen, welche darin besteht, allen den Weg des Heils zu ebnen. Nach einem Beifall, der das übliche Maß überschritt, erteilte Konrad Haußmann unter Zustimmung der Anwesenden dem französischen Gast folgende Antwort: „Ich will auf die Worte des Barons d'Estournelles de Constant eine offene Antwort geben“, sagte er. „Ich bin bereit zu dieser Antwort, denn sie ist nicht der Ausdruck einer Aufwallung des Augenblicks, sondern das Ergebnis ernster Beobachtung und Erwägung während all der letzten Jahre. Ja, auch wir Deutschen, wir wollen den Frieden, wir wollen die Verständigung mit Frankreich; ja auch wir wollen handeln, ehe es zu spät ist. Wir wollen uns ans Werk machen mit den Franzosen, wir wollen guten Willen mit gutem Willen erwidern. Auch wir wünschen lebhaft, daß die Deutschen ihren Anteil an den gegenseitig noch notwendigen Konzessionen übernehmen.“

Man wird zugeben müssen, daß es ein großer Fortschritt ist, wenn solche Wechselreden zwischen verantwortlichen Persönlichkeiten der beiden im Gegensatz befindlichen Länder gehalten werden können. Früher sammelte sich der Groll, bis er zur blutigen Explosion gelangte. Heute wird diese Explosion vermieden durch das Werk der internationalen Verständigung. Daß dieses durch die Mitarbeit aller der Kultur dienenden Kräfte in Europa, namentlich aber in Deutschland, zur steten Weiterentwicklung geführt werde, ist eine unseres Jahrhunderts würdige Aufgabe und eine Arbeit, die wirklich des Schweißes der Edelsten wert ist.

CHRONIK

DIE interparlamentarische Union hat auch im Jahre 1912 ihren Wirkungskreis noch weiter erstrecken können. Sie zählt nunmehr 21 Landesgruppen. Die Zahl

der Parlamentarier, die ihnen angehören, betrug im Jahre 1912 2881 und ist in einem Jahre auf 3462 gestiegen.

10 Landesgruppen haben die Mehrheit in ihren Volksvertretungen,

wären also in der Lage, die Ideen der Union zu gesetzgeberischem Durchbruch zu führen. Es gilt dies für die folgenden Staaten: Vereinigte Staaten von Amerika (56 % der amerikanischen Parlamentarier gehören der Union an), Belgien (77 %), Kanada (55 %), Dänemark (96 %), Frankreich (58 %), Japan (50 %), Norwegen (100 %), Niederlande (70 %), Portugal (63 %), Schweden (72 %).

Eine ganze Reihe von speziellen Kommissionen widmet sich völkerrechtlichen Spezialarbeiten sowie den Vorarbeiten für die nächste Haager Konferenz.



Neue Vorschläge zur Ausgestaltung der Schiedsgerichtsbarkeit: Wir haben schon wiederholt in dieser Zeitschrift von den bedeutsamen Vorschlägen gesprochen, welche der amerikanische Staatssekretär Bryan den europäischen Mächten zwecks endgültiger Ausschließung jeder Kriegsmöglichkeit zwischen ihnen und den Vereinigten Staaten von Amerika erstattet hat. Die letzten Wochen haben diesen Vorschlägen weitere große Erfolge gebracht, und aus New York wird berichtet, daß bereits 18 Staaten, darunter sämtliche europäischen Großmächte, dem Prinzip zugestimmt haben, und daß Bryan hoffe, bereits in nächster Zeit den ersten abgeschlossenen Vertrag dem Senate der Union vorlegen zu können. Die vorläufige Textierung, wie Bryan sie vorschlägt, lautet: Die vertragsschließenden Teile kommen überein, daß sämtliche Streitfragen, die sich — welcher Natur immer — zwischen ihnen ergeben, nach Scheitern diplomatischer Verhandlungen einer internationalen Untersuchungskommission, deren Zusammensetzung von den Parteien vereinbart wird, überantwortet werden sollen. Die beiden in Frage kommenden Staaten willigen darein, von Kriegserklärung oder Be-

ginn der Feindseligkeiten abzusehen, insolange die Untersuchung der Kommission geführt wird.

Die Kommission führt ihre Untersuchung auf Grund eigener Dispositionen, ohne daß es irgendwelcher Anträge der Parteien bedürfte, und vereinbart dann ihren Spruch. Bryan schlägt vor, daß sofort nach Abschluß jedes Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und einer anderen Macht eine ständige Kommission für Untersuchung aller Streitfälle zwischen den beiden Staaten eingesetzt werde, und zwar soll ein Kommissionsmitglied von den Vereinigten Staaten, eines von der gegnerischen Macht und je ein weiteres Kommissionsmitglied von zwei anderen Regierungen, die einen solchen Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten eingegangen sind, das fünfte Mitglied aber durch ein Übereinkommen dieser beiden fremden Regierungen ernannt werden.

Es bedarf also im Augenblick der diplomatischen Spannung keinerlei Friedensinitiative der Regierung, sondern die Kommission hat die Pflicht, selbständig die Untersuchung zu eröffnen.

Wie bereits in dieser Zeitschrift erwähnt, liegt dem ganzen Arrangement der Gedanke zugrunde, daß die Zeitdauer der Kommissionsverhandlungen die überhitzte öffentliche Meinung der in Streit befindlichen Staaten abkühlen und andererseits der Spruch der Kommission den unparteiischen Mächten und der öffentlichen Meinung des Auslandes eine klare Stellungnahme zum Streitfalle ermöglichen würde. Auch wird angenommen, daß das moralische Gewicht des Spruches in vielen Fällen an und für sich den Ausschlag für eine friedliche Lösung geben könnte.

Ursprünglich hätte in die Verträge auch eine Klausel aufgenommen werden sollen, derzufolge während der Kommissionsverhandlungen jede Ver-

stärkung der militärischen Kräfte der streitenden Staaten ausgeschlossen wäre.

Diese Klausel ist auf vielfachen Widerspruch gestoßen und wird wohl nur in einige der Verträge Aufnahme finden. Das absolute Verbot einer Eröffnung der Feindseligkeiten vor Spruch der Kommission bleibt jedoch allgemein bestehen.



Zur Entwicklung internationalen Rechtslebens: In mehreren Ländern Europas gibt es Schutzverbände der Besitzer ausländischer Papiere, vor allem auch in Frankreich, das ja im Jahre 1898 ausländische Papiere im Werte von 20 Milliarden Mark, im Jahre 1912 bereits für 32 Milliarden besaß.

Der französische Schutzverband hat auch eine Reihe von Einrichtungen von allgemeiner Nützlichkeit getroffen, so insbesondere zum Schutz der Besitzer gegen Verlust oder Diebstahl von Papieren. Eine eigene Kommission wurde für Ausarbeitung entsprechender Regeln eingesetzt und diese hat den Vorentwurf eines Staatsvertrages ausgearbeitet, der wohl demnächst die Regierungen beschäftigen wird.

Wesentlichstes Moment des Vertrages soll in der Schaffung eines internationalen Bulletins liegen, das die Nummern aller auf Überbringer lautenden Papiere, deren Eigentümer durch irgendwelche Ursache seines Besitzes beraubt wurde, enthält. Dieses Bulletin soll von einem internationalen Amte in Bern verwaltet, die Kosten von allen Staaten getragen werden. Die Nachweise sollen von nationalen Ämtern geliefert werden.

Wenn jemand Diebstahl oder Verlust seiner Papiere zu beklagen hat, soll er in der Lage sein, die entsprechenden Nachweise über Erwerb und Verlust des Papieres dem Filial-

bureau seines Staates zu überreichen; das betreffende Bureau soll jeden Abend in einem Kollektivtelegramm nach Bern Bezeichnung und Nummer der verlorenen Papiere angeben, während die weiteren Nachweise per Post zu übersenden sind. Noch am gleichen Abend sollen die Nummern bereits im internationalen Bulletin, das jeden Abend ausgegeben und vom nächsten Morgen datiert wird, erscheinen. Die Bulletins sollen noch am Abend verschickt werden, womöglich derart, daß sie zur Börsenstunde des nächsten Tages an naheliegenden Stationen einlangen.

Alle Finanzinstitute sollen gezwungen sein, Papiere, die aus irgendwelchem Grunde übergeben oder vorgezeigt werden, und auf welche sich eine Mitteilung des Bulletins bezieht, zurückzuhalten. Die genannten Institute können dem internationalen Amte von Name und Adresse des Vorzeigers Kenntnis geben und das internationale Amt wieder das nationale Filialbureau, von dem die Anzeige ausging, verständigen, während dieses die Mitteilung an den Anzeiger selbst weitergibt. Hierdurch wird dann die Einleitung von Verhandlungen oder gerichtlicher Verfolgung im Falle von Diebstahl oder Betrug ermöglicht. Das internationale Amt muß davon benachrichtigt werden, widrigenfalls die betreffende Nummer im Bulletin gestrichen wird. Auch wenn der Nachweis für unrichtige Anzeige von einem Interessenten erbracht wird, kann er die Streichung veranlassen und Schadenersatz vom Anzeiger verlangen.



Das internationale Wechselrechtsabkommen ist nunmehr bereits von allen Staaten, die es abgeschlossen, auch formell ratifiziert worden. Bei der Diskussion über Ratifizierung des Abkommens wurde im Deutschen

Reichstag sowohl vom Staatssekretär von Jagow wie insbesondere vom Abgeordneten Dove darauf hingewiesen, daß es einen Schritt zur Schaffung einheitlichen Rechts auf immer weiteren Einzelgebieten bedeute. Tatsächlich liegt ein wichtiger Ansatz zur Schaffung eines internationalen Privatrechts vor, analog dem international kodifizierten Völkerrecht, wie es der letzten Haager Konferenz zu danken ist*).



Ein kriminalistisches Institut in Graz: An der Universität Graz wurde auf Anregung von Professor Groß ein kriminalistisches Institut errichtet, das den Unterricht im Strafrecht durch Pflege der strafrechtlichen Hilfswissenschaften auf breitere, dem Leben entnommene Grundlagen stellen, ihn der Wirksamkeit näherbringen und so Interesse und Verständnis für das Strafrecht steigern soll. All die strafrechtlichen Hilfswissenschaften, die im regulären Studiengang nur oberflächlich oder gar nicht behandelt werden, wie forensische Psychologie, Gefängniskunde, Daktyloskopie und ähnliches, finden in ihm ihre Pflege.

Das Institut dient ferner den Gerichten und Staatsanwaltschaften in praktischen Fällen, ein kleines Kriminalmuseum und eine Vorlagensammlung für Anklage, Urkunde, Augenscheinnahme ist mit ihm verbunden. Nach der wirtschaftlichen Seite hin soll das gewonnene Material auch in kriminalanthropologischem und kriminalstatistischem Sinne in eigenen Publikationen verwertet werden. Auch an die Angliederung von Fortbildungskursen für die Kriminalpolizei wird gedacht.



Zur Jungesellensteuer: Der schon lang gehegte Plan der Einführung einer Jungesellensteuer steht heute wieder auf der Tagesordnung — nicht nur allein in Deutschland — und diesmal dürfte wohl die Ausführung nicht lange auf sich warten lassen. Jeder rechtlich und solidarisch Empfindende erkennt wohl auch die Richtigkeit dieser Idee an und wird ohne Widerstreben dieser Verpflichtung nachkommen in der Erkenntnis, daß jedes Einzelwesen der Gesellschaft gegenüber Pflichten hat, die es auf diese oder jene Weise erfüllen muß.

In der geplanten Steuer dürfte wohl auch nicht eine Zwangsmaßregel oder Einschränkung der persönlichen Freiheit zu erblicken sein. Wer eben aus diesen oder jenen Gründen nicht heiraten kann oder will, wird sich auch durch diese Steuer nicht zu jenem Schritt drängen lassen. Eins aber dürfte hierbei nicht übersehen werden. Zweck dieser Steuer ist doch wohl in erster Linie, einen Damm zu schaffen gegen den ständig zunehmenden Geburtenrückgang. Wäre es da nicht völlig gerechtfertigt, die aus dieser Steuer sich ergebenden Einnahmen vor allem nur solchen Institutionen zugute kommen zu lassen, die Mutterschutz, Kinderschutz u. ä. im Auge haben?

Oder könnte es nicht jedem Jungesellen freigestellt bleiben, ein Kind unbemittelter Eltern auf seine Kosten erziehen zu lassen, oder — je nach der Höhe seines Einkommens — zu den Kosten seines Unterhalts beizutragen?

Ein Werk von größtem sozialem Wert könnte so geschaffen werden. Ferner müßte die Anwendung dieses Gesetzes sich nicht allein auf die Jungesellen beschränken, sondern — wie dies für Frankreich geplant ist — auch auf kinderlose Eheleute ausgedehnt werden sowie m. E. auf kinderlose Frauen von einem bestimmten Alter ab.

*) Siehe Aufsatz von Geheimrat Meyer.

Dank der eifrigen verständigen Arbeit so vieler ihrer geistigen Führerinnen, die die Frauenbewegung in richtige Bahnen gelenkt haben, werden es wohl heute die meisten Frauen einsehen, daß sie, wenn sie gleiches Recht für alle beanspruchen, auch vor Erfüllung gleicher Pflichten nicht zurückschrecken dürfen.

So wie die wirtschaftlichen Verhältnisse im Leben der Frau sich heute gestaltet haben, kann man nicht mehr den Mann allein dafür verantwortlich machen, daß weniger Ehen geschlossen werden. Die Frau von heute steht ebenso wie der Mann im Erwerbsleben und hat auf vielen Gebieten eine Selbständigkeit erlangt, die der ihres männlichen Kollegen nicht nachsteht. Das Haustöchterchen, das mit Ungeduld unter der Obhut der Mutter auf den ersehnten Freier wartete, ist glücklicherweise fast zur Rarität geworden. Heute, wo die Mehrzahl der Frauen sich eine selbständige Existenz geschaffen haben, ist die Ehe für die meisten also keine bloße Versorgungsanstalt mehr. Unsere heutigen Frauen sehen die Ehe mit anderen Augen, nämlich als das, was sie in Wirklichkeit ist: Innige Gemeinschaft von Mann und Weib, um sich gegenseitig eine Stütze zu sein, treu zueinander zu stehen im harten Daseinskampf. Die Frau ist die verständige Kameradin des Mannes, die, auf eigenen Füßen stehend, nicht mehr darauf angewiesen ist, den ersten Besten zu nehmen, sondern frei dem Zuge ihres Herzens folgen kann.

Es sollen hier jedoch nicht die verschiedenen wirtschaftspolitischen und andere Gründe für die verminderte Heiratsmöglichkeit gegeben werden. Nur eine Anregung für die Frauen, einmal tiefer über dies Problem nachzudenken.

L. Koscinska.



Frauen als Schöffen für die Jugendgerichte: Der Gesetzentwurf betr. das Strafverfahren gegen Jugendliche gelangt voraussichtlich binnen kurzem, wie Amtsgerichtsrat Fraenkel im Berliner Tageblatt schreibt, wieder an das Plenum des Reichstags, nachdem er am 13. Januar d. J. einer Kommission von 28 Mitgliedern zur Beratung überwiesen worden war. Bei dem dieser Frage allgemein entgegengebrachten Interesse dürfte es sich empfehlen, sie zur öffentlichen Erörterung zu stellen, bevor sich der Reichstag endgültig über sie schlüssig macht. Der Gesetzentwurf behandelt nicht das Strafverfahren im allgemeinen, sondern nur das gegen Jugendliche, mithin steht hier auch nicht die Mitwirkung der Frauen in Gerichtshöfen überhaupt, sondern nur die im Jugendgericht in Frage. Demgemäß lautete auch der im September 1912 auf dem dritten deutschen Jugendgerichtstage in Frankfurt a. M. von dem Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Exz. Hamm gestellte Antrag: „Als Schöffen für die Jugendgerichtshöfe sind auch Frauen zu berufen.“ Die Stimmung war auf dem Frankfurter Jugendgerichtstag dem Antrag nicht günstig; aber die gegen diese geltend gemachten Gründe erscheinen durchaus hinfällig und stehen mit den reichen Erfahrungen, die man in den letzten zehn Jahren in bezug auf die fruchtbare Beteiligung der Frauen auf weiten Gebieten des öffentlichen Lebens gemacht hat, im Widerspruch. Freunde wie Gegner der Frauen als Schöffen sind darüber einig, daß diese in der Jugenderziehung Vortreffliches leisten. § 2 des genannten Gesetzes besagt: „Zu Schöffen bei den Jugendgerichten sind Personen zu berufen, die in der Jugenderziehung besonders erfahren sind.“ Zutreffend bemerkte dazu Exz. Hamm: „Wenn die Lehrer im Jugendgerichtsgesetz besonders berücksichtigt werden, mit welchem

Recht wollen wir da die Lehrerinnen zurückweisen?“ Wie nun nicht alle Kaufleute Handelsrichter werden können oder wollen, so steht es auch mit den Frauen als Schöffen; entsprechend den Bestimmungen über die Ernennung der Handelsrichter könnte daher eine Bestimmung des Gesetzes etwa dahin lauten: Die weiblichen Schöffen für das Jugendgericht werden auf gutachtlichen Vorschlag des — von der Justizbehörde zu bestimmenden — Jugendfürsorgevereins in die Jahresliste

eingetragen.“ Hierdurch wäre das Prinzip gewahrt, während die Frauen, die trotz ihrer Eignung nicht Schöffen werden wollen, Gelegenheit hätten, ihre Anmeldung abzulehnen. Gegenüber den männlichen Schöffen, die erfahrungsgemäß die Ausübung dieses Amtes oft als eine lästige Pflicht empfinden, würden die Frauen diesem Amt weit mehr Interesse entgegenbringen und so dazu beitragen, diese Einrichtung in segensvoller Weise zu entwickeln.

RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA · PARIS

.....

KULTURAUFGABEN DES JAHRHUNDERTS.

XI. Die Bekämpfung der sozialen Krankheiten.



IR haben an gleicher Stelle in den vergangenen Heften des Jahres die einzelnen Notwendigkeiten einer Anpassung des menschlichen Organismus an die gewandelten Grundlagen seiner Existenz: die Aufgaben, die sich dem planvollen Willen nach Selbstvervollkommnung stellen, aufzuzeigen versucht. Im wesentlichen handelte es sich um Fortschritte, die die Menschheit über den bisher erreichten Entwicklungsgrad hinausheben sollen. Dieser letzte Aufsatz der Serie soll die Notwendigkeit, gewisse soziale Krankheiten — welche die Menschheit zu vergiften und herabzuziehen drohen, ihre Kulturhöhe gefährden — zu bekämpfen und die Möglichkeiten dieser Bekämpfung darlegen. Die meisten dieser Krankheiten datieren allerdings seit Jahrtausenden, aber sie haben in den eigentümlichen sozialen Zuständen unserer Epoche einen besonders gefährlichen sozialen Nährboden gefunden, sind erst in unserer Zeit zu Erscheinungen wahrhafter menschlicher Selbstvergiftung geworden.

Wenn dem Willen zur Gesundheit und Kraft, zum Fortschritt der Gattung irgendein Ziel gesetzt sein soll, so sei es in erster Linie die Ausmerzungen dieser Krankheitserscheinungen, die man heute überwiegend fortwuchern läßt, ohne andere, als rein gelegentliche und darum unzureichende Mittel zur Heilung zu ergreifen.

Unter diesen sozialen Krankheiten müssen wohl die nachstehenden an erster Stelle genannt werden:

- der Alkoholismus,
- die Tuberkulose,
- die Prostitution,
- das Sweating,
- die Jugendverwahrlosung,
- die Gewohnheitskriminalität.

Nur von der letztern mag eingeräumt werden, daß sie zu jeder Zeit-epoche in ungefähr der gleichen Intensität bestanden hat. Selbst die Prostitution, die man mit Recht für ewig hält, hat erst in unserem modernen Großstadtmilieu den Charakter einer Massenseuche angenommen; die Jugendverwahrlosung in ihrer modernen Form geht auf die Auflösung der proletarischen Familie und die Unzulänglichkeit der proletarischen Wohnung, aus der das Kind auf die Straße zu den Lockungen des Lasters getrieben wird, zurück, und das Sweating in seinen krassesten, Gesundheit und Leben rapid vernichtenden Formen ist allerdings an die Mietshäuser der Großstadt gebunden; die Tuberkulose, die die Menschheit gewiß seit langer Zeit verfolgt,

ist in den unhygienischen Fabriken, in den an Luft und Licht armen Proletarierwohnungen der modernen Städte zur Massengeißel geworden; der Alkoholismus, gleichfalls ein altes Übel, hat sich ebenso im Milieu der modernen Arbeiterschaft besonders schrecklich eingenistet.

Er stellt wohl die für die Gesundheit und Fortentwicklung der Rasse gefährlichste unter den angeführten Krankheitserscheinungen am sozialen Organismus dar, ihm wurde daher *) eine eigene Darlegung gewidmet. Die andern sozialen Krankheiten und ihre Bekämpfungsmöglichkeit seien im Nachstehenden zusammenfassend geschildert.

Die Tuberkulose unterscheidet sich von fast allen andern Krankheiten des menschlichen Organismus durch ihren engen Zusammenhang mit rein sozialen Fragen. Gewiß trifft sie häufig auch den Wohlhabenden, aber die prozentuellen Zahlen ihres Vorkommens im Proletariatum stellen doch ein Vielfaches ihres Vorkommens unter günstigen ökonomischen und hygienischen Verhältnissen dar. Bei gewissen Arbeiterkategorien, deren fachliche Betätigung zur Erzeugung von Metallstaub, der die Lungen angreift, führt, ist sie als direkte Gewerbekrankheit aufzufassen. Was wieder die Bergarbeiter anlangt, so ist in diesen letzten Wochen die Meldung durch die europäische Presse gegangen, daß die meisten Bergarbeiter in Südafrika überwiegend nur 6—8 Jahre aushalten und dann von der Tuberkulose dahingerafft werden.

Nach anderer Richtung wieder haben die Untersuchungen der Pariser Gesundheitsbehörde ergeben, daß gewisse Häuserblocks einen erschreckend hohen Sterblichkeitsgrad an Tuberkulose aufweisen, und man hat gefunden, daß gewisse Wohnungen darin an Luft und Licht Mangel leiden und sich so zu Herden der Tuberkulose entwickelten, von wo aus diese auf dem Wege der Ansteckung auch alle anwohnenden Familien ergriff.

Eine teilweise Niederlegung resp. Umgestaltung dieser Häuser hat die Tuberkulosesterblichkeit in den betreffenden Stadtvierteln von Paris rapid sinken lassen.

Unzählige andere Beispiele ließen sich anführen, um die im übrigen ja allgemein anerkannte These zu illustrieren, daß die Tuberkulose als Massenerkrankung einerseits auf die unhygienischen Wohnungen der modernen Großstädte sowie die gesundheitschädliche Arbeit in gewissen Werkstätten, andererseits auf Unterernährung und Alkoholismus der bezüglichen Personen oder ihrer Eltern oder Ahnen zurückgeht.

Einige radikale Soziologen **) sind so weit gegangen, der Tuberkulose, welche die Daseinsuntüchtigen vernichtet, die Rolle eines wertvollen Auslesefaktors zuzuschreiben, und eines mag ihnen zugegeben werden: das wesentliche Übel liegt weniger darin, daß die von den oben geschilderten Übeln organisch geschwächten Personen ein vorzeitiges Lebensende finden, als in den Tatumständen der organischen Schwächung selbst. Sehr oft werden sie übrigens erst hinweggerafft, nachdem sie Kinder gezeugt haben, und die verderblichen Momente, die ihr Leben vernichtet, wirken so durch Vererbung noch auf weitere Generationen. Die Tuberkulose mag in dieser Richtung als ein Barometer aufgefaßt werden, welches bedenkliche Momente der Rassen-

*) In der Januarnummer 1913 an gleicher Stelle.

**) Siehe den Aufsatz von Dr. Queraltó in der Januarnummer 1913 dieser Zeitschrift.

degeneration aufdeckt und die Gefahren, die aus unzulänglicher Anpassung der Gegenwartsmenschheit an die neuen Daseinsbedingungen der Großstadtwohnung und des Fabrikmilieus erwachsen sind, erkennen läßt. Dem Menschheitswillen für vollkommene Anpassung an die gewandelten Daseinsbedingungen erwächst also die Aufgabe, eben diese Anpassung durchzuführen, d. h. auf das Konkrete übertragen, die Fabrikhygiene derart zu heben, daß der gefahrvolle Staub nicht mehr auf die Lunge einwirke; die Arbeitszeit derart zu erniedrigen, daß eine Erschöpfung des Arbeiters hintangehalten werde; den Großstadtwohnungen gegenüber eine solche Baupolizei zu üben, daß Mangel an Luft und Licht keine Tuberkulose mehr erzeuge; durch entsprechende Zoll- und Sozialpolitik den Massen die Möglichkeit zu entsprechend kräftiger Nahrung zu bieten.

Mehr in zweite Linie müssen vom Standpunkte der Rassenzukunft die Maßregeln treten, die die Rettung der individuellen Leben, die die Tuberkulose ergriffen hat, bezwecken — so gewiß auch die Heilung der Tuberkulosen in den Lungenheilstätten und speziell das Werk der deutschen Invaliditätsversicherung für Heilung der Kranken vom menschlichen Mitleidsstandpunkt aus zu begrüßen ist.

Eine andere Gruppe von Maßregeln, welche die Verbreitung der Tuberkulose auf dem Wege der Ansteckung vermindern sollen, ist noch wertvoller, weil sie nach beiden Richtungen wirkt, den einzelnen gegen den Tuberkulose-tod verteidigt und die Schwächung des Organismus, die in der tatsächlichen Affektion mit Tuberkulose gelegen ist und sich doppelt gefährlich vererben kann, mindert. In dieser Richtung ist die gesetzliche Anzeigepflicht der tuberkulösen Erkrankungen, wie sie in Deutschland, England und Norwegen eingeführt wurde und eben jetzt in Frankreich so lebhaft umstritten wird, durchaus zu begrüßen; denn nur diese Anzeigepflicht kann die Möglichkeit der Desinfektion der Wohnung und Entfernung von gefährdeten Personen, besonders Kindern, aus der Nähe des Kranken gestatten.

— — — — —
Tritt bei der Tuberkulose der Krankheitscharakter offensichtlich in Erscheinung, während der soziale Faktor für den oberflächlichen Beurteiler erst näher aufgezeigt werden muß, so ist wieder bei der Prostitution der Charakter des sozialen Übels offensichtlich, während das Krankheitsphänomen weniger in den Geschlechtskrankheiten, die sich bei den Prostituierten selbst und ihren Kunden so verheerend einstellen, als vielmehr in der durch ihre Lebensweise bedingten Degeneration der ersteren und in den Begleiterscheinungen, vor allem dem „Zuhältertum“ genannten Geschwür am sozialen Organismus, in Erscheinung tritt.

Soziale Not, Stellungslosigkeit, Verlassenwerden durch den Geliebten oder anderseits krankhaftes Streben des mittellosen Mädchens nach Putz und Genuß, die es den begüterteren Schwestern neidet, sind wohl die stärksten Zutreiber zur Armee des Lasters, das in manchen Großstädten, so in Paris, Hunderttausende von Frauen ergriffen hat, einen wesentlichen Teil der Bevölkerung psychisch und gesundheitlich vergiftet und im letzten Grunde auch tötet.

Das Schmachvolle der Prostitution wie auch die Gefahr einer Verbreitung der Geschlechtskrankheiten wird übrigens in der Regel bereitwillig von jedermann zugegeben, nur pflegt es dann ähnlich wie beim Kriege zu heißen, daß ein „notwendiges Übel“ vorliege. Nur durch Prostitution würden die „anständigen“ Mädchen gegen die Nachstellungen des tierischen Männerinstinktes

insoweit geschützt, als derselbe im Prostitutionsmilieu seine Entladung finden könne usw.

Um die Geschlechtskrankheiten einzudämmen, schritt man dann weiter zur staatlichen Anerkennung und Überwachung der Prostitution, zur zwangsmäßigen ärztlichen Untersuchung der Prostituierten und in manchen Staaten zur Errichtung von Bordellen. Dagegen setzte dann wieder im Namen der Freiheit eine Gegenbewegung ein, die in der „Internationalen abolitionistischen Föderation“ sich straff organisierte, und in England und den nordamerikanischen Ländern ihr Ziel erreichte.

Die Kontroverse hat sich jedoch dergestalt auf eine Seitenfrage konzentriert. Aufgabe der Zukunft wird es sein, durch eine groß angelegte Reformpolitik die Wurzeln der Prostitution abzuschneiden, die Möglichkeit für frühe Eheschließungen zu erleichtern und damit die „Nachfrage“ einzudämmen, durch soziale Fürsorge für stellungslose weibliche Personen und Mutterschaftsversicherung und daran sich angliedernde Fürsorge für verlassene ledige Mütter das „Angebot“ zu mindern und endlich im Laufe der Zeit durch gesetzliche Verbotsmaßregeln, so hart sie auch im ersten Augenblick erscheinen mögen, das Übel als solches auszurotten.

Gewiß wird man dann wieder ähnlich wie gegenüber den Alkoholverbotsgesetzen einwenden, daß ein Verbot der öffentlichen Prostitution — der geheimen Prostitution gegenüber machtlos sei, aber wenn auch eine wirkliche Ausschaltung der Gelegenheitsprostitution nie möglich werden mag, wird sich doch derart eine überaus weitgehende prozentuelle Minderung der Zahl der Prostituierten erzielen lassen, und die gesetzlich schwerer zu fassenden Mitteltypen der Varietésängerin, Tänzerin, Kellnerin usw. und leider auch des so weit ausgebreiteten Heimarbeiterinnentypus, der sein Einkommen durch Gelegenheitsprostitution zu erweitern sucht, sind immerhin keiner so radikalen psychischen und physischen Vernichtung ausgesetzt, wie die Bewohnerin des Bordells. Ein Wiedereintreten in die menschliche Gesellschaft in vorgerücktem Lebensalter ist leichter.

Ein erster Anfang in radikalen gesetzlichen Verbotsmaßregeln ist ja bereits gegenüber der schlimmsten Konzentration aller Prostitutionerscheinung, dem internationalen Mädchenhandel, gemacht worden. Die Bordelle des Orients, Südamerikas und in gewissem Grade auch anderer Länder, in denen solche noch bestehen, werden zum großen Teil nicht von Töchtern des Landes besiedelt, sondern von Mädchen des Auslandes, die von gewissenlosen Agenten, sei es unter Vorpiegelung gewinnbringender und müheloser Auslandsstellung, sei es auch in wahrheitsgemäßer Angabe, daß sie einem Freudenhause zugeführt werden sollen, angeworben wurden. Keines dieser Mädchen, mag auch in der Heimat sich bereits dem Laster ergeben haben, ist sich jedoch dessen bewußt, daß es der wahren Sklaverei zugeführt wird. Denn im Auslandsbordell ist es der Besitzerin auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Der Sprache des Landes unkundig und dadurch von der Rückkehr zu ehrlichem Erwerb am Orte ausgeschlossen, ohne die Mittel zur Rückreise und sich vollständig verlassen fühlend, muß es unbegrenzt im Bordell verweilen und sich der perverssten Praktik ausliefern. Speziell in Bombay und Kairo haben wir persönlich feststellen können, daß die dortigen Bordellstraßen, die in beiden Städten einen sehr ausgedehnten, von Fremden als „Sehenswürdigkeit“ viel besuchten Bezirk einnehmen, ganz überwiegend von europäischen Mädchen, unter denen wieder die Ungarinnen, Jüdinnen und Rumäninnen am zahlreichsten sind, bewohnt werden. In Bombay sind alle Nationen

beschäftigt — außer der englischen, weil es die anglo-indische Regierung nicht duldet, daß der Eingeborene mit der Tochter der herrschenden Rasse einen für sie so schmachvollen Umgang pflege. Alle diese Mädchen sind vollkommen hilflos ihrem Schicksale ausgeliefert und gehen unrettbar zugrunde.

In diesen letzten Jahren hat man in gewissen Ländern, so z. B. während der Generalstreikperiode des Jahres 1906 in Finnland, die Bordelle geschlossen, die Mädchen befreit resp. in ihre Heimat befördert; aber dies ist immerhin relative Ausnahme geblieben. Radikal ist man jedoch in diesen allerletzten Jahren überall gegen die Verschleppung selbst, welche die Mädchen in die Auslandsbordelle bringt, vorgegangen, internationale Kongresse wurden abgehalten, internationale Konventionen für Überwachung und Bestrafung der Mädchenhändler geschlossen. Allmählich wird so tatsächlich die Zufuhr zu den Auslandsbordellen unterbunden werden, und im Verlauf einer weiteren Reihe von Jahren werden die alten Insassen derselben, was ja übrigens bei ihrer Lebensweise nicht lange Zeit in Anspruch nimmt, sterben, die Bordelle veröden: Ein erster, wenngleich allzu zaghafter Schritt, der jedoch immerhin den Ansatz für eine mutigere und umfassendere Politik für Ausrottung der Prostitution bildet.

Der Zusammenhang zwischen Prostitution und Berufsverbrechertum — über die Brücke des Zuhältertums — und die dagegen zu ergreifenden Maßregeln werden weiter unten dargelegt werden.

Hat man die Prostitution vielfach als die dem weiblichen Geschlecht eigentümliche Form der Verbrecherlaufbahn bezeichnet, insofern, als der verwahrloste Mann sich dem — selbständige Initiative erfordernden — Verbrechen, die verwahrloste Frau sich der bloße Passivität gestattenden Prostitution überlasse, so bedarf dies, wie eingangs erwähnt, der wichtigen Korrektur, daß auch unverschuldete soziale Not, daß vor allem auch die Hilflosigkeit der verlassenen ledigen Mutter, die aus ihrem früheren Erwerbe gedrängt wurde, zur Rekrutierung der Prostitution beiträgt. Analoge Hilflosigkeit speziell des weiblichen Geschlechtes ist es, welche die Sweated Industries, vor allem in den Immigrationsgebieten von Ostlondon, New York und früher auch Australien, mit Arbeitskräften versieht. Dort sind, resp. waren es die einwandernden, der Landessprache unkundigen Frauen und in gewissem Grade auch Männer, welche sich bloß durch Heimarbeit, bei Hungerlöhnen, notdürftig fortzufristen vermochten; auch in den Großstädten des europäischen Festlandes jedoch sind es viele ledige Mütter und Witwen, die in ihren Dachstuben 14—16 Stunden lang nähen und schneiden, ohne mehr als allerkümmerlichsten Lebensunterhalt dadurch zu gewinnen *). Ihre Unfähigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation oder auch nur einer wirksamen Besprechung mit ihren Arbeitskolleginnen liefert sie den Unternehmern hilflos aus, macht sie unfähig, dem Preisdruck zu widerstehen.

Auch diese armen Mädchen und Frauen gehen im Gefolge der Überarbeit und Unterernährung, wenn auch nicht psychisch wie die Prostituierten, so doch vielleicht noch rascher körperlich zugrunde; sehr oft werden sie übrigens — speziell in Paris — von ihrem zunächst festgehaltenen Arbeitsstandpunkt abgetrieben. Während sie tagsüber noch arbeiten, gehen sie abends

*) Siehe für nähere Daten die Abschnitte über Heimarbeit in der Studie: „Inwieweit ist eine gesetzliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen möglich?“ Vom Unterzeichneten. Berlin, Georg Reimer.

auf die Straße, ihren Leib zu verkaufen, um sich bald nur mehr auf den letzteren, scheinbar weniger anstrengenden Erwerb zu verlegen

Diesem Sweating, resp. der Heimarbeit, die ja ganz überwiegend im Sinne der oben geschilderten Lohnentwicklung zum Sweating geworden ist, sind in Frankreich allein über 1 Million Mädchen und Frauen ausgeliefert, in Deutschland gewiß eine mindestens ebenso große Zahl, in England bis vor kurzem gleichfalls; doch hat ja die Übertragung der australischen Heimarbeiterschutzgesetzgebung auf England, die vor vier Jahren begann, auf den britischen Inseln den Weg zur radikalen Beseitigung des Übels gewiesen.

Man hat in England begriffen, daß es sich bei den Übelständen der Heimarbeit nicht etwa bloß um einen Spezialfall der allgemeinen sozialen Frage, der allgemeinen bedürftigen Lage des Arbeiterstandes resp. speziell des Arbeiterinnenstandes handle, sondern daß ein ganz spezifischer Übelstand: eine offenbare soziale Krankheit, welche Hunderttausende von Frauen dem frühen Tode zuführt, vorliegt; und auch diejenigen Parteien und sozialen Schichten, welche den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterschaft schroff ablehnend gegenüberstehen, haben sich zur Erlassung von Minimallöhnen für die Arbeiterschaft bereit erklärt; die bezügliche Regierungsvorlage ist im Ober- und Unterhause einstimmig angenommen worden.

In Deutschland wurde drei Jahre später der analoge Antrag in der kompetenten Reichstagskommission mit einer Stimme Mehrheit, im Plenum selbst mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Im französischen Parlamente steht ein von Regierung und Kommission befürworteter, in seiner Zielsetzung dem englischen verwandter, wenngleich in der Methode minder ausgebildeter Antrag in Beratung des Parlaments. Deutschland und Österreich werden also leider bereits ab 1914 das traurige Privileg haben, allein unter den großen europäischen Industriestaaten dieser das menschliche Mitgefühl so ganz besonders bewegenden Krankheitserscheinung gegenüber es mit halben, im Endeffekt ganz unzulänglichen Maßregeln bewenden zu lassen.

Haben wir in den letzten Kapiteln soziale Krankheiten besprochen, die vor allem im Leiden der von ihnen erfaßten Bevölkerungsschichten zum Ausdruck kommen, so sollen zum Schlusse zwei soziale Krankheitserscheinungen erörtert werden, welche den Gesellschaftsorganismus selbst bedrohen: zunächst die Verwahrlosung der proletarischen Jugend in den Großstädten.

In der proletarischen Familie sind, wie die Beobachtung dartut, jene Traditionen väterlicher Autorität und kindlicher Unterordnung, welche in allen Vergangenheitsepochen breiteste Basis des Lebens darstellten, vielfach durchaus zusammengebrochen. Die Eltern gehen tagsüber auf Arbeit, das Kind bleibt schon im frühesten Alter sich selbst überlassen, und da die enge Großstadtkammer seinem Expansionsbedürfnis nicht genügen kann, vergnügt es sich auf der Straße mit seinen Altersgenossen, wird frühzeitig mit allen Lastern vertraut. Später dann die Schuljahre, die nur in unzulänglichem Grade ein sittliches Fundament, dem jede Familienstütze fehlt, aufbauen können, nachher selbständiger Erwerb außerhalb des Familienkreises, ohne Autorität, ohne sittliche Tradition.

In der Mehrzahl der Fälle ringt sich der proletarische Knabe so zu einem selbständigen Charakter durch, wird oft sogar ein trotzig starker Kämpfer seiner Klasse. In einer Minderzahl der Fälle wird er, jedes Autoritätshaltens bar, umhergetrieben und schließt sich einer Bande verwahrloster Burschen

an, die in Straßenkämpfen ihre Kraftinstinkte austoben, alle möglichen kleinen und großen Übeltaten begehen, die ihnen als Heldentaten erscheinen; vielfach treten sie dann mit den Mädchen der Straße in Beziehung, werden ihre Geliebten, geben vor, sie gegen Anfechtungen von dritter Seite her zu schützen und fordern dafür Auslieferung eines großen Teils ihres nächtlichen Verdienstes.

Diese Zuhälter, mögen sie auch zu Beginn ihrer neuen Beschäftigung ehrlichem Gelegenheitsverdienst nachgegangen sein, finden es bald hinreichend ertragreich, sich ausschließlich ihrer Stellung als Parasiten der Prostitution zu widmen, oder sie ergänzen dieselbe durch gelegentliche Diebstähle oder Raubanfälle.

In seltenen, besonders schweren Fällen vereinigen sie sich (in Paris z. B. Apachen, in Wien Plattenbrüder genannt) zu wahren Räuberbanden, welche die Vorstädte als Beutegebiete betrachten.

Wieder in andern Fällen erhält sich — speziell in der verwahrlosten Jugend von Paris — ein gewisser idealer Zug der Auflehnung gegen die Gesellschaft, und die jungen Leute dieser speziellen Kategorie bemänteln ihre Streiche mit angeblicher anarchistischer Selbsthilfe gegen die unbarmherzige Gesellschaft (die Pariser Automobilbanditen sind in dieser Richtung auch über die Grenzen Frankreichs hinaus bekannt geworden); andere junge Leute wieder geben sich tatsächlich der anarchistischen oder syndikalistischen Idee gefangen, widmen ihr die rohe Kraft, den Haß gegen alles Bestehende, den sie in ihrer autoritäts- und überwachungslosen Jugend eingesogen haben. Zählt die psychische Gruppe, aus der die Automobilbanditen hervorgingen, nach Hunderten, so diese letztere nach Zehntausenden, und die bedenkliche Richtung des linken Flügels der französischen Arbeiterbewegung, der nicht nach Aufbau der Gesellschaft, sondern nach Niederreißung alles Bestehenden, nach Befriedigung seiner Racheinstinkte strebt, geht gewiß in erster Linie auf diese Krankheitserscheinung der Jugendverwahrlosung zurück.

In Ländern mit größerer Disziplin, vor allem in Deutschland, sind diese radikalen Ausartungen gewiß nur spärlich vorhanden oder ganz unbekannt, aber die Jugendverwahrlosung selbst, die zum Zuhältertum und zum jugendlichen Verbrechen führt, ist ja auch in Deutschland nur allzu bekannt.

Die üblichen strafrechtlichen Methoden sind ihr gegenüber wirkungslos; ja, es läßt sich sogar die Ansicht vertreten, daß die jugendlichen Delinquenten, die im Gefängnis mit geschulteren Verbrechern zusammenkommen, dort erst recht die einzelnen Verbrecherschliche erlernen und so nur allzu leicht aus verwahrlosten Knaben Gewohnheitsverbrecher werden, die im Verbrechen ihren wahren Beruf erblicken und ihn nach den Regeln moderner Technik auszubilden und gewinnbringend zu machen suchen.

Gehört das Gewohnheitsverbrechen an sich zweifellos zu den ältesten Erscheinungen menschlicher Entwicklung, so hat es zweifelsohne durch seinen Zusammenhang mit der Jugendverwahrlosung und dem Zuhältertum sowie durch seine raffinierte technische Ausbildung gewisse Züge, die unserer Zeitepoche eigentümlich sind, entlehnt und kann so in gewissem Grade als eine soziale Krankheit, die sich in der modernen Großstadt neuartig entwickelt hat, angesprochen werden.

Was läßt sich gegen dies alles vorgehen?

Eine Beseitigung von Jugendverbrechen und Verwahrlosung ist, darüber wollen wir uns nicht täuschen, unmöglich, so lange die moderne Großstadt mit ihrer proletarischen Bevölkerung nicht durch eine höhere soziale

Entwicklungsstufe abgelöst wird, so lange die Prostitution das Zuhältertum ernährt, der Alkoholismus der Verbrecherschar neue Elemente zuführt, die Not andere aus den Reihen der Gesellschaft hinausstößt. In diesem Sinne mag gesagt werden, daß erst die Erfüllung aller der Kulturaufgaben, die eingangs dieses Aufsatzes und in den vorhergehenden Aufsätzen geschildert wurden, in ihrem Endeffekt das Gewohnheitsverbrechertum beseitigen werde — Gelegenheitsverbrechen (d. h. gelegentliche Auflehnung gegen die herrschende Ordnung) werden naturgemäß in keiner Gesellschaft verschwinden, sind nicht in diesem Sinne als soziale Krankheitserscheinungen wie das Gewohnheitsverbrechertum, das sich dem Individuum gegenüber mit einer individuellen Entschließungen niederdrückenden Kraft durchsetzt, aufzufassen —.

Vielfach hat man als beschränktes Heilmittel, speziell in Frankreich, die Wiedereinführung einer auf Autoritätsglauben, und zwar speziell den religiösen Autoritätsglauben gerichteten Schule gefordert oder Ausgestaltung des Moralunterrichtes in Vorschlag gebracht. Erstere würde allzu gewichtige Freiheitsinteressen gefährden, letztere mag allerdings einigen Zersetzungserscheinungen im kindlichen Gemütsleben entgegenarbeiten, mag die Zahl der jungen Banditen um einiges vermindern, aber man möge sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß einige Lehrstunden unmöglich den verderblichen Einflüssen, welchen das Kind in all der schulfreien Zeit ausgesetzt ist, irgendwie entscheidend entgegenwirken können.

In Deutschland geschieht genug, mehr als genug in der Richtung sittlich-religiöser Erziehung, und doch ist die Jugendverwahrlosung und Jugendkriminalität, das Gewohnheitsverbrechertum so schlimm wie irgendwo. Wenn die speziellen anarchistischen Umtriebe fehlen, so geht es gewiß mehr auf den disziplinierten deutschen Volkscharakter als auf irgendwelche schulmäßige Verschiedenheiten zurück.

Für die Gegenwart, so lange die oben erwähnten Quellen der Krankheit nicht verstopft sind, lassen sich nur einige bescheidene Palliativmittel in Vorschlag bringen: so die Ausgestaltung der Jugendgerichte, die Ausschaltung der Gefängnishaft für jugendliche Delinquenten resp. deren Einreihung in moderne, nach amerikanischem Beispiel ausgestaltete Besserungsanstalten, die den Charakter nicht lähmen, sondern freier entfalten.

Dem Zuhältertum ist durch scharfe gesetzliche Maßregeln in gewissem Grade zu steuern; auszurotten ist es nur mit der Prostitution selbst, da ja die andere, zuweilen vorgeschlagene Maßregel, die Unterbringung aller Prostituierten in Bordellen, womit allerdings das Zuhältertum entfällt, als Wiederherstellung eines Sklavereizustandes mit dem modernen Freiheitsempfinden in allzu großem Gegensatz steht.

Am leichtesten wäre, so paradox dies klingen mag, dem eigentlichen Gewohnheitsverbrechertum beizukommen, und zwar durch Ausgestaltung der in England seit vier Jahren geübten Methode der langfristigen und häufig lebenslänglichen Unterbringung der Gewohnheitsverbrecher in eigenen Anstalten, in welchen jede auf Sühne gerichtete Härte der Anstaltsordnung entfällt, und nur der Gesichtspunkt der Freiheitsberaubung zum Schutze der Gesellschaft gegen eine Wiederkehr der Übeltaten bestehen bleibt. Die letzte englische Strafrechtsreform gibt dem Leiter der Strafanstalt das Recht, selbst darüber zu entscheiden, wann ein solcher Gewohnheitsverbrecher

gebessert sei und ohne Gefahr für die Gesellschaft entlassen werden könne. In der Regel bleibt er sein Leben lang hinter den schützenden Mauern, ohne sich dabei so unglücklich zu fühlen wie in einem eigentlichen Zuchthause und ohne daß von einer unverzeihlichen Grausamkeit gesprochen werden könnte.

Fassen wir all die sozialen Krankheiten, die wir in diesem Aufsätze behandelt haben, zusammen, so finden wir, daß einige derselben, wie die Jugendverwahrlosung, mit gewissen Eigentümlichkeiten unserer Epoche eng und schwer trennbar zusammenhängen, daß jedoch andere, wie der Alkoholismus, die Tuberkulose als Massenkrankheit, die Prostitution und das Sweating sehr wohl auch auf dem Boden der Gegenwartsordnung erfolgreich bekämpft und, wenn auch nicht ausgerottet, so doch ihres Charakters organischer, an der Rassengesundheit zehrender Massenübel, entkleidet werden können. Warum hat man bisher gezögert, die entsprechenden Maßregeln zu ergreifen?

Im wesentlichen deshalb, weil die erkrankten Bevölkerungsschichten, die Alkoholiker, die tuberkulösen Arbeiter, die Prostituierten und die ausgebeuteten Heimarbeiterinnen die Kraft und Klarheit zur Erfassung ihrer eigenen Notlage und zu entschlossener Selbsthilfe oder selbst zu einem an die Gewissen dringenden Aufruf an die öffentliche Meinung entbehren.

Gewiß gehen, so muß hinzugefügt werden, nicht bloß Alkoholiker und Prostituierte, Tuberkulose und arme Heimarbeiterinnen zugrunde, sondern diese Alkoholiker und ihre degenerierten Kinder mögen als Verbrecher die Gesellschaft gefährden, die Prostituierten erhalten das Zuhältergesindel am Leben, die Tuberkulösen zeugen eine daseinsuntüchtige neue Generation. Aber für die Wahrnehmung dieser Ewigkeitsinteressen der Rasse fehlte eben bis jetzt inmitten der kämpfenden Interessengruppen, die nur ihr eigenes unmittelbares Wohl und Wehe im Auge haben, nur die Übelstände, unter denen sie selbst offensichtlich leiden, zu beseitigen suchen, ein klar schauendes, zu entschlossenem Wirken bereites Organ, eine Zentralkraftstelle für die Forderungen der Rassegesundheit und des organischen Menschheitsfortschrittes: Der „Bund für Organisierung menschlichen Fortschritts“ *) soll dieser Aufgabe gerecht werden.

Mit welchen Widerständen hat er bei dieser Sanierungsarbeit zu rechnen?

Zunächst mit der Denkräglichkeit der Menschen, denen es schwer fällt, an die Möglichkeit einer Beseitigung eingerosteter Übelstände zu glauben, resp. die nur dann konzentriert und mit gutem Willen diese Möglichkeit überdenken und an die entsprechenden Maßregeln herantreten, wenn sie selbst unter dem Übelstande leiden, während die Rücksicht auf die Rassezukunft kein entsprechend starkes Agens bildet, um sie aufzurütteln.

Nach dieser Richtung handelt es sich also um planmäßige Aufklärungsarbeit, um die Weckung starker Massenimpulse.

In zweiter Linie sind naturgemäß die Interessenten gewisser Gruppen, die, so paradox es klingen mag, von diesen Krankheiten Vorteil ziehen, zu überwinden.

Der Alkoholismus bringt den Schnapsbrennern, den Absinthfabrikanten und Brauereibesitzern Reichtum, die Prostitution den Bordellbesitzern, das Sweating gewissen Konfektionären. Vor allem die Antialkoholbewegung hat ja bekanntlich mit einem planvoll organisierten,

*) Von dem bereits in der dritten dieser Studien eingehender gesprochen wurde.

mit reichlichen Geldmitteln arbeitenden Widerstand des Alkoholkapitals zu rechnen, während gleichzeitig auch die „mäßigen“ Alkoholtrinker, die sich ihr Glas Likör oder Absinth nicht nehmen lassen wollen, ihr Widerstand leisten,

Die Bordellbesitzer und Mädchenhändler sind zu wenig zahlreich und zu sehr von der öffentlichen Meinung verfeimt, als daß sie einen organisierten Widerstand gegenüber den entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen einsetzen könnten. Ihnen steht jedoch in gewissem Grade die Stimmung weiter Männerkreise bei, die sich verantwortungslosen geschlechtlichen Genuß, womöglich bei ärztlicher Überwachung der Prostituierten, die sie vor Geschlechtskrankheiten schützen soll, nicht verkümmern lassen wollen. Demgegenüber wird die bei allem Eifer doch nur schwache abolitionistische Bewegung mit Entschiedenheit nur von gewissen protestantischen Kirchen unterstützt; es bedarf der Wirkung überaus kräftiger Massenstimmungen, um gegenüber solchem Widerstande die Prostitution zu tilgen.

Die an der Ausbeutung der Heimarbeiter unmittelbar interessierten wirtschaftlichen Kreise sind in England in den entscheidenden Monaten des politischen Endkampfes von den kapitalistischen Klassengenossen verlassen worden, niemand wollte sich mit einer Personenschicht, die aus dem Elend armer Heimarbeiterinnen Reichtum zog, identifizieren, und die entsprechenden Schutzgesetze wurden, wie oben erwähnt, im Parlament einstimmig angenommen. In Frankreich und Deutschland waren die an Ausbeutung der Heimarbeiter unmittelbar interessierten Schichten wohl auch isoliert allzu schwach, um Widerstand leisten zu können, aber das Vorurteil, daß man von der gesetzlichen Festlegung von Minimallöhnen für die Heimarbeiterschaft allzu leicht zu weitgehenden Schutzmaßregeln für die Industriearbeiterschaft, welche die Gesamtheit der industriellen Unternehmer gefährden könnten, weiterschreiten könne, hat den Erfolg dieses wichtigen Zweiges der Arbeiterschutzgesetzgebung bis heute vereitelt. Hier tut also wieder eine planmäßige Aufklärung der öffentlichen Meinung not, auf daß sie handle wie die öffentliche Meinung Englands.

Gar keinen organisierten Widerstand findet naturgemäß die Bekämpfung der Tuberkulose als Massenkrankheit, niemand hat an ihrem Bestehen ein persönliches Interesse oder wagt es, ein solches zur Geltung zu bringen. Wohl aber liegt, so paradox auch dies wieder klingen mag, ein bedenkliches Hindernis wirksamer Beseitigung der Tuberkuloseansteckung in den Wünschen der Tuberkulösen und ihrer Familien selbst, welche die soziale Schädigung, die mit Bekanntwerden der Krankheit verbunden ist, scheuen. Speziell in Frankreich wird eben jetzt ein lebhafter Kampf gegen die von der medizinischen Akademie geforderte gesetzliche Pflicht zur Anzeige jedes Tuberkulosefalles geführt. Hier gilt es, durch entsprechende Aufklärung sittliche Wertmaßstäbe in der Bevölkerung zu schaffen und die fahrlässige Ansteckung eines Kindes oder Nachbarn durch einen Tuberkulosekranken klar als das erscheinen zu lassen, was sie ist, als fahrlässigen Totschlag. Sowie die Bevölkerung dies begreift, wird sie von der Verfolgung kleiner Einzelinteressen abgehen.

Die Errichtung von Sanatorien, die Durchführung wirksamer Fabrikhygiene, die Niederlegung ungesunder Wohnhäuser und ihre Ersetzung durch andere, die Licht und Luft Zutritt gewähren, all das kostet anderseits Geld, und es gilt darum, der öffentlichen Meinung die Wichtigkeit all dieser Maß-

regeln hinreichend klar einzuschärfen, damit sie aufhöre, zu knickern und um das Ausmaß der für Tuberkulosebekämpfung notwendigen Summen zu feilschen.

Die Bekämpfung all dieser sozialen Krankheiten wird die Schwächung des menschheitlichen Organismus hintanzuhalten, all die kostbaren Kräfte, deren er für seine Selbstvervollkommnung bedarf, zu erhalten haben. Sie ist also durchaus im Sinne des Fortschrittsimperativs gelegen und eine wahre Kulturaufgabe der Zeit.



KORRESPONDENZEN

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

CHRONIK

AMERIKANISCHE Milliardärinnen: Man hat so oft von den amerikanischen Milliardären gesprochen, daß es vielleicht gestattet ist, auch einmal einige Worte über jene zu sagen, die nicht nur ihre glücklichen Mitgenießerinnen oder Erbinnen, sondern in manchen Fällen auch ihre Miterwerberinnen gewesen sind.

* * *

Man nimmt heutzutage allgemein an, daß die reichste Frau der neuen Welt Mrs. E. H. Harrimann, die Witwe jenes Eisenbahnkönigs, sei, der ihr bei seinem Tode ein Vermögen von nahezu $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark hinterließ. Mrs. Harrimann hatte ihrem Gatten fünf Kinder geboren; aber das sollte ihr keine Lasten auferlegen, denn der Erblasser hatte jedem von ihnen weitere 30 Millionen vermacht.

Offenbar hätte ein Finanzmann von der Stärke M. Harrimanns nicht in den Händen seiner Gattin ein so kolossales Vermögen gelassen, wenn er nicht gewußt hätte, daß seine Haupterin fähig sei, auch diesen Besitz noch zu vergrößern. In der Tat könnte mancher Finanzminister Mrs. Harrimann um das Geschick beneiden, mit dem sie ihre Reichtümer verwaltet.

Sie war nicht die einzige Amerikanerin, die ihrem Gatten ein absolutes Vertrauen in ihre finanzielle Geschicklichkeit einflößte. Die Königin der Eisenbahnen bildet ein impo-

santes Quartett mit drei anderen enorm reichen Witwen: Mrs. Hetty Green, Mrs. Frederic C. Penfiell und Mrs. Russel Sage.

Die letztere gilt als eine der besten Kennerinnen der Börse und man kann sicher sein, daß die 340 Millionen, die ihr Gatte ihr bei seinem Tode hinterließ, stark zugenommen haben, da sie heute als eine der allerreichsten Frauen der Vereinigten Staaten angesehen wird.

Mrs. Hetty Green endlich verdient mehr als alle anderen der besonderen Hervorhebung, denn sie war in der Gewinnung ihres ehelichen Vermögens sehr persönlich beteiligt. Von ihrem Vater hatte sie mit 16 Jahren 425 Millionen geerbt. Später mit 20 Jahren beerbte sie ihre Tante: 10 Millionen. Ungefähr ebensoviel brachte ihr die Ehe mit M. Edward H. Green. Dieser letztere, der ihr Talent für alles, was mit dem Stock-Exchangespiel zutun hatte, bewunderte, sagte ihr eines Tages: „Ich habe mich mit einigem Erfolg an alles das herangemacht, was man in Wallstreet tut; aber ich glaube, daß Du das Geschäft ebensogut verstündest. Wie wäre es, wenn auch Du einmal einige nette kleine Spekulationen durchführtest?“

Mrs. Green ließ sich das nicht zweimal sagen; und so kam es, daß sie heute in dem berühmten Quartett mitspielt.



Aus Neu-Kamerun: Der teilweise Übergang des französischen Kongogebietes an das Deutsche Reich hat auch einen Teil der reichen Schifffahrtswege des Landes in deutsche Hände übergehen lassen. Speziell die Société française des messageries fluviales, welche die Schifffahrt auf dem Sanga und dem Ubangi vermittelt, hat ihre wichtigsten Schiffe nunmehr an eine deutsche Unternehmung abgetreten, die in Hamburg neugegründete Kamerunschiffahrtsgesellschaft. Auch französische und belgische Kapitalien nehmen allerdings an derselben teil und sie sollen das Monopol des Schifffahrtsdienstes auf den genannten Flüssen erhalten.

Die europäische Kolonisierung Marokkos macht in diesen letzten Jahren und besonders in den letzten Monaten rapide Fortschritte, vor allem im Bezirk von Casablanca (im Schaujagebiet), der dank seiner mehrjährigen Besetzung durch die französische Armee zu vollständiger Ruhe gelangt ist.

Im genannten Bezirke werden 45 000 ha Ackerboden bewirtschaftet, hiervon bereits 5919 ha von europäi-

schen Landwirten. Sie wohnen überwiegend in Casablanca und kommen nur zur Zeit der Pflügung und Aussaat sowie der Ernte nach ihren Grundstücken.

Der Wert der Grundstücke inklusive von Zugtieren, Gerätschaften und Wirtschaftsgebäuden wird mit 3 Millionen 300 000 Fr. versteuert. Die in französischem Besitz befindlichen Grundstücke haben einen Wert von 2½ Millionen, die Grundstücke im deutschen Besitz von 300 000 Fr., die im spanischen von 250 000 Fr.

Der ganze Bezirk umfaßt 134 000 ha, so daß also die landwirtschaftlich benutzte Fläche (was in Marokko bis vor kurzem als unerreichbar galt), sich auf ein Drittel der gesamten Bodenfläche beläuft. Der Bezirk hat 25 000 Einwohner = 19 Personen pro Quadratkilometer, für marokkanische Verhältnisse auch eine hohe Ziffer.

Ist auch die Kolonisierung des Schaujagebietes, wie wir gesehen, dank ihrer frühen Inangriffnahme, besonders weit vorgeschritten, so geht die europäische Einwanderung speziell in den letzten Monaten mehr nach den nördlichen Gebieten zwischen dem neuen Sitz der französischen Verwaltung Rabat und der alten Hauptstadt Fez.

POLITISCHE ENTWICKLUNG CHRONIK

SCHAFFUNG einer beratenden Versammlung in der französischen Kolonie Kambodscha: Der neue französische Generalgouverneur von Indochina hat es sich zum

Ziele gesetzt, die zum Teil hochgebildeten Eingeborenen des Gebietes zur Mitarbeit an Gesetzgebung und Verwaltung der Landschaften heranzuziehen. Er hat darum zunächst in

Tonking und neuerdings auch in Kambodscha eine gesetzgebende Versammlung geschaffen, die aus der Wahl der Eingeborenen, wenn auch mit sehr beschränktem Wahlrecht und hohem Bildungszensus, hervorgehen. Die Körperschaft hat Gutachten über alle Regierungsvorlagen das Budget abzugeben, ein Veto dagegen kommt ihr zunächst noch nicht zu.



Beschlüsse des Gemeinderates von Fez: Die neuen Gemeinderäte, die von der französischen Verwaltung in den Hafenstädten von Marokko sowie in der Hauptstadt Fez eingesetzt worden sind, haben ihre Funktion begonnen. Die Wahl wird in drei

Kurien, Europäer, Mohammedaner und Juden, vorgenommen.

In Fez selbst gibt es keine europäische Kurie und statt des einheitlichen Gemeinderates zwei Gemeindevorstehungen, eine Vertretung der Mohammedanerstadt und eine Vertretung der Judengemeinde, des Mellah.

Beide Fezer Körperschaften haben bereits eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, so das Verbot der Hazardspiele, Vorschriften bezüglich des Wegschaffens der häuslichen Abfälle und andere — angesichts des früher herrschenden Schmutzes überaus wertvolle — sanitäre Reglements, ferner das Verbot des Alkoholverkaufs in der Mohammedanerstadt.

D. Benghabrit.



SOZIALE ENTWICKLUNG

FACHLEHRER GEORG SCHMIEDL, OBMANN DER „SOZIALPÄDAGOGISCHEN GESELLSCHAFT“ IN WIEN: STAND DER JUGENDFÜRSORGE UND DES KINDERSCHUTZES IN ÖSTERREICH.



SEIT dem Jahre 1908, da der jubilierende Kaiser die Parole „Für das Kind“ ausgegeben hat, ist ein großer Fortschritt in der Jugendfürsorge zu verzeichnen — vorerst in dem Sinne, daß sich alles, was die Notwendigkeit eines Jugendschutzes einsieht, zu gemeinsamer Tätigkeit vereinigt: Gemeinden, Behörden, Vereine in ihrem Wirkungskreise Rühmliches leisten und auch die Schule nicht zurückbleibt. Leider hat das österreichische Haus der Abgeordneten das, vom Herrenhause schon vor Jahren durchberatene, Gesetz über Fürsorgeerziehung noch immer nicht auf die Tagesordnung gesetzt und so verhindert, die im Sinne des Jugendschutzes wirkenden Kräfte organisatorisch zusammenzufassen. Zu alledem türmt sich die finanzielle Lage des Reiches und seiner Länder als ein fast unüberwindbares Hindernis empor, da die steten Heeresrüstungen die vorhandenen Mittel verbrauchen und kulturellen Aufgaben entziehen.

Schon zur Zeit des Absolutismus begann die „Fürsorge“ für die arbeitende Jugend. 1786 werden Bestimmungen über die Schlafstellen und die Reinhaltung der in Fabriken verwendeten Kinder erlassen. 1787 wird als Altersgrenze für solche Kinder das vollendete 8. Jahr festgesetzt, eine Maßregel, die wir in England erst 1819, in Preußen 1839 und in Frankreich 1841 finden. 1842 wird als unterste Grenze das 12. Jahr bestimmt, doch hat die Ortsbehörde das Recht, auch Kinder mit vollendetem 9. Jahre (nach 3jährigem Schulunterricht) zur Fabrikarbeit zuzulassen. 9—12 jährige Kinder dürfen höchstens 10, 12—16 jährige 12 Stunden (1 Stunde mindestens Pause) arbeiten. Kindern unter 16 Jahren ist die Nachtarbeit verboten. Die Gewerbeordnung vom Jahre 1859 regelt die Kinderarbeit neuerlich. Unter 10 Jahren ist jede Arbeit verboten. 10—12 jährige Kinder dürfen nur zu solchen Beschäftigungen verwendet werden, die die Gesundheit und die körperliche Entwicklung nicht benachteiligen und den Schulbesuch nicht behindern. Als Maximalarbeitszeit für 14 jährige werden 10, für 14- bis 16 jährige 12 Stunden festgesetzt. 1884 wird die Kinderarbeit in Bergwerken nur von 14 Jahren an gestattet, Ausnahmen für 12—14 jährige bei Obertagsarbeiten kann die Behörde auf Ansuchen der Eltern gestatten. 1885 werden auch für nicht fabrikmäßige Betriebe Kinderschutzbestimmungen erlassen. Gegenwärtig ist für jeden Betrieb die Verwendung von Kindern, die das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, verboten; ältere dürfen zu nicht gefährlichen und nicht gesundheitsschädlichen Verrichtungen verwendet werden. Leider hat die Behörde von ihrem Rechte, diese Arten von Arbeiten zu verlaublichen, nur für das Anstreicher-, Schriftgießer- und Buchdruckergewerbe sowie für die Papierfabrikation Gebrauch gemacht. Kinder zwischen dem 12. und 14. Jahre dürfen nach dem oben Angeführten im Gewerbe verwendet werden, wenn hierdurch die bis zum vollendeten 14. Jahre währende Schulpflicht nicht beeinträchtigt wird. Nun gestattet aber die Schulgesetznovelle vom Jahre 1885 einzelnen Kindern und ganzen Gemeinden Schulbesucherleichterungen für das 7. und 8. Schuljahr und gibt überdies einer Anzahl von Ländern das Recht, die Schulpflicht auf 6 Jahre herabzusetzen. Von dem ersteren Zugeständnisse haben 14 931 Gemeinden und 114 918 Kinder, von dem zweiten 6 Länder Gebrauch gemacht.

12—14 jährige Kinder dürfen, nach der erwähnten Gewerbeordnung, höchstens 8 Stunden täglich arbeiten, doch verwandelt sich diese Frist in einen oft 14 stündigen Arbeitstag, da es erlaubt ist, daß sich die gewerbliche Arbeit an den Unterricht unmittelbar anschließe oder bis zu seinem Beginne währe.

Kinder unter 16 Jahren ist die gewerbliche Beschäftigung zwischen 8 Uhr abends und 5 Uhr morgens verboten, doch hat die Behörde das Recht, hiervon Ausnahmen zu gestatten, so daß tatsächlich in der Sensen- und Seidenindustrie, wie im Gast-, Schank- und Bäckergewerbe Kinder des nachts arbeiten. Seit 1911 wurde die Nachtarbeit der Mädchen in größeren Betrieben etwas eingeschränkt.

Die Einengung der Kinderarbeit wurde in großem Umfange dadurch illusorisch gemacht, daß viele Industrien die Herstellung ihrer Erzeugnisse ganz oder teilweise durch Heimarbeiter herstellen lassen und so alle Schutzbestimmungen für Kinder ausschalten, da diese für solche Betriebe nicht gelten.

Alle sonstigen Verrichtungen von Kindern zu erwerblichen Zwecken

unterliegen in Österreich nur den durch die Schulpflicht und die Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches festgestellten Beschränkungen. Die Verwendung von Kindern als Jagdtreiber, in Theaterstücken und öffentlichen Schaustellungen ist durchaus verboten, wenn nicht für letzteres die Erlaubnis der Schulbehörde vorliegt.

Trotz aller Schutzbestimmungen fanden im Jahre 1910/11 3835 (2583 in Fabriken, 1252 in Kleinbetrieben) Kinder unter 12 Jahren in behördlich beaufsichtigten Gewerken Verwendung. In den Gebieten des Erwerbslebens, die weder dem GewerbeGesetze noch der Bergbauordnung unterliegen, insbesondere der „Heimarbeit“ und der Landwirtschaft, werden Kinder in ausgedehntem Maße beschäftigt. Einen, wenn auch nicht genauen, so doch lehrreichen Einblick in diese Verhältnisse gewährt eine eben vom K. K. Arbeitsstatistischen Amte veröffentlichte Erhebung über „Kinderarbeit“. Es wurden 15,7 % (3502) Schulen und 17,9 % (751 830) Kinder der Betrachtung unterzogen. Dabei ergab sich, daß 34,8 %, somit mehr als ein Drittel (148 368), erwerblich arbeitete (35,9 % Knaben, 33 % Mädchen), am meisten in Kärnten (53 %), am wenigsten in Niederösterreich (23,2 %); doch steigt die Zahl in manchen Bezirken auf 90 %, ja sogar 100 %. Für diese Ergebnisse ist die Siedlungsart der Bewohner von Bedeutung. So finden wir in Städten 22,3 %, in Märkten 38,3 % und in Landgemeinden 44,1 % arbeitender Schulkinder.

Die Kinderarbeit steht auch zum Alter in einem bestimmten Abhängigkeitsverhältnisse:

6—8 Jahre	17,8 % Kinder	17,9 Knaben	17,7 Mädchen
9—10 „	35,6 % „	36,9 „	34,3 „
10—12 „	49,7 % „	52,3 „	47,1 „
13—14 „	52,3 % „	54,4 „	50,1 „

1121 Kinder wurden, trotzdem sie erst 4 Jahre alt waren, zur gewerblichen Arbeit verwendet. Ebenso ist nicht ohne Belang, ob ein Kind Eltern hat, ob es mutterlos oder ob es ehelicher Geburt ist.

	Kinder	Knaben	Mädchen
Ehelich geborene oder legitimierte	34,6 %	35,8 %	33,4 %

Hiervon:

mit lebenden Eltern.....	33,8 %	35,0 %	32,7 %
halb verwaist	39,8 %	41,3 %	38,3 %
ganz verwaist	41,4 %	41,4 %	41,5 %
Uneheliche	37,3 %	37,4 %	37,1 %
mutterlose uneheliche	48,8 %	49,3 %	48,3 %

Es wurde schon auf die Bedeutung der Schulorganisation für die Größe der Armee arbeitender Schulkinder hingewiesen. Auch ist schon erwähnt worden, daß manche Länder eine verkürzte Schulpflicht haben. Hier wird in den ländlichen Bezirken eine Wiederholungsschule an die Alltagsschule gefügt. Von diesen Wiederholungsschülern (13- und 14jährig) arbeiten 76 %, von den Alltagsschülern dagegen nur 42,9 %. Wir sehen somit, daß die unehelichen, mutterlosen und die „Wiederholungsschüler“ das Heilmittel der „Leutenot“ auf dem Lande bilden.

Auch die Schulbesuchserleichterungen erhob das Statistische Amt und fand diese Begünstigung fast an der Hälfte aller Anstalten. An einzelnen Orten gab es gänzliche Befreiung im Sommerhalbjahr

(8. Altersstufe) und Verkürzung des Unterrichtes im Winterhalbjahr auf 3 Wochenstunden oder 3 Monate.

Eine Gelegenheit zur Ausnützung der Kinder für Arbeitszwecke bieten auch der Halbtagsunterricht in ein- und zweiklassigen Schulen, die Verlegung der Ferien auf die Zeit bestimmter landwirtschaftlicher Arbeiten, die Gewährung einzelner freier Tage zu demselben Zwecke und die Erlaubnis zu vorzeitigem Austritt aus der Schule.

Wie diese armen Arbeitswesen um die schönste Zeit ihres Lebens gebracht werden, erhellt aus der Tatsache, daß über 95 % während des ganzen Jahres in der Fron stehen. Auch der Sonn- und Feiertag bietet den angestrengten Kleinen keine Gelegenheit sich auszuruhen. Denn $\frac{1}{2}$ aller begutachteten Kinder entbehren dieser jedermann willkommenen Arbeitspause (63 700).

Der beste Maßstab zur Beurteilung der Größe der kindlichen Arbeitslast ist die tägliche Dauer der Arbeit (ohne Schulstunden). Es arbeiten an Wochentagen im Winter

38,1 %	mehr als 3 Stunden täglich
22,0 %	„ „ 4 „ „
6,5 %	„ „ 6 „ „
im Sommer	

59,2 %	„ „ 3 „ „
43,2 %	„ „ 4 „ „
17,8 %	„ „ 6 „ „

Diese Zahlen gelten für Kinder mit normalem Schulunterricht.

Bei gekürzter Unterrichtsdauer zeigt sich jedoch ein ganz anderes Bild. An Wochentagen des Winterhalbjahres arbeiten

82,4 %	mehr als 4 Stunden täglich
54,6 %	„ „ 6 „ „
27,2 %	„ „ 8 „ „
10,3 %	„ „ 10 „ „

Im Sommerhalbjahr arbeiten

77,2 %	mehr als 6 Stunden täglich
54,3 %	„ „ 8 „ „
24,6 %	„ „ 10 „ „

Zur Beurteilung der Arbeitstätigkeit der Kinder sei hier noch die Nachtarbeit berücksichtigt. Es sind nämlich 23,7 % (35 142) zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr morgens beschäftigt: hiervon $\frac{1}{2}$ durch mehr als 30, $\frac{1}{4}$ durch 52 Wochen. Die Summe der Schul- und Arbeitsstunden wird nun das Bild unserer Kinderkultur vervollständigen:

Bei normalem Unterricht haben im Winterhalbjahre fast die Hälfte, im Sommerhalbjahre fast zwei Drittel mehr als 40 Schul- und Arbeitsstunden in der Woche und somit eine tägliche Leistung von $6\frac{1}{2}$ Stunden. Über ein Fünftel (im Winter-) bzw. fast zwei Fünftel (im Sommerhalbjahre) haben mehr als 50 Stunden in der Woche und somit mehr als $8\frac{1}{2}$ Stunden im Tage, $6,9\%$ bzw. $17,6\%$ mehr als 60 Stunden in der Woche, also mehr als 10 Stunden im Tage. Bei gekürztem Unterrichte sind die Leistungen natürlich noch größer. Dabei muß noch die Zeit für Aufgaben und der oft lange Schulweg beachtet werden. Dieser letztere Umstand sei durch einige Zahlen belegt. 4 Kilometer und noch mehr haben zur Schule zu gehen in Nieder-Österreich 11 162 Kinder,

Ober-Österreich 11 064 Kinder, Salzburg 2802 Kinder, Steiermark 11 379 Kinder, Kärnten 6462 Kinder, Krain 6966 Kinder, Küstenland 989 Kinder, Tirol 3373 Kinder, Vorarlberg 65 Kinder, Böhmen 23 704 Kinder, Mähren 5981 Kinder, Schlesien 2612 Kinder, Galizien 11 173 Kinder, Bukowina 606 Kinder, Dalmatien 956 Kinder.

Daß zu lange währende und zu schwere Arbeit, Tragen von Lasten, unhygienische Haltung und schlechte Atmosphäre die zarten, in Entwicklung begriffenen Organe der Kinder schädigen, ist wohl so klar, daß es nicht erst der Anführung von Zahlen bedürfte. Der Gesundheitszustand der 134 268 statistisch behandelten Schulkinder war bei 22,6 % — 68 654 — (21,9 % Knaben, 23,5 % Mädchen) ein nicht befriedigender.

Der Einfluß der Kinderarbeit auf den Unterrichtserfolg drückt sich in folgenden Angaben aus. Von 2545 Schulleitungen geben 76,8 % nachteilige Wirkungen an. Auch der Zusammenhang des Schulbesuches mit der Kinderarbeit wird durch die Verhältniszahl (73,5 %) beleuchtet.

Zum Heere arbeitender Kinder stellen die schulfremden einen ansehnlichen Teil. Nach Veröffentlichungen aus dem Jahre 1911 gab es in Österreich (nicht mitgerechnet körperlich und geistig Schwerkranke und die zu Hause Unterrichteten) 177 583 (95 838 Mädchen, 81 745 Knaben) Kinder, die keinen Unterricht genossen. Hierzu stellte Galizien das größte (153 738), Ober-Österreich (5) das kleinste Kontingent.

Es wurde schon oben erwähnt, daß seit dem Jubeljahr des Kaisers (1908) sich aller Orten öffentliche Körperschaften, Verbände und Einzelpersonen bemühen, Kinderschutz und Jugendfürsorge nach Kräften zu fördern, was im Hinblick auf das Berichtete gewiß dringend nötig ist.

So haben die Landesverwaltungen 33 595 Schützlinge mit einem Jahresaufwande von 6 812 563 K. (Nieder-Österreich und Wien 5 289 930 K.) in Anstalten und Familien untergebracht. Die hierzu nötigen Investitionen betrugen 7 394 789 K. Hierbei sind die großen Summen für Unterstützungen von Wohltätigkeitsvereinen, Kindergärten, Ferienheimen, Suppenanstalten und Stipendien für arme Kinder nicht mitgerechnet. Die Länder und Städte erhalten 25 Besserungsanstalten, 14 Waisenhäuser, 3 Erholungsheime, 2 Anstalten für skrophulöse, 1 für tuberkulöse Kinder, 4 Kinderspitäler, 7 Häuser für Geisteskranke, 2 für verkrüppelte, für 2 blinde, 3 für taubstumme und 2 für idiotische Kinder.

Von den Ergebnissen der Jubiläumssammlungen wurden 3 123 729 K. zu einem „Kaiser-Jubiläumsfonds für Kinderschutz und Jugendfürsorge“ vereinigt und einer aus 50 Mitgliedern bestehenden „Großen Kommission“ unter Leitung des Ministerpräsidenten zur Verwendung übergeben. Diese beschloß die Gründung einer „Mutterfürsorge-Erziehungsanstalt“, einer „Reichsanstalt für Mutter- und Säuglingsfürsorge“ (zugleich als Fortbildungsschule für Ärzte) und eines „Organisationsamtes für Säuglingsfürsorge und Kinderschutz“. Zu ihren ferneren Tätigkeiten gehören: Beteiligung an der Hygienischen Ausstellung in Dresden 1911, am Kongreß für Säuglingsschutz in Berlin 1911, Durchführung einer Kindersterblichkeitsaufnahme (bearbeitet von Dr. Moll), Eingabe an das Ministerium wegen Feststellung eines „allgemeinen Stillwertes“, Vorschläge wegen Angliederung eines allgemeinen Mutterschutzes und einer allgemeinen Säuglingsfürsorge an die Krankenversicherung, Herausgabe einer Abhandlung über die wichtigsten österreichischen Fürsorgeeinrichtungen, Abhaltung amtsärztlicher Kurse, Herausgabe eines Blattes für Säuglingsschutz und Jugendhygiene,

Verteilung eines „Merkbüchleins“ (in allen Landessprachen) an Mütter (1 Mill. Exemplare), Bildung (neben der fachärztlichen) einer juristischen und einer pädagogischen Sektion, Abhaltung eines 1. österr. Berufsvormündertages.

Diese vorbildliche Zentralstelle wirkte aneifernd auf die Provinzen. Es bildeten sich in den meisten Ländern, unter Förderung der Statthalterei, „Landes-Kommissionen“ oder „Landesvereine“, die, nach Anlegung reichdotierter Fonds, eine reiche Tätigkeit entfalteten, die die verschiedenen Zweige des Jugendschutzes erfaßte. Hier nur einige unvollständige Angaben: Es wurden 205 Bezirks-Kommissionen — in Tirol an allen Bezirksgerichten — und 167 Beratungsstellen für Mütter gebildet, 14 Erziehungsanstalten, 13 Kinderkolonien, 5 Schulen für Schwachsinnige errichtet. Überdies entstanden 65 Vereine. Ferner wurden 3 Zeitschriften herausgegeben, Kurse abgehalten und in verschiedenster Art das Verständnis der Bevölkerung für diese Bestrebungen geweckt, was sich auch in den Erfolgen der Sammlungen an den sogenannten „Kindertagen“ zeigte (888 862 K.). Die Ausgaben der Landeskommissionen machten 1 942 786 K. aus, wozu noch die bedeutenden Aufwendungen des „Jubiläumsfonds“ in Wien kommen. Das Vermögen aller dieser Körperschaften (mit Ausschluß der eben erwähnten Zentralstelle) betrug Ende 1912 2 984 684 K.

Eine der besten Schöpfungen, die im Sinne des kaiserlichen Widmungswortes „Für das Kind!“ wirkt, ist die auf Beschluß des 1. österr. Kinderschutzkongresses 1907 ins Leben gerufene „Zentralstelle für Kinderschutz und Jugendfürsorge“. Unter Leitung des bekannten Sozialpolitikers und Jugendfreundes Exz. Dr. Josef Bärnreither entwickelt sie eine sehr rege Tätigkeit. Sie gibt eine ausgezeichnete, das ganze Gebiet des Jugendschutzes umfassende Zeitschrift (Leiter Min.-Sekretär Dr. Max Lederer) heraus, veranstaltete den 2. österr. Kinderschutzkongreß in Salzburg 1913 *), vollführt statistische Arbeiten, steht mit allen in- und vielen ausländischen Jugendschutzverbänden in Verkehr, vertritt Österreich auf ausländischen Tagungen (München 1910, Frankfurt a. M. 1912, Paris 1911), gab das „Handbuch über Kinderschutz und Jugendfürsorge in Österreich“ von Dr. Franz Hueber heraus, regt die Gesetzgebung an, schuf eine Fachbibliothek und ein „Archiv für Jugendfürsorge“ u. ä.

Im Jahre 1912 traten 64 Vereine, 169 Schulen und 194 Einzelpersonen zu einem „Erziehungsrat“ für Wien zusammen, der, alle politischen und religiösen Parteien umfassend, sich hauptsächlich der Bekämpfung der „Kino“- und „Schund“-gefahren zuwendet.

Gelegentlich der Einführung der „Jugendgerichte“ (1911) bildete sich eine Vereinigung, das „Komitee für Jugendgerichtshilfe in Wien“, die die Verbindung zwischen den Jugendrichtern und den Fürsorgeorganisationen herstellt. Gegenwärtig sind dem „Komitee“ 25 Vereine angegliedert. Bis nun hat es 211 Schützlinge übernommen, von denen 109 als gebessert bezeichnet werden. Die Vertreter des „Komitees“ ziehen Erkundigungen über die Lebensverhältnisse ihrer Schützlinge ein und wohnen den Gerichtsverhandlungen bei.

Zu den Jugendschutz und Jugenderziehung fördernden Vereinigungen müssen auch die jetzt sich überall bildenden Knabenhorte (Reichsbund mit

*) Gutachten, Berichte und Materialien zum 2. österr. Kinderschutzkongreß. Verlag Perles, Wien, dem viele der hier verarbeiteten Angaben entnommen sind.

753 Vereinen und 50 000 Mitgliedern), Jugendwehren, Spielhorte, Jugendschutzabteilungen, Kameradschaften, Wandervögel, Pfadfinder u. ä. gerechnet werden.

In den letzten Jahren ist auch die Staatspolizei in den Dienst des Jugendschutzes getreten. Seit 1907 erstreckt sich ihre Fürsorge auf obdachlose Familien, obdachlose jugendliche Einzelpersonen, jugendliche Vaganten und Bettler, jugendliche Enthaltene, jugendliche Straffällige. Sie bewacht die Jugend an öffentlichen Orten, bei Bahnhöfen, beim Bettel und Hausieren, beachtet die Verabreichung von Spirituosen und die Schaustellung wie den Verkauf von unsittlichen Bildern, „Indianerbüchern“ und anderer Schundliteratur.

Ihre Tätigkeit erhellt am besten durch Anführung einiger Zahlen: Im Jahre 1911 führte sie 30 205, 1912 dagegen 32 112 Amtshandlungen bez. jugendlicher Personen durch, wovon 12 321 (1911) und 14 351 (1912), somit im ganzen 26 672 verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen übergeben worden sind. Die Wiener Polizeidirektion besitzt auch ein eigenes „Jugendheim“, wo die angehaltenen Kinder in geeigneter Weise beschäftigt werden.

Schließlich erübrigt es noch zu zeigen, wie die österreichische Staatsverwaltung, in Ermangelung eines „Fürsorgegesetzes“ (am 28. November 1911 vom Herrenhause zum zweiten Male verabschiedet) innerhalb ihres Wirkungskreises die Jugendfürsorge fördert.

1. Am 21. Oktober 1908 ordnet das Justizministerium an, daß „das Strafverfahren gegen Jugendliche bei den Gerichtshöfen einem bestimmten Senate, beiden Bezirksgerichten einem bestimmten Einzelrichter zugewiesen werde“.

2. 30. März 1909 wird verboten, „Strafen gegen Jugendliche, ohne deren vorherige Einvernahme, lediglich auf Grund der Anzeige, zu verfügen“.

3. Das Ministerium des Innern verordnet am 25. August 1910, daß die Abschiebung Jugendlicher getrennt von moralisch Verkommenen erfolgen müsse, und die Behörden zu erwägen haben, ob es nicht im Interesse des Jugendlichen liege, in anderer Weise, als durch Überstellung in seine Heimatsgemeinde, seiner Verwahrlosung vorzubeugen.

4. Um Kinder zwischen 10 und 14 Jahren nicht als polizeilich abgestraft erscheinen zu lassen, wird vom Ministerium des Innern (13. Oktober 1912) erklärt, daß die Amtshandlung nur den Charakter einer Fürsorgemaßnahme zu tragen habe. Ebenso bezeichnen die Gerichte das Delikt in ihrem Schuldspruche nur als „Übertretung“.

5. Am 18. September 1912 regelt das Ministerium des Innern das Kinowesen.

6. Im Sinne des internationalen Übereinkommens (Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen) geben das Ministerium des Innern (16. Februar 1912) für die Polizei und die Landesbehörden, das Ministerium der Finanzen (gleiches Datum) für die Tabaktrafiken Verordnungen heraus.

7. Zum Schutze minderjähriger Mädchen, auch bez. deren Anwerbung ins Ausland, erläßt das Ministerium des Innern (Mai und Juli 1908) Anordnungen wegen Überwachung der Dienst- und Stellenvermittlungen.

8. Das Ministerium für Kultur und Unterricht empfiehlt (13. April 1909 und 8. Mai 1910) die Förderung der körperlichen Ausbildung der Volks- und Mittelschüler.

9. Mittels Erlasses des Unterrichtsministeriums (22. Oktober 1909) werden an den Lehrerbildungsanstalten Schulärzte eingeführt.

10. Am 4. Oktober 1912 ordnet das Ministerium des Innern die praktische Ausbildung der Hebammen in dem Crédéschen Verfahren (Behandlung der Augenlider Neugeborener) an. In Salzburg wurde diese Maßregel obligatorisch durchgeführt.

11. Das Unterrichtsministerium (13. November 1911) weist die Lehrer an, Beobachtungen über ihre Schüler im Kataloge zu notieren, um damit das Strafverfahren gegen Jugendliche zu erleichtern.

12. Am 4. Juni 1912 wird den Dozenten für Hygiene an den Lehrerseminaren die Beachtung der Alkoholgefahren aufgetragen.

13. Die Gruppierung der Schulkinder nach Leistung und Befähigung wird am 12. Juli 1910 gestattet.

Das hier entworfene Bild stellt nur die Hauptrichtungen dar, nach denen sich der Strom der jugendfürsorglichen Tätigkeit bewegt. Der vielen Seitenarme konnte aus Mangel an Raum nicht gedacht werden. Insbesondere nicht der zahllosen, an jedem Gasthausstammtisch wirkenden „Kinderbekleidungs-Gesellschaften“, die, konfessionell und nach Ständen gegliedert, Unsummen Gutes tun und zu Weihnachten besonders in die ärmste Behausung, für Stunden wenigstens, Freude tragen; nicht der Vereine der „Kinderfreunde“, die, in immer steigender Zahl, die Kinder des industriellen Proletariates vor den Gefahren der Straße schützen; nicht der „Rettungsgesellschaften“ für verwahrloste und mißhandelte Kinder, der „Rettungsstationen“ unter katholischer Führung; nicht der Mildtätigkeit der Gebirgsvereine, die besonders der armen Kinder der Alpenbewohner gedenken; nicht der mannigfachen Hilfsbereitschaft der Freimaurer, von deren Brotverteilung bis zur Bergung der verkommenen Jugend in Asylen; nicht der ausgezeichnet wirkenden „Gesellschaft für Zahnpflege in den Schulen“ u. a.

Es wäre ein Akt großer Undankbarkeit, würde hier, trotz beengenden Raumes, der aufopferungsvollen, höchsten Lob heischenden Förderung des Kinderschutzes durch die Schulmänner, insbesondere durch die Landlehrer, nicht gedacht werden. Selbst in gedrückter Lage, behindert durch mancherlei Fessel, erbarmen sie sich der armen Kleinen als wahre Söhne ihres großen Altmeisters Pestalozzi. Vorzüglich die Vereinigung der „Jungen“ tut sich durch unermüden Eifer rühmend hervor. Zwei ihrer Besten (Dr. J. Kraus und Theodor Neumann) haben dem 2. Kinderschutzkongresse ein gründliches Werk: „Lehrerschaft und gesetzliche Regelung der Kinderarbeit“ vorgelegt.

All dies und noch vieles Unerwähnte bildet eine Atmosphäre der Nächstenliebe, die auch die Gleichgültigen in ihren Bannkreis zieht und zu gleichem Tun aneifert. So bereitet sich allmählich, durch langsame Induktion und Abstraktion aus stiller, doch mannigfaltiger Beobachtung, die Unterlage vor, auf der jene höhere, unserer Zeit würdige, Menschenschätzung sich entfalten kann, die frei von sprachlichen, völkischen und konfessionellen Hemmnissen, in dem Nächsten das unentbehrliche, mitarbeitende Element einer besseren Gesellschaftsgestaltung sieht. Ihres bisherigen charitativen Charakters entkleidet, wird die Jugendfürsorge eine wichtige Aufgabe der ganzen Gesellschaft und als Begleiterscheinung unserer Wirtschaftsordnung, ein Teil der sozialen Frage.

Was sich da vor unsern Augen vollzieht, angespornt durch großartige Vorbilder im Norden und Westen, ist ein Friedens- und Erziehungswerk

besonderer Art. Es bringt die Herzen einander näher und erfüllt sie, durch des Schicksals Härte gar oft versteinert, mit erwärmendem Wohlwollen.

Und all die Tausende, die sich solchem Bemühen weihen, befolgen, sich selbst veredelnd, die Gedrückten emporhebend, das schöne Gebot:

„Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“

CHRONIK

FACHKURSE für Volkspflege in Wien: In Wien wurden kürzlich auf Veranlassung der „Sozialpädagogischen Gesellschaft“, der „Gesellschaft f. Kinderforschung“ und des „Österreichischen Frauenvereines“ Fachkurse für Volkspflege eingerichtet. Zweck der Kurse ist es, den mit sozialem Gefühl begabten Frauen und Mädchen Gelegenheit zu entsprechender Ausbildung zu geben und dadurch dem öffentlichen und privaten Armenwesen, der Fürsorgetätigkeit, der Wohlfahrtspflege und der Sozialreform geeignete berufliche und ehrenamtliche Hilfskräfte zu schaffen.

Seit einiger Zeit macht sich diese Notwendigkeit fachlicher Ausbildung besonders geltend, da die öffentliche und private Armenpflege zur vielverzweigten Fürsorge umgewandelt wird; diese zieht die Medizin, sowohl die Prophylaxe als auch die Anleitung zu hygienischer Lebensführung, in ihren Bereich; sucht auf das öffentliche Schulwesen Einfluß zu gewinnen, um seine lehrende Tätigkeit durch eine erziehlische und pflegende zu ergänzen; wendet der Rechtspflege und einer verbesserten Pädagogik ihr Augenmerk zu; läßt die Erteilung der hauswirtschaftlichen Unterweisung aus dem Haus mehr und mehr in die Schule übergehen und wirkt darauf hin, daß die gewerbliche Arbeit

schutzgesetzlicher Regelung unterworfen werde.

Der erste Jahrgang vermittelt jene Kenntnisse und praktischen Fertigkeiten, welche zur wirtschaftlich und hygienisch zweckmäßigen Lebensführung, zur erzieherisch und hygienisch richtigen Kinderpflege und zum Verständnis des öffentlichen Lebens nötig sind. Außer in den Wirkungskreis der Hausfrau, führt er in Kenntnis der tatsächlichen Lebensumstände der besitzlosen Volksklassen ein. Der zweite Jahrgang soll diese Einsicht vertiefen und die Theorie und Praxis der gesamten Wohlfahrtspflege kennen lehren.

Die praktischen Übungen mit anschließendem Fachunterricht finden bei der Rettungsgesellschaft, im Kochlehrerinnenseminare der Gastwirtegenossenschaft, im Kindergarten sowie an der Universitätskinderklinik statt.

Die Absolvierung eines Teils oder der gesamten Vorlesungen und Übungen kann für die folgenden Betätigungen vorbereiten:

a) als Lehrerinnen: Hortleiterin, Lehrerin in Besserungs- und Rettungshäusern, an Erziehungsanstalten für verwahrloste Kinder, an Waldschulen und sonstigen Hilfsanstalten öffentlicher und privater Schulen (Landerziehungsheime, Kinderkurenhäuser).

b) als Kindergärtnerinnen: Leiterin von Bewahranstalten an Obdachlosenasylen, Kindergärtnerin an den Kleinkinderabteilungen aller Arten von Pflegeanstalten (für Krüppelkinder, kranke und rekonvaleszente Kinder), Kostkinderinspektorin.

c) als Säuglingspflegerinnen: Leiterin von Stillkrippen, Säuglingsheimen, Säuglingsschutzstellen, Milchküchen, ferner als Kostkinderinspektorinnen.

d) als Krankenpflegerinnen: für die Betätigung an Tuberkulosefürsorgestellen, Rekonvaleszentenheimen, Erholungsheimen usw., ferner als Inspektorinnen von Hauskrankenpflegerinnen, als Schulschwestern.

e) als geprüfte Kochlehrerinnen: für Volkskrankenküchen, Volksküchen, Abstinenzrestaurationen.



Zur deutschen Handlungsgehilfenbewegung: In der deutschen Handlungsgehilfenbewegung kamen bekanntlich in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr gewerkschaftliche Gedanken zur Geltung. Man sieht auf die Methoden, vermöge welcher sich die Handarbeiterschaft eine Besserung ihrer Lebensbedingungen erkämpft hat, nicht mehr herab, sondern sucht sie in entsprechend angepaßter Weise selbst zu verwerten.

Auch der Gedanke des Minimallohnes, wie er von der Arbeiterschaft in erster Linie für die Heimarbeiter, in zweiter Linie (so im englischen Kohlenbergbau) auch für die qualifizierten Industriearbeiter gefordert wird, findet in Handlungsgehilfenkreisen Eingang. So wird u. a. in einer Studie von Paul Otto George (Essen): „Tarife oder Mindestgehälter

für die Angestellten?“ dargelegt, daß der Bund technisch-industrieller Beamten auf seinen Bundestagen 1910 und 1911 Resolutionen angenommen habe, die die Festlegung von Mindestgehältern fordern, ferner daß der Zentral-Vorstand der Allgemeinen Vereinigung Deutscher Buchhandlungsgehilfen von seinen Mitgliedern die Unterfertigung eines Reverses fordern, daß sie sich nicht unter dem von der Vereinigung festgestellten Mindestgehalt anbieten würden. Müsse ein Mitglied in besonderer Notlage trotzdem eine Stellung unter dem Mindestgehalt annehmen, so verpflichtet der Revers bloß dazu, dies der Geschäftsstelle anzuzeigen.

Allerdings handelt es sich hierbei bloß um Forderungen, die durch gewerkschaftliche Mittel und individuelle Initiative zu verwirklichen sind. Doch werden von vielen Verbänden auch Tarifverträge, die die Minimallöhne vertraglich festlegen, gefordert.

Der Kongreß der internationalen Angestelltenvereinigung, der im August 1912 im Haag tagte, hat jedoch den angeschlossenen Verbänden empfohlen, durch kraftvolle Propaganda in jedem Lande für gesetzliche Festlegung von Mindestgehältern für weibliche und männliche Angestellte sowie für Festsetzung einer Maximalarbeitszeit einzutreten.

Die Arbeit Georges enthält auch eine Menge statistisches Material, das besonders für die Beamten der Angestellten- und Prinzipalsverbände zur Beurteilung der wichtigen sozialen Angelegenheit wertvoll sein wird.

Die Entwicklungstendenz dürfte also wohl in der Richtung zur öffentlich-rechtlichen Festlegung gesetzlicher Minimallöhne auch für die Handlungsgehilfen vor sich gehen.



TECHNISCHER & WISSENSCHAFT- LICHER FORTSCHRITT

PROFESSOR DR. R. BRODA, PARIS: DAS BRÜSSELER INSTITUT FÜR SOZIOLOGISCHE FORSCHUNG.



Im Jahre 1901 wurde von Ernst Solvay in Brüssel ein Institut begründet, welches die Soziologie als Zweig biologischer Wissenschaft im Sinne der Methoden exakter Forschung zu pflegen berufen wurde.

Mit reichen Mitteln ausgestattet, konnte es eine Bibliothek von 22 000 Bänden begründen und eine Reihe von systematischen Untersuchungen soziologischer Teilprobleme einleiten.

Ein wissenschaftliches Komitee unter Leitung von Dr. Waxweiler sowie eine Reihe von ersten Mitarbeitern, denen im Institute Arbeitsgelegenheit und alle Forschungsbehelfe geboten werden, geben drei Serien Publikationen heraus:

1. Notes et mémoires (Umfassende Untersuchungen von Spezialgebieten auf rein wissenschaftlicher Grundlage).
2. Etudes sociales (Soziale Monographien für das gebildete Publikum).
3. Actualités sociales (Untersuchungen brennender Tagesfragen von soziologischen Gesichtspunkten aus — für die breite Masse faßlich geschrieben).

Wert und Bedeutung des Instituts liegen jedoch vielleicht weniger in diesen Veröffentlichungen als, in der Spiegelung und Abgrenzung des ganzen Umfanges der soziologischen Forschungsmaterie. Die Bibliothek ist in 28 Abteilungen gegliedert, unter denen erwähnt seien:

1. Biologische und anthropologische Grundlagen.
2. Ethnographie und Prähistorik.
3. Allgemeine politische und Wirtschaftsgeschichte.
4. Politische und Wirtschaftsgeschichte des Altertums.
5. Politische und Wirtschaftsgeschichte von Mittelalter und Neuzeit.
6. Politische Geschichte (seit 1800).
7. Wirtschaftliche Geschichte (seit 1800).
8. Kolonialfragen (seit 1800).
9. Verkehrswesen (seit 1800).
10. Geldwesen (seit 1800).
11. Staatswirtschaft (seit 1800).
12. Gewerbliche Entwicklung (seit 1800).
13. Arbeiterfrage (seit 1800).
14. Landwirtschaftliche Entwicklung (seit 1800).
15. Kunstgeschichte.
16. Geschichte der Religionen.
17. Entwicklungsgeschichte der Sprachen.
18. Entwicklungsgeschichte der Literatur.
19. Geschichte der philosophischen und moralischen Ideen.
20. Entwicklungsgeschichte der Wissenschaft.
21. Entwicklungsgeschichte der Technik.

22. Bevölkerungskunde.
23. Entwicklungsgeschichte des Rechts.
24. Politik.
25. Politische Ökonomie.
26. Allgemeine Soziologie und Sozialphilosophie.
27. Statistik und Methodologie.
28. Länderkunde.

Diese Aufzählung findet vielleicht ihre Berechtigung darin, daß sie eben gegenüber den vielfachen Anzweiflungen einer Möglichkeit soziologischer Wissenschaft das Forschungsgebiet derselben klar umschreibt.

So wie sich die Zoologie mit der Entwicklung und den Erscheinungsformen der Tierwelt, wie sich die Psychologie mit den Gesetzen des individuellen Seelenlebens befaßt, so ist es Aufgabe der Soziologie, die Gesamtentwicklung der Menschheit, ihre Lebensäußerungen und ihre Institutionen zu erfassen, ihre Entwicklungsgesetze aufzudecken.

Kunstgeschichte, Religionsgeschichte, Sprachgeschichte, Literaturgeschichte, Geschichte der Wissenschaften, der Technik usw. erscheinen somit als Teildisziplinen der Soziologie, denen die allgemeine Soziologie, die Einzelforschungen zusammenfassend, gegenübersteht.

Die politische und Wirtschaftsgeschichte, die Rechtswissenschaft, bilden gleichfalls Teildisziplinen der Soziologie, wenngleich sie einen über diese ihre soziologische Bedeutung hinausgehenden Umfang angenommen und den Anlaß zu Detailuntersuchungen gegeben haben, die sich eben durch die praktische Wichtigkeit dieser Disziplinen erklären.

All ihre Forschungen bleiben indes wertvolles Quellenmaterial, auf welches die Untersuchungen der allgemeinen Soziologie sich stützen können.

Das Brüsseler Institut hat es noch nicht unternommen, aber es liegt zweifelsohne in seiner Entwicklungstendenz, ein wahres Kompendium der Soziologie, das den bisher erreichten Stand soziologischen Wissens zusammenfaßt — in eine Darstellung der Spezialforschungen und eine Zusammenfassung der allen menschlichen Institutionen gemeinsamen Entwicklungsgesetze geteilt — herauszugeben.

Damit wäre dem Streit über die möglichen Forschungsgebiete der Soziologie ein endgültiges Ende gesetzt; all den unendlich zahlreichen Forschern, welche sich bisher mit der Bearbeitung ihrer Spezialgebiete befaßten, würde die Notwendigkeit, die Bedeutung ihrer Spezialgesetze für die allgemeine Menschheitsentwicklung, als spezieller Fälle der allgemeinen menschlichen Entwicklungsgesetze kritisch zu würdigen klar vor Augen geführt werden und aus dem Chaos könnten so allmählich jene präzisen Gesetze der Menschheitsentwicklung konstruiert werden, welche den dilettantischen Formen von heute gegenüber die Soziologie auch in ihren eigensten Fachgebieten zu einer wahren Wissenschaft stempeln würden.



CHRONIK

GEISTIGE Strömungen im neuen China: Die chinesische Revolution hat bekanntlich Studenten und akademisch Gebildete, vor allem solche Persönlichkeiten, die ihre Studien in Europa absolviert haben, zu werktätigsten Mitkämpfern gezählt und eine Umgestaltung des chinesischen Unterrichtswesens nach europäischen Mustern zählte immer zu den wichtigsten Programmpunkten der neuen Bewegung. Besonders im vorgeschrittenen Süden wendete man sich mit Feuereifer an diese Reformtätigkeit, und die provisorische Regierung in Nanking, welche bekanntlich eine Zeitlang den Süden verwaltete, unterstellte das Unterrichtswesen einem fortschrittlichen Chinesen Tsai-Yuan-Pei, der 5 Jahre in Europa studiert hatte und ein weites Reformprogramm zu verwirklichen suchte.

Allerdings war die Zeit dafür zu kurz, da Süd und Nord sich bekanntlich zu einer einheitlichen Republik unter Yuanschikais Führung vereinigten.

Nunmehr geht man langsamer und methodischer vor. Das Unterrichtsministerium in Peking wurde reorganisiert, sein Geschäftsgang wesentlich vereinfacht. Es besteht aus einem obersten Rat und drei Bureaus. Das erste beschäftigt sich speziell auch mit Schulhygiene, Bibliothekswesen, Schulumuseen und Schulausstellungen. Das erste Bureau widmet sich demnach der allgemeinen Erziehung, das zweite der technisch-beruflichen Ausbildung, das dritte der öffentlichen Bildung, das ist, den Museen, Bibliotheken, botanischen und zoologischen Gärten, Kunstausstellungen, Musik, Literatur und Theater sowie den Volksbibliotheken.

Auch der Lehrgang selbst wurde, wie P. W. Kuo, früher Präsident des Bundes chinesischer Studenten in

Amerika, in der „Educational review“ ausführt, wesentlich vereinfacht. Während früher 23 Jahre für den Gesamtgang der Studien notwendig waren, sollen es in Zukunft nur 15—16 sein.

Bei Beginn der Revolution bestanden 52 650 Schulen mit 1 625 534 Schülern, 89 766 Lehrkräften und 95 800 Verwaltungsbeamten. Absolut gewiß ein bedeutender Umfang, aber wenig, wenn man die ungeheure Bevölkerungszahl des Reiches berücksichtigt. Nunmehr soll die allgemeine Schulpflicht vorbereitet und das Schulwesen selbst sehr wesentlich erweitert werden. Besonderes Interesse wendet man auch den anderen Mitteln der Volksbildung zu, der Schaffung entsprechender Zeitungen und Zeitschriften, Bildergalerien, Museen, Bibliotheken und öffentlichen Vorträge.

Eine starke Bewegung geht darauf aus, die Religion ganz aus den Schulen zu verdrängen; doch wird von konservativer Seite eingewendet, daß Konfuzius nicht als Religionsstifter, sondern als Philosoph und Ethiker zu betrachten sei und daß der Ausschluß des auf seine Werke konzentrierten moralphilosophischen Studiums die chinesische Nation ihrer Kontinuität berauben würde.



Eine internationale Akademie in Shanghai: In Shanghai besteht seit langer Zeit eine internationale Akademie zum Zwecke einer intensiveren Fühlungnahme zwischen östlicher und westlicher Kultur und Schaffung freundlicher Beziehungen zwischen beiden Rassen. Sie wird von einem internationalen Komitee, das aus amerikanischen, englischen, holländischen,

deutschen, belgischen und französischen Persönlichkeiten besteht, geleitet.

Die Akademie hat ein Museum der Künste des Friedens eröffnet, eine Reihe von Schriften publiziert, zahlreiche Vorträge, besonders über Erziehungsfragen und Moralprobleme in Shanghai und den benachbarten Städten abgehalten, Schulen und Frauenklubs gegründet. Die Zinsen eines Vermögens von 1 Million Mark und die Beiträge der Mitglieder ermöglichen die Fortführung des Unternehmens.

F. Dubois.



Leitgedanken für die Organisation der Museen für Völkerkunde: In einem Aufsatz im Oktoberhefte der „Museumskunde“ habe ich mich ausführlich über die wünschenswerte Organisation der Museen für Völkerkunde geäußert. Hier fasse ich auf Wunsch der Redaktion dieser Zeitschrift das Wesentliche zusammen.

Völkerkundemuseen wollen „Kunde“ von den Völkern geben. Die meisten der heutigen Museen für Völkerkunde bieten abgerissene Trümmer oder Kuriositäten. Sie versuchen gar nicht, ein geschlossenes Bild von einzelnen Völkern zu geben. Nun ist es unmöglich, alle Völker des Erdballs zu umfassen und darzustellen. Es käme darauf an, einzelne herauszugreifen, die entweder besonders repräsentativ erscheinen, die für das betreffende Museum aus politischen oder wirtschaftlichen Gründen besonders wichtig sind, oder von denen das Museum zufällig reiches Material besitzt. Die Gegenstände müßten so ausgestellt werden, daß sie einen lebendigen Eindruck vermitteln und klar ersichtlich machen, wozu alle Dinge, die man zu Gesicht bekommt, verwendet werden. Darum

müßte reichlich durch Modelle kleineren und größeren Maßstabes die Darstellung unterstützt werden.

Neben der Darstellung geschlossener Völker wären in besonderen Abteilungen einzelne Seiten der Lebensbetätigung zu illustrieren. Vor allem die technischen Vorrichtungen, die Heilkunde, Zauber, Musik, darstellende Kunst, Religion, Landbau, Handwerk, Handel, Geld usw. Nur auf diese Weise, durch eine Darstellung der verschiedenen Seiten der Kultur kann ein Völkermuseum seiner Aufgabe als Kulturmuseum, das es letzten Grundes ist, gerecht werden.

Eine solche Umgestaltung der Völkerkundemuseen ließe sich staffelförmig mit verhältnismäßig nicht zu großen Kosten durchführen.

In Verbindung mit den Völkerkundemuseen müßten „ethnologische Institute“ errichtet werden. Die sprachlichen, soziologischen und psychologischen Studien bilden eine notwendige, unerläßliche Ergänzung der Museen, ja, sie sind es, die den völkerkundlichen Forschungen erst die wissenschaftliche Grundlage und Daseinsberechtigung verleihen.

Außerdem wäre eine ständige Zentralstelle zu errichten, die (ähnliches ist schon in Brüssel der Fall) die Beziehungen mit außen weilenden Forschern oder forschenden Privatpersonen, Missionaren, Kaufleuten, Beamten pflegte, die wissenschaftlich oft erheblichen Nutzen für die Erkundungsarbeit leisten können.

Dr. Richard Thurnwald.



Ein neues Lehrfach an den Universitäten: Professor Natorp von der Universität Marburg hat kürzlich, wie die „Hochschulnachrichten“ vom letzten Volkshochschultag in Frank-

furt a. M. melden, die Aufnahme des Volksbildungswesens als Lehrfach an den Universitäten gefordert. Das ganze Arbeitsleben der Nation müsse mit den geistigen Kräften der Wissenschaft durchdrungen werden, und als Organ dafür wäre eine freie Vereinigung von Persönlichkeiten des Lehrstandes und des praktischen Lebens nach Muster der sozialpädagogischen Fakultät zu Chicago zusammenzurufen. Den vorhandenen pädagogischen Hochschulseminarien seien pädagogische Abteilungen anzugliedern, eventuell auch die studentischen Volksunterrichtskurse. Kandidaten für das Volksschullehramt sollten ihnen zugewiesen werden.

3000 studierende Frauen in Deutschland: Die Zahl der im Sommersemester 1912 in Deutschland immatrikulierten Frauen betrug 2958, von denen 1962 auf den zehn preußischen Universitäten studierten, während auf den badischen Hochschulen (Heidelberg und Freiburg) 417, den bayrischen (Erlangen, München, Würzburg) 279 und auf den anderen deutschen Universitäten 300 Frauen sich dem Studium widmeten. Im Wintersemester 1912/13 ist die Zahl der Studentinnen erheblich gestiegen,

so daß gegenwärtig weit mehr als 3000 Frauen in Deutschland studieren.

Gründung eines Akademischen Monistenbundes in Wien: Nach langen Vorarbeiten fand Ende des vergangenen Studienjahres, in Wien die konstituierende Versammlung des „Wiener Akademischen Monistenbundes“ statt. — Der Bund will unter seinen Mitgliedern für eine auf einheitlich-wissenschaftlicher (monistischer) Naturerkenntnis gegründete Welt- und Lebensauffassung wirken, eine wissenschaftliche Ethik pflegen und seine Mitglieder zu sozialem Denken und Wirken erziehen. Viele Wiener Persönlichkeiten haben sich um das Zustandekommen des Bundes sehr verdient gemacht und für das kommende Semester Vorträge zugesagt. Die Gründer haben absichtlich jede Propaganda vermieden: der Bund soll nur verlässliche und überzeugte Mitglieder vereinigen.

In Studentenkreisen herrscht für den W. A. M. besonderes Interesse. Der Bund nimmt seine nun geregelte Tätigkeit im Oktober wieder auf.

Auskünfte erteilt bereitwilligst die Schriftleitung Wien IV, Schleifmühlgasse 11.

*Cand. Ing. J. Sonderling,
Wien.*

BILDUNGSWESEN

EMMA DOMOKOS-LÖLLBACH, BUDAPEST: DIE PRODUKTIVE ARBEIT IM DIENSTE DES UNTERRICHTS.



EDER Reiz löst Bewegung aus, jedem Eindruck folgt ein Ausdruck. Dieses fortwährende geistige Ein- und Ausatmen ist die Quelle des Wachstums und der Kräftigung des geistigen Lebens.

Das lebende Wesen im allgemeinen, vor allem das sich entwickelnde Wesen, also das die kräftigste Ader der Lebensbedingungen suchende Wesen: das Kind, ist erfüllt von des Lebens lebendiger Energie. Das Leben herrscht in ihm ohne Grenzen als wirkender und schaffender Faktor und überwältigt es durch seine bloßen biologischen Kraftäußerungen.

In dem Instinktleben des Kindes offenbart sich das zu seiner Entwicklung Notwendige. Z. B. der Tätigkeitstrieb: die unmittelbare Berührung der Gegenstände, das Erkennen des Stoffes, Eigenschaften und Wesen desselben unterstützt in hohem Maße die geistige Entwicklung. Diesen Trieb vernachlässigt die Schule.

Die flatterhafte und spontane Aufmerksamkeit des Kindes ist nicht zu fesseln durch abstrakte Faktoren, Zahlen und Worte. Das lebendige Treiben des Lebens und das individuelle Einwirken in dieses lebendige, bewegliche Treiben zieht es an. Die Art des Schulunterrichtes entspricht den Gesetzen der Entwicklung des Kindes nicht. Die Schule soll des Kindes Neigungen, Instinkte und Spielleidenschaft zu würdigen wissen, all dessen Wert zu schätzen wissen, was das Kind aus freiem Entschluß und individuellem, innerem Impuls tut.

Das bloße Handelnlassen allein ist nicht genug. Die Arbeitsschule läßt in dieser Hinsicht nichts zu wünschen übrig. Die Hauptsache ist, daß in der Arbeit, welche wir durch das Kind verrichten lassen, das Wesen der individuellen Arbeit: das freie Schaffen und Spontaneität nicht fehle. Diese Art des Arbeitslassens ist das Wesentlichste im Bilden des Individuums.

Diese Tätigkeit, welche wir auf Grund des „Werkunterrichtes“ — als methodisches Prinzip — im Rahmen des Unterrichtes durch das Kind verrichten lassen, unterstützt wohl die geistige Arbeit des Kindes, erleichtert seine Auffassung und klärt seine Vorstellungen. Jedoch eben diese Tätigkeit — welche der Werkunterricht in gebundener Weise verrichten läßt — in unbeflußter, freier Handlung durchgeführt, entwickelt im Kinde die schaffende Kraft und Ausdrucksfähigkeit in individueller Eigenart. Das ist schon die höhere Stufe, die Weiterentwicklung des Arbeitsschulprinzips. Hier drückt sich die innere Tätigkeit des Kindes aus, nicht bloß sein formales Erkennen.

Die inneren Vorgänge der Seele haben das Bestreben, äußere Bewegungen hervorzubringen. Im Kleinkinderalter sind diese bloß Ausdrücke des Gefühllebens, das Widerspiegeln der inneren subjektiven Zustände der Kinderseele. Später, mit 8—9 Jahren, mit Zunahme der Muskelstärke und gekräftigt in ständiger und zielbewußter Aufmerksamkeit, hat es das Streben, auf die äußere Welt in irgendwelcher Weise einzuwirken: durch emsiges Handeln, durch selbständiges Schaffen gleichsam seine Kraft den Dingen gegenüber auf die Probe zu stellen. Bis zum 7. Jahre haben die Hand-

lungen des Kindes einen irrealen, subjektiven Inhalt, von 8—14 haben sie einen realen Zweck. Bei dem Kinde ist in diesem Alter passive Aufmerksamkeit unmöglich. Es ist das Zeitalter der realen Tätigkeit *). Durch seine praktischen Beschäftigungen entwickelt sich nach und nach sein realer Kenntnisdrang.

Im Schulalter bleibt die Tätigkeit des Kindes nicht lange auf der rein nachahmenden und reproduktiven Stufe stehen, es geht durch Hilfe der belebenden Phantasie immer mehr zur Erfindung neuer Situationen und Formen über. Seine zwar bescheidene, doch üppige Originalität im Ausdruck, im selbständigen Gestalten und Erfinden, stammt daher, daß der junge Geist noch nicht so viele ausgefahrene, im vielen Üben erstarrte Geleise des Vorstellens besitzt, wie der Erwachsene.

Die pädagogische Wichtigkeit dieser Tatsachen ist groß. Die produktive Arbeit ist das Gebiet, durch welches die geistige Selbständigkeit des Kindes am ehesten geweckt werden kann. Die reinen motorischen Prozesse der äußeren Aktivität führen es nicht weit, nur die höhere Art geistiger Aktivität, bei der das Kind selbst gestaltet und erfindet, entwickelt die geistige Selbständigkeit. Das Arbeitschulprinzip wird erst dann vollständig, wenn es sich auf die Erfolge und Entwicklungstatsachen der Kinderforschung stützt, wie es dies in Ungarn auf aktive Anregung der ungarischen Gesellschaft für Kinderforschung geschieht.

Die Untersuchungen der Kinderforschung geben uns die maßgebenden Gesichtspunkte an für die Art der Tätigkeit, die wir in den einzelnen Lebensjahren den Jugendlichen zumuten können **). Geistige Selbständigkeit und freie Offenbarung der individuellen Auffassung führt zu fruchtbarer Entwicklung. Eine Selbständigkeit im Beobachten, Darstellen und Denken.

Das Darstellenlassen im Dienste der intellektuellen Erziehung — als methodisches Prinzip — wird in Ungarn in zwei Richtungen durchgeführt. Die eine Richtung ist dem deutschen „Werkunterricht“ (O. Seinig, Charlottenburg) entsprechend: auf Typen vereinfachter Wiedergabe der aufgefaßten Vorstellungen. Der Lehrer gibt die Richtung der Arbeit, oft auch die Art der Ausführung an.

Die zweite Richtung (Prof. A. Urhegyi-Budapest) ist freies Darstellen, neue und individuelle Verknüpfung erworbener Elemente, wirkliche produktive Arbeit, — freilich im Sinne kindlichen Schaffensvermögens. Neben der didaktischen Bedeutung hat diese auch Wert vom Gesichtspunkte der Entwicklungslehre, weil sie sich auf Prinzipien der Kinderforschung stützt.

Während des Arbeitens ergeben sich unter den erworbenen Vorstellungselementen fortwährende Beziehungen: beurteilende und vergleichende Funktionen. Die Elemente — sowohl die empirischen, als auch die logischen — sind bewegliche Elemente. Nicht wie die unbewegliche, todstarre Masse der Reproduktion, welche die emporstrebende individuelle Kraft erdrückt.

Diese neue Richtung: das freie Schaffen im Dienste des Unterrichtes wurde in der mit dem ersten ungarischen Kinderforschungskongreß verbundenen Kinderforschungsausstellung in Budapest (März d. J.) vorgezeigt. Die dort ausgestellten Kinderarbeiten waren mit dem Unterrichte der Ge-

*) Die hier erwähnten Tatsachen der Entwicklungslehre sind aus dem hervorragenden Werke des ungarischen Kinderforschungs-Vorkämpfers und Begründers Ladislaus Nagys: Psychologie des Interesses des Kindes, Pädag. Monographien, herausg. v. E. Meumann, Leipzig, O. Nemnich.

**) Meumann, Experimentelle Pädagogik. Bd. I.

schichtslehre *) und Naturkunde, Aufsatzschreiben usw. verbunden. Die durch das Kind gezeichneten oder gemalten Geschichtsereignisse sind nicht bloße Reproduktionen. Das in stetem Nacheinander aufgefaßte Ereignis soll szenenartig dargestellt werden, also ein verschmolzener Komplex in selbstgewählte Einzelbilder umgeändert. Abstrakte Ideenverbindungen sollen konkret ausgedrückt werden. Diese primitiven Gestaltungen sind also zielbewußte Umänderungen der gegebenen oder schematischen Vorstellungsverbindungen. Es entwickelt sich dabei das Vermögen der Synthese, des Urteilens und eine schaffende, neue Situationen erfindende Phantasie, welche aus dem Kinde selbst geweckt werden soll und sehr wichtig ist. Die formale Bildung einer selbsttätigen Phantasie muß den pädagogischen Anhaltspunkt zur Weckung der geistigen Selbständigkeit des Kindes überhaupt bieten **).

Diese Art der Schularbeit ist mittels aller Ausdrucksmittel durchführbar, in allen Schularten und jedem Kindesalter. In den Kindergärten Ungarns ist diese neue Methode seit Jahren in Anwendung in Form spontaner Kinderarbeiten. Auch sie ist ein Ergebnis der auf der Kinderforschung beruhenden Reformen.

Diese Kinderarbeiten sind fixierte Äußerungen des kindlichen Bewußtseinsinhaltes. Hier ist er am zugänglichsten für den Pädagogen und Kinderforscher. Hier offenbaren sich die charakteristischen Züge seines Ichs.

An der Naivität dieser Arbeiten zeigt sich die Primitivität der Fähigkeit des Vorstellungsbildens beim Kinde. Der Lehrer kann daher in die Werkstätte der sich entwickelnden Seele hineinblicken, welche sich ihm ohne Zwang darbietet. Es werden die Vorstellungsembryonen sichtbar, mit ihren unvollkommenen, phantastischen und verunstalteten Elementen.

Wir folgern also, daß:

1. Die Kinderarbeiten, als freie Tätigkeit, die fixierten Äußerungen des kindlichen Bewußtseinsinhaltes sind.
2. Die produktive Arbeit ist Mittel der Erziehung der schaffenden Phantasie.
3. Diese Unterrichtsmethode ist ein konkretes und sicheres Mittel zur Kontrolle und zum Verständnis der Vorstellungen und der Auffassungsart des Kindes.
4. Die Fehler der Auffassung, des Urteilens und der Synthese werden durch diese nicht-wörtliche Mitteilung versinnlicht.

CHRONIK

THE Big Brother Movement:
In New York besteht seit 8 Jahren eine Bewegung, die sich „The Big Brother Movement“

nennt und darauf hinzielt, aus verwahrlosten Knaben, die der Jugendgerichtshof als jugendliche Verbrecher kennzeichnet, durch entsprechende

*) Siehe die ausführliche Beschreibung der Methode im Artikel G. Broda: Das pedologische Museum in Budapest. (Dokumente des Fortschritts.)

**) E. Meumann, Experimentelle Pädagogik. Bd. I.

individuelle Behandlung gute Staatsbürger zu machen. Zu diesem Zwecke werden die Knaben in die Obhut von Personen, die diese Aufgabe als Ehrenamt übernehmen, der „Big Brothers“, übergeben. Diese suchen Fühlung mit den Familienverhältnissen der Knaben zu gewinnen, sind ihre Ratgeber in den verschiedenen Entschlüssen des Lebens und suchen sie zu unschädlichen Vergnügungen anzuleiten.

Nach dem letzten Jahresbericht wurden 2883 Knaben im vergangenen Jahre beaufsichtigt. Die meisten hatten als Angeklagte im Jugendgerichtshof gestanden, die Minderzahl wurde von den Eltern selbst, die sich zur entsprechenden Beaufsichtigung für unfähig erklärten, der Gesellschaft überbracht. 345 Knaben, die auch in ungünstigen körperlichen Verhältnissen lebten, wurden aus ihren Wohnungen in Sommerlager geführt. 214 wurden in entsprechende Berufe geleitet, viele andere in Erziehungsanstalten untergebracht. Nur 3% der Knaben kamen neuerdings in Konflikt mit dem Gesetz.

In New York besteht die Bewegung, wie eingangs erwähnt, seit 8 Jahren, seither wurde sie in 40 amerikanischen und kanadischen Städten aufgegriffen.

Für gleiches Bücherformat: In den Bibliotheken ist es sehr lästig, Bücher verschiedener Formate, ins-

besondere verschiedener Höhe nebeneinander unterzubringen und wiederholt ist der Gedanke aufgetaucht, durch Vereinbarungen zwischen den Verlegern gewisse gleichbleibende Formate festzusetzen und so die Ordnung der Bücher in ebenmäßigen Reihen zu ermöglichen. Ein interessanter Vorschlag in dieser Richtung geht von Geheimrat Ostwald namens des Münchener Instituts „Die Brücke“ aus. Eine Reihe von Formaten, die miteinander in einer gewissen mathematischen Beziehung stehen, soll allein festgehalten werden.

Diesem Vorschlag gegenüber unterbreitete Gaston Moch dem Brüsseler Weltkongreß der internationalen Vereinigungen (15.—18. Juni 1913) eine andere Anregung, die von jenem aprioristischen Gesichtspunkt absieht und rein praktisch festzustellen sucht, welche Formate für einzelne praktische Zwecke sich am besten eignen, und kommt er zum Schlusse, daß nachstehende Formate die günstigsten wären:

Taschenformat.....	cm 9 : 14
Format für gewöhnliche Bücher.....	„ 11,5 : 17,5
Bibliotheksformat.....	„ 15,5 : 24
Nachschlagewerke.....	„ 21 : 27
Albums oder kleine Atlanten ..	„ 24 : 31;

Auf die praktische Notwendigkeit, die Bücher gegebenenfalls aufzuschneiden, bzw. einzubinden, wird weiter Rücksicht genommen, den Druckern und Buchbindern werden spezielle Anweisungen erteilt.

Louis Barrère.

